

In einer Schlußdiskussion wurde darauf hingewiesen, daß wir der SPD-Parole, die Armen wären ärmer und die Reichen reicher geworden, entgegentreten müssen. Es komme bei unserer ganzen Programmgestaltung darauf an, darzulegen, daß der bisherige wirtschaftspolitische Weg notwendig gewesen sei, um die Grundlage für unser Programm der Eigentumsbildung auf breitesten Basis zu gewinnen.

Hellwig stellte in diesem Zusammenhang noch einmal folgende Forderungen heraus: 1. Preissenkung, 2. Entwicklung einer Verbraucherpolitik, 3. Ertragsbeteiligung der Arbeitnehmer.

Schluß der Sitzung: 17 Uhr.

16

Bonn, 15. Dezember 1952

*Sprecher: Adenauer (zeitweise), Albers, [Altmeier], Bach, Cillien, Dichtel, Ehlers, Fay, Frau Gröwel, Gürk, Heck, Kaiser, Kiesinger, Krone, Lehr, Lenz, [Majonica], Müller, Scharnberg, Simpfendorfer, Strickrodt, Süsterhenn, Tillmanns, Wuermeling, Zimmer.*¹

Bericht Adenauers: Außenpolitische Lage. Deutschland- und EVG-Vertrag: Vorgänge bei der 2. Lesung der Verträge im Bundestag, Verschiebung der 3. Lesung, Klage der SPD vor dem Bundesverfassungsgericht, Ziele der SPD; Kritik am Verhalten und an der personellen Besetzung des Gerichts. Aussprache dazu. Verhalten der CDU-Ministerpräsidenten. Verhältnis zu früheren Wehrmachtangehörigen. Beurteilung von SPD und FDP. Parteiprogramm für die Bundestagswahl. Verhalten gegenüber der SPD. Hamburger Parteitag: Termin, Räumlichkeiten, Programm; Stärkung des Mittelstands, insbesondere der Beamten; CDU als Volkspartei. Parteitag der Democrazia Cristiana in Rom und mögliche Verwertung der dabei gemachten Erfahrungen. Lebensmittelhilfe für die Bevölkerung in der SBZ.

Beginn: 15.00 Uhr

Adenauer: Die schon lange vorgesehene Vorstandssitzung findet unter besonders ernsten Umständen statt. Ich möchte eines an die Spitze stellen: Ich bitte Sie alle um absolute Diskretion über das, was heute und evtl. morgen hier verhandelt wird. Wir werden ja ein Pressekommuniqué herausgeben müssen, eine Entschließung,

¹ Nach der dem Beschußprotokoll als Anlage II beigefügten Anwesenheitsliste haben folgende Personen an den Sitzungen des Parteivorstands vom 15. und 16. Dezember 1952 teilgenommen:

Die Mitglieder des Bundesparteivorstands:

K. Adenauer, E. Bach, A. Dichtel, H. Ehlers, M. Gröwel, J. Kaiser, K.G. Kiesinger,

aber ich bitte bis dahin zunächst um absolute Diskretion. Es ist dafür gesorgt, daß kein Journalist das Haus betritt.

Ich darf vorausschicken einen Vorschlag über den Ablauf unserer Tagung. Ich hatte gedacht, daß wir gegen 19.30 Uhr ein kaltes Buffet hier aufschlagen [¹], so daß wir uns einen Augenblick Pause gönnen können und erfrischen können, und daß wir heute abend bis etwa 22 Uhr weitertagen, damit wir auch alle einmal überschlafen können das, was wir heute verhandeln und beschließen. Es ist vielleicht zweckmäßig, daß wir dann morgen früh etwa um 10 Uhr wiederum zusammenkommen. Aber es ist absolut nötig, daß wir morgen noch einmal zusammenkommen. (Zwischenruf: 9 Uhr). Ich habe gebeten, um 10 Uhr zu beginnen, weil ich heute schon eine sehr wichtige Besprechung absagen mußte. Herr François-Poncet ist aus Paris gekommen und wollte mich dringend heute abend sprechen, ich mußte absagen und habe morgen früh 9 Uhr vereinbart. Ich muß Sie weiter bitten, mich um 18 Uhr für eine Stunde zu entschuldigen, weil der stellvertretende amerikanische Hochkommissar Reber² gerade von Washington zurückgekommen ist, der mich dringend zu sprechen wünscht. Er fährt heute abend von hier zu Acheson³ und wollte mich sowohl aus dem State Departement unterrichten und Wünsche von mir an Acheson in Empfang nehmen.

Nun möchte ich Ihnen eine Übersicht geben, losgelöst einmal von der Tagesordnung, über die Vorgänge der letzten Zeit hier in Bonn. Ich möchte dabei voraus-

E. Majonica, W. Simpfendorfer, G. Strickrodt, A. Süsterhenn, R. Tillmanns, O. Wackerzapp, F.J. Wuermeling, A. Zimmer.

Die Landesvorsitzenden:

P. Altmeier, H. Barth, A. Cillien, W. Fay, O. Fricke, F. Gurk, W. Johnen, L. Lensing, G. Müller, H. Scharnberg.

Die Kooptierten:

J. Albers, J.B. Gradl, H. Krone, R. Pferdmenges.

Die Ministerpräsidenten:

K. Arnold (zeitweise).

Außerdem: H. Siegel und O. Lenz.

Da diese Liste unrichtig ist, wie die Wortmeldungen ausweisen, sind in den Kopfregesten nur die Sprecher aufgeführt.

2 Samuel Reber (1903–1971), amerikanischer Diplomat; 1943–1965 Mitglied der Alliierten Militärikommission in Italien, 1944–1945 dort Vizepräsident und politischer Verbindungs-offizier in der Alliierten Kontrollkommission, 1947–1949 stv. Direktor der Europa-Abteilung im State Department, 1949 Gesandter in Rom, 1950 Politischer Berater der Hochkommission und Direktor des Amtes für politische Angelegenheiten im US-Hochkommissariat, 1952 stv. Hochkommissar für Deutschland. – Reber kam besondere Bedeutung zu, da Walter I. Donnelly mit Wirkung vom 31. Dezember 1952 als Hochkommissar zurücktreten wollte; bis zur Ernennung eines Nachfolgers sollte Reber die Geschäfte wahrnehmen (vgl. AdG 1952 S. 3766).

3 Dean Acheson (1893–1971), amerikanischer Politiker (Demokrat); 1941–1947 Unterstaatssekretär für Wirtschaftsfragen im Außenministerium, 1949–1953 Außenminister (Rücktritt). – Acheson war zur Tagung des Nordatlantikrates vom 15.–17. Dezember 1952 in Paris (vgl. AdG 1952 S. 3788).

schicken einige Worte über die internationale Lage, wie sie sich z. Z. darstellt. Diese internationale Lage hat sich zusehends verschlechtert. Wenn ich zunächst vom Osten sprechen darf, von der Sowjetzone und den Satellitenstaaten, so habe ich da folgendes festzustellen: Die Aufrüstung der Sowjetzone schreitet in starkem Tempo voran. Die Aufstellung oder die Modernisierung der polnischen Armee hat einen sehr hohen Grad erreicht. Die ganze polnische Armee ist jetzt mit schweren und modernen Waffen versehen von Rußland aus, und wie stark diese polnische Armee in der Zwischenzeit sowjetisiert worden ist, können Sie daraus sehen, daß ein Volk wie das polnische, das doch an seiner Tradition immer so stark festgehalten hat, es erträgt, daß die polnische Kopfbedeckung jetzt ersetzt worden ist durch die russische Schirmmütze. Die Bewaffnung der tschechoslowakischen Armee schreitet im selben Tempo voran wie die der polnischen Armee. Auch die tschechoslowakische Armee ist mit modernsten russischen schweren Waffen, Flugzeugen und allem, was dazu gehört, ausgerüstet. Denken Sie, wenn ich von den Entwicklungen im Osten spreche, bitte auch daran, daß der Kampf um Indochina⁴ in stärkster Weise weitergeht, daß ebenfalls die unendlich langen Friedensverhandlungen in Korea⁵ zu keinem Ergebnis geführt haben, zum Teil gescheitert durch Sowjetrußland, zum Teil durch die ganze Unsicherheit in der Welt dazu begünstigt. Die Entwicklung in Nordafrika gegenüber Frankreich ist ebenfalls doch sehr ungünstig⁶. Ich darf einen allgemeinen Satz einfließen lassen. Wenn man von Gefahren in der Welt spricht, dann bildet die Häufung der einzelnen Brandherde, über die ganze Erde verstreut, schon an sich eine große Gefahr, daß das Feuer weitergeht. Nun vergleichen Sie bitte damit die Verhältnisse im Westen. Wenn ich vom Westen spreche, meine ich nicht nur uns in Europa, sondern meine selbstverständlich damit auch die Vereinigten Staaten. Die ungünstige Entwicklung im Osten basiert zweifellos zum Teil darauf, daß seit vier bis fünf Monaten die amerikanische Politik in der Welt infolge der Präsidentschaftswahlen mehr oder weniger unbemerkbar geworden ist⁷. Den besten Beweis dafür sehen Sie jetzt darin, daß die Sitzung, die Atlantiksitzung [!], die jetzt in Paris stattfindet, eigentlich nur nominell ist⁸. Acheson wird dort irgendwelche wich-

4 Zur Kriegslage vgl. Karte in AdG 1952 S. 3806.

5 Die Waffenstillstandsverhandlungen waren am 10. Juli 1951 begonnen worden; sie endeten am 27. Juli 1953 mit dem Abkommen von Pammunjon.

6 Anspielung auf Unruhen in Marokko und Tunesien. Die Unruhen in Marokko, das seit 1912 unter französischem Protektorat stand, führten 1953 zur Verbannung von Sultan Muhammad V. durch Frankreich. Vgl. G. SPILLMANN: *Du protectorat à l'indépendance: Maroc 1912–1955*. Paris 1967. – In Tunesien hatte die Ermordung des Generalsekretärs des tunesischen Gewerkschaftsverbandes am 5. Dezember zu Generalstreik und neuerlichen Unruhen geführt (vgl. AdG 1952 S. 3767; D.L. LING: *Tunisia. From protectorate to republic*. Bloomington 1967).

7 Die Präsidentschaftswahlen in USA waren am 4. November 1952. Gewählt wurde Dwight D. Eisenhower. Im Repräsentantenhaus erhielten die Republikaner die absolute Mehrheit, im Senat 48 von 96 Sitzen.

8 Vgl. Anm. 3

tigen Entscheidungen von seiten Washingtons nicht mehr bekanntgeben können. Und man darf nicht glauben, daß nun dieses Ausfallen der amerikanischen Aktivität auf außenpolitischem Gebiet mit der Inauguration des neuen Präsidenten am 20. Januar ihr Ende finden wird. Einmal sind die Änderungen in den entscheidenden Regierungsstellen der Vereinigten Staaten derartig groß, wenn Sie bedenken, daß die Demokraten volle 20 Jahre an der Herrschaft gewesen sind, so ist es klar, daß außerordentlich viele Stellen, und zwar einflußreiche Stellen, einen Wechsel erfahren werden. Dann aber wird während der ersten Monate, nachdem der neue Präsident sein Amt angetreten hat, eine Auseinandersetzung zwischen Taft und Eisenhower unausbleiblich notwendig eintreten. Darüber hat mir ein amerikanischer Senator, der vorige Woche hier war und zu den Süddemokraten gehört, gesagt, der Kampf zwischen Taft und Eisenhower werde mindestens fünf bis sechs Monate dauern⁹. Er ging sogar so weit zu sagen, daß schließlich Eisenhower seine Politik nur werde durchführen können, indem er sich in starkem Maße auf die Demokraten stützt. Es kommt weiter hinzu, daß in Europa selbst eine politische Verwirrung besteht, die außerordentlich groß ist. Sie kennen die Verhältnisse in Frankreich, Sie kennen die Verhältnisse in Deutschland, Sie wissen, daß in Italien im April 1953 die Kammer neu gewählt wird. Und wie schwierig die Verhältnisse in Europa sind, das erhellt wohl am besten daraus, daß, als wir im Frühjahr vergangenen Jahres die Verträge berieten, wir davon ausgingen, daß vom 1. August d.J. an die Zahlung der Verteidigungsbeiträge nötig werde, daß also vom 1. August an die EVG beginnen werde. Wir haben jetzt Mitte Dezember, und es sieht nicht aus, als ob vor dem späten Frühjahr irgend etwas sich ereignen würde.

Ich glaubte, Ihnen diese Gegenüberstellung einmal machen zu müssen, auf der einen Seite der Osten, der zielbewußt weiterarbeitet, auf der anderen Seite der zum Teil durch innerliche Schwierigkeiten, zum Teil durch die Präsidentschaftswahlen in Amerika doch – ich will mich einmal vorsichtig ausdrücken – stark behinderte Westen. Daß diese starke Behinderung des Westens den Osten immer mehr ermutigt fortzufahren auf seiner Linie, die er eingeschlagen hat, ist wohl ohne weiteres selbstverständlich, ich brauche kein Wort darüber zu verlieren. Ich brauche, glaube ich, auch kein Wort darüber zu verlieren, was insbesondere für uns Deutsche es bedeutet, wenn der Osten stärker vorstößt und der Westen nachläßt. Was die innere Unterminierung der Bevölkerung der Bundesrepublik angeht, so nimmt sie immer groteskere Ausmaße an. Ich sage „grotesk“, aber es ist gleichzeitig eine sehr ernste Angelegenheit, und zwar insofern, als sich ganz deutlich auch bei Leuten und bei Ständen, bei denen man es nicht für möglich halten sollte, Erscheinungen von Furcht

9 Am 8. Dezember 1952 führte Adenauer ein Gespräch mit Senator Fulbright (vgl. Lenz-Tagebuch). – James William Fulbright (geb. 1905), amerikanischer Politiker (Demokrat); seit 1945 Senator von Arkansas, seit 1959 Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses. – Zu den Auseinandersetzungen zwischen Eisenhower und Taft vgl. FAZ vom 10. Dezember 1952.

bemerkbar machen, von Furcht davor, daß es dem Osten doch gelingt, mit seiner Politik durchzukommen, und daß man sich fürchtet, auf der falschen Seite gestanden zu haben.

Ich möchte dann Ihnen eine kurze Schilderung geben des Ablaufs der zweiten Lesung im Bundestag¹⁰ und der Gründe, die nachher die Mehrheit einschließlich der Bundesregierung dazu veranlaßt haben, die Vertagung der dritten Lesung zu beantragen. Mit einem Wort: Der Verlauf der zweiten Lesung im Bundestag war weder des Parlaments würdig, noch war er würdig der Wichtigkeit des Gegenstands der Vorlage, um die es sich handelte; der Verlauf war einfach unwürdig, und er hat, ich glaube, darin werden Sie mit mir übereinstimmen, das Ansehen des Bundestages in der breitesten deutschen Öffentlichkeit schwer geschädigt. Ich sehe einmal ab von den Vorfällen, die sich in der Nacht ereignet haben, die ich außerordentlich bedaure, das Intermezzo Dehler¹¹ – Menzel¹², Tillmanns – Neumann, ich sehe davon einmal ganz ab; aber auch im übrigen war der Verlauf der Sitzung nicht würdig. Es ist in der Zwischenzeit vom Bundeskanzleramt festgestellt worden, wie oft ich, der ich nun doch der Chef der Bundesregierung bin, in meiner Rede unterbrochen worden bin, sage und schreibe 197 mal. Das ist einfach nicht tragbar, und wenn Sie sich einmal das Stenogramm nehmen und sehen, wie das gedruckt ist infolge der ganzen Zwischenrufe, werden Sie das, was ich gesagt habe, im vollsten Maße bestätigen. Aber die Schimpfworte, die mir als Chef der Bundesregierung entgegengerufen worden sind – ich mache keinem der Herren Präsidenten deswegen einen Vorwurf, denn sie können zum Teil gar nicht hören –, sind einfach unerhört, und diese Schimpfworte werden namentlich von den hintersten Bänken, aber auch von den vorderen Bänken, einem entgegengerufen. Alles in allem genommen kann ich, was das Äußere angeht, nur sagen: Wenn das Parlament nicht seine Sitten ändert, gräbt sich das demokratische Parlament sein eigenes Grab. Ich habe Herrn Ollenhauer zu mir gebeten und hoffe, ihn im Laufe dieser Woche zu sprechen, um ihm das sehr ernst und sehr nachdrücklich zu sagen.

10 Zweite Lesung von Deutschland- und EVG-Vertrag am 5./6. Dezember 1952 (Sten.Ber. 1.WP Bd.14 S. 11335–11379; vgl. AdG 1952 S. 3768–3772 und S. 3778ff.; SCHWARZ 1 S. 175ff.

11 Auseinandersetzung zwischen Dehler und Menzel vgl. Sten.Ber. 1.WP Bd.14 S.11496f. – Dr. Thomas Dehler (1897–1967), 1926–1933 Vorsitzender der DDP Bamberg, 1946–1956 Vorsitzender der bayerischen FDP, 1948–1949 MdPR, 1949–1967 MdB (1953–1957 FDP-Fraktionsvorsitzender), 1949–1953 Bundesminister der Justiz, 1954–1957 Bundesvorsitzender der FDP, 1960–1967 Vizepräsident des Deutschen Bundestages. Vgl. Friedrich HENNING in DEMOKRATEN S. 88–97.

12 Dr. Walter Menzel (1901–1963), seit 1921 SPD, 1931–1933 Landrat in Weilburg/Lahn, seit 1946 Mitglied des SPD-Parteivorstands, Mitglied des Zonenbeirats für die britische Zone, 1946–1954 MdL Nordrhein-Westfalen, 1946–1950 Innenminister und stv. Ministerpräsident, 1948–1949 MdPR, 1949–1963 MdB (Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion, 1951–1957 Vorsitzender des Ausschusses zum Schutze der Verfassung). Vgl. Wolf BIERBACH in AUS DREISSIG JAHREN S. 186–199.

In diesem Kreis kann ich auch folgendes sagen, daß jetzt schon in Düsseldorf sich ein Kreis bildet um den früheren Staatssekretär von Goebbels¹³, Naumann¹⁴, der sich darauf vorbereitet, die Sache später in die Hand zu nehmen, und zwar ein Kreis von sehr intelligenten Leuten – dieser Naumann ist ein sehr intelligenter Mann –, die untereinander allgemein Verbindung halten, und nicht nur das, sondern die auch mit den Nationalsozialisten, die im Ausland sind, Verbindung halten. Ich bin, damit Sie sehen, in welchen Verhältnissen wir leben, von einer auswärtigen Macht dringend gebeten worden, dafür zu sorgen, daß Naumann baldmöglichst verhaftet wird. Ich habe keine Handhabe dazu, aber so denkt man in uns wohlmeinenden Ländern schon über die Verhältnisse, die sich bei uns entwickeln. Es kommt noch eins hinzu: Diese Herren, deren Mittelpunkt Naumann ist, halten regelmäßig Befprechungen im Industrieclub in Düsseldorf ab. Das ist natürlich auch nicht gerade dazu geeignet und dazu angetan, das Mißtrauen des Auslandes gegenüber Deutschland besonders zu beruhigen.

Aber ich möchte jetzt zurückkehren zu dem Verlauf der zweiten Lesung. Ich nehme an, daß Sie gelesen haben, was gesprochen worden ist. Ich möchte deswegen nur hervorheben, was Ollenhauer, abgesehen von einigen mysteriösen Andeutungen, die aber hinterher doch verständlich geworden sind aufgrund von neuen Informationen, vorschlägt zu tun¹⁵: Er will einbauen in ein System der allgemeinen Sicherheit [!], an sich eine banale Redensart, aber es scheint, daß eine Konzeption dahintersteckt, die einem sehr große Sorgen machen kann.

Ich komme nun zu der Hauptsache, zu der Vertagung und zu der Klage der Mehrheit in Karlsruhe und zu den Vorgängen in Karlsruhe¹⁶. Das Bundesverfassungsgericht wird – und die Väter des Grundgesetzes, die Mitglieder des Parlamentarischen Rates, zu denen ich ja auch gehört habe, trifft daran ein schweres Verschulden – gewählt durch das Parlament. Verfassungsrichter, die gewählt werden durch ein politisches Parlament, sind, glaube ich, einmalig in der Welt. Wir haben

13 Joseph Goebbels (1897–1945), 1924 NSDAP, 1929 Reichspropagandaleiter, 1933 Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, 1944 Generalbevollmächtigter für den totalen Kriegseinsatz.

14 Dr. Werner Naumann (geb. 1909), nationalsozialistischer Politiker; Staatssekretär im Reichspropagandaministerium. – Naumann wurde auf Anweisung des britischen Hochkommissars in der Nacht vom 14./15. Januar 1953 – zusammen mit weiteren ehemals führenden Nationalsozialisten aus dem „Naumann-Kreis“ – verhaftet (vgl. AdG 1953 S. 3824; JENKE S. 161ff.).

15 Rede Ollenhauers in der zweiten Lesung vgl. Sten.Ber. 1. WP Bd.14 S.11445–11456.

16 Die Bundestagsfraktionen von CDU/CSU, FDP und DP erhoben am 6. Dezember 1952 vor dem zweiten Senat des Bundesverfassungsgerichts Feststellungsklage, nachdem auf Antrag der CDU/CSU und FDP am 5. Dezember die zweite Lesung der Vertragsgesetze im Bundestag ausgesetzt wurde. Die SPD-Fraktion hatte in der Debatte erklärt, daß der Bundestag keine Kompetenz habe, Gesetze über Wehrfragen zu beschließen (Klageneschrift und Antragsbegründung in WEHRBEITRAG, Ergänzungsband S. 1–24; BARING: Außenpolitik 2 S. 130ff.).

uns damals im Parlamentarischen Rat von der vielleicht aus den vergangenen Jahren heraus verständlichen Meinung leiten lassen, daß wir als Wahrer der Demokratie in Deutschland gelernt hätten; damit aber ist dieser überspitzte Idealismus noch weiter überspitzt worden durch das Gesetz über das Bundesverfassungsgericht, in dem die Wahlen mit Zweidrittelmehrheit vorgeschrieben worden sind. Das bedeutet also im Einzelfall, daß ohne Zustimmung der Sozialdemokratie keiner als Richter gewählt werden kann, wie natürlich auch umgekehrt keiner ohne Zustimmung der Koalition. Aber wie so vielfach hat es sich auch hier herausgestellt, daß die Sozialdemokratie eben ein viel besserer Block ist, als eine Koalition das sein kann, und daß es weiter im Wesen der sozialdemokratischen Parteimitglieder liegt, den von oben gegebenen Befehlen unbedingt zu gehorchen. Das Ergebnis ist folgendes: Im Bundesverfassungsgericht sind z.Z. 23 Richter. Von diesen 23 Richtern sind neun eingeschriebene Mitglieder der SPD, zwei oder drei eingeschriebene Mitglieder der CDU (*Zwischenruf: Zwei!*), einer FDP¹⁷. Was den zweiten Senat angeht, den die Mehrheit angerufen hat, so möchte ich folgendes feststellen: Der zweite Senat hat drei eingeschriebene Mitglieder der SPD, er hat kein eingeschriebenes Mitglied einer der Koalitionsparteien. Sie sehen daraus am besten, wie diese Redensart, die, soviel ich weiß, zunächst im „Spiegel“¹⁸ aufgetaucht ist, von dem roten und dem schwarzen Senat, in Wirklichkeit die Verhältnisse trifft. Ich wiederhole nochmals, und damit entfällt vieles von dem, was der Mehrheit zum Vorwurf gemacht worden ist: In dem angegangenen zweiten Senat sind drei Mitglieder einschließlich des Vorsitzenden eingeschriebene Mitglieder der Sozialdemokratie und kein einziges Mitglied ist eingeschriebenes Mitglied einer Koalitionspartei. Und wie in diesem Richterwahlaus-

17 Im ersten Senat gehörten sieben Richter der SPD an bzw. standen ihr nahe (Martin Draht, Wilhelm Ellinghaus, Richard Gerhard Heiland, Joachim Lehmann, Franz Wessel, Konrad Zweigert, Erna Scheffler), vier gehörten den Regierungsparteien an bzw. standen ihnen nahe (Hermann Höpker Aschoff (FDP), Herbert Scholtissek (CDU), Erwin Stein (CDU) und Theodor Ritterspach); im zweiten Senat standen drei SPD-Mitglieder (Rudolf Katz, Walter Klaas, Hans Georg Rupp) acht Richtern (Julius Federer, Ernst Friesenhahn, Georg Fröhlich, Willi Geiger, Anton Alfred Henneka, Gerhard Leibholz, Claus Leusser, Conrad Frederick Roediger) gegenüber, die den Koalitionsparteien zugeordnet wurden. Als neutral galten Bernhard Wolff (2. Senat) und Kurt Zweigert (1. Senat). Vgl. dazu WENGST: Staatsaufbau S. 242ff. und SCHIFFERS S. 455. Ausgeschieden war am 14. Februar 1952, nach seiner Ernennung zum Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts Berlin, Kurt Zweigert; bereits am 18. Januar 1952 war Leusser nach seiner Ernennung zum Bevollmächtigten von Bayern beim Bund ausgeschieden (BILLING S. 189). Nachfolger Leussers wurde am 13. September 1952 Egon Schunk (EBD. S. 191). Erst am 18. März 1954 erfolgte die Wahl von Karl Heck als Nachfolger von Zweigert (EBD. S. 194f.).

18 In seiner Kommentierung der SPD-Klage hatte der „Spiegel“ vom 12. März 1952 auf die parteipolitische Zusammensetzung der beiden Senate des BVerfG hingewiesen (6. Jg., Nr. 11 S. 6f.). Das Gerede vom ‚roten‘ und ‚schwarzen‘ Senat führte schließlich zur entschiedenen Zurückweisung durch die Pressestelle des BVerfG (Verlautbarung vom 18. Juni 1952) und zur Erklärung vom 9. Dezember 1952 (vgl. Druck: WEHRBEITRAG 2 S. 804f.).

schuß die Dinge liegen, das zeigt in geradezu klassischer Form der letzte Vorgang, als es sich darum handelte, das 24. Mitglied – es war einer ausgeschieden – zu wählen. Die Sozialdemokraten schlugen einen Herrn vor, der in Koalitionskreisen unbekannt war. Die Koalitionsmitglieder beantragten Vertagung, sie wollten sich nach dem Herrn erkundigen. In der darauffolgenden Sitzung erklärten die Sozialdemokraten, sie zögen ihren Vorschlag zurück, denn sie hätten in der Zwischenzeit festgestellt, daß der von ihnen Vorgeschlagene Mitglied der CDU sei. Dann ist der Richterwahlausschuß unverrichteter Dinge auseinandergegangen.¹⁹

Nun die Gründe, warum unsere Klage? Nach unserer Auffassung ist diese Klage zunächst formell absolut begründet, und sie ist auch materiell begründet insofern, als die Mehrheit des Bundestages genausogut ein Recht darauf hat, attestiert zu bekommen, daß sie sich innerhalb des Rahmens der Verfassung bewegt, wie umgekehrt die Minderheit ein Recht hat, zu klagen gegen die Mehrheit, wie das seinerzeit die SPD-Fraktion und einige andere Mitglieder des Bundestages in der Präventivnormenkontrollklage getan haben.²⁰ Der erste Senat hat sechs eingeschriebene Mitglieder der SPD. Ich nehme an, daß der eine oder andere von Ihnen über die Verhältnisse in Karlsruhe noch dieses oder jenes sagen wird. Ich möchte das zunächst nicht tun. Die sozialdemokratische Fraktion beabsichtigte, nach eventueller Genehmigung durch den Bundesrat eine Normenkontrollklage zu erheben. Die Klage der Mehrheit des Bundestages bringt – ich will das im einzelnen nicht auseinandersetzen – eine Zeitersparnis von zwei bis drei Monaten gegenüber dem Abwarten, bis die sozialdemokratische Fraktion ihre Normenkontrollklage durchgestanden hat. Das war in der Hauptsache der Grund, der die Mehrheit veranlaßt hat, diese Klage zu erheben.

Nun die Vorgänge in Karlsruhe: Nach dem Grundgesetz und nach dem Gesetz, das die Verhältnisse des Bundesverfassungsgerichts ordnet, hat das Bundesverfassungsgericht Entscheidungen zu treffen. Es ist ihm weiter auch eine davon ganz unabhängige Aufgabe übertragen, nämlich auf Verlangen gewisser Organe Gutachten zu erstatten. Diese Gutachten können angefordert werden ohne Rücksicht darauf, ob irgendeine Klage anhängig ist oder nicht. Sie sind natürlich nicht bindend für denjenigen, der das Gutachten einfordert. Derjenige, der das Gutachten einfordert, kann sich überzeugen lassen von den Gründen des Gutachtens, er braucht sich nicht überzeugen zu lassen. Ein ganz ähnlicher Vorgang wie der jetzige, nämlich des Zusammenfallens der Einforderung eines Gutachtens und einer anhängigen Klage,

19 Vermutlich der Vortragende Rat a.D. Dr. Höpfner oder Ministerialrat Dr. Kleinrahm (Vorschlag Dr. Arndt), vgl. Sitzung des Wahlmännergremiums vom 8. Juli bzw. 9. Juli 1952 – NL Laforet ACDP I-122-175. Ebenfalls von der SPD wurden vorgeschlagen der Senatspräsident beim BGH Hans Eberhard Rotberg und Landgerichtsdirektor Wallauer vom Landgericht Bad Kreuznach, der gleichzeitig Mitglied des rheinland-pfälzischen Verfassungsgerichtshofs war (BILLING S. 190).

20 Klage von 145 Abgeordneten unter Federführung von Adolf Arndt (SPD) und Bernhard Reismann (FU) vom 31. Januar 1952 (vgl. WEHRBEITRAG 1 S. 3-14).

hat sich im Sommer abgespielt, und zwar noch vor der ersten Lesung der Vertragswerke im Bundestag. Es hat damals die sozialdemokratische Fraktion, wie eben schon gesagt, eine Präventivnormenkontrollklage angestellt, und der Herr Bundespräsident hat ein Gutachten über die gleiche Frage vom Plenum des Bundesverfassungsgerichts erbeten²¹. Das Bundesverfassungsgericht hat damals zunächst den Versuch gemacht, die Bundesregierung, die kein Gutachten eingefordert hatte, und die klagende sozialdemokratische Fraktion insoweit unter einen Hut zu bringen, als es vorgeschlagen hat eine Art schiedsrichterliches Verfahren, d.h., sowohl die Bundesregierung wie auch die klagende Fraktion sollten sich bereit erklären, das Gutachten als für sich bindend anzuerkennen. Wir haben das damals bejaht, die Sozialdemokratie hat es verneint. Herr Arndt ist damals zum Bundespräsidenten gegangen und hat versucht, ihn zu überreden, seinen Antrag zurückzuziehen, das Gutachten sich erstatten zu lassen. Dann hat das Bundesverfassungsgericht einen Beschuß gefaßt, den es dem Bundespräsidenten und auch den Sozialdemokraten zugestellt hat, nämlich folgenden Beschuß: Das Plenum des Bundesverfassungsgerichts hat sich heute mit der dadurch geschaffenen Lage beschäftigt, d.h. mit der Lage, daß beiderseitig ein Antrag schwebt, nämlich auf Erstattung eines Gutachtens und eine Klage. Es ist zu dem Ergebnis gekommen, daß mit Rücksicht auf das nunmehr beim ersten Senat zunächst anhängige Verfahren z.Z. die verfahrensrechtlichen Voraussetzungen für die Erstattung des vom Herrn Bundespräsidenten erbetenen Gutachtens nicht vorliegen. Es hat sich also auf den Standpunkt gestellt: Solange in einer Frage eine Klage schwebt, liegen nicht die verfahrensrechtlichen Voraussetzungen für Erstattung eines Gutachtens in derselben Angelegenheit vor. Dieser Beschuß ist vom 26. Juli 1952.

Bei dem nunmehr vorliegenden Fall, wo ebenfalls noch vorliegen einmal der Antrag des Bundespräsidenten auf Erstattung eines Gutachtens, zweitens die Klage der Mehrheit gegen die Minderheit beim zweiten Senat, hat sich das Bundesverfassungsgericht zu unserem wirklich aufrichtigen Erstaunen von diesem Standpunkt abgewandt und hat beschlossen, daß das Gutachten bindend sein müsse für die Entscheidungen der beiden Senate in der gleichen Frage. Die Begründung dieses Beschlusses habe ich gestern erhalten. Es hat ja etwas darüber schon in der Presse gestanden. Die Begründung ist ziemlich umfangreich, sie enthält nichts irgendwie

21 Bundespräsident Heuss hatte am 10. Juni 1952 das BVerfG um ein Gutachten über die Frage gebeten, ob der EVG-Vertrag im Widerspruch zum GG stehe. Hintergrund war die Frage der SPD-Opposition, ob die Gesetzgebungszuständigkeit für die Wehrverfassung ausschließlich dem Bund oder den Ländern oder beiden obliege. Diese strittige Kompetenzfrage könne nicht durch einfaches Bundesgesetz geregelt werden; vielmehr müsse das GG ergänzt werden, und dafür sei eine Zweidrittelmehrheit von Bundestag und Bundesrat notwendig. – Das BVerfG erklärte am 9. Dezember 1952, daß das erbetene Gutachten die beiden Senate des BVerfG binde; daraufhin zog der Bundespräsident sein Gesuch um ein Rechtsgutachten am 10. Dezember 1952 zurück. Vgl. SCHWARZ 1 S. 169–177; WENGST: Staatsaufbau S. 286–290 und S. 319–322; BARING: Außenpolitik 2 S. 140ff.

Neues, sondern sie stellt sich auf den Standpunkt, daß das Bundesverfassungsgericht eine Lücke in der Gesetzgebung habe ausfüllen müssen, und zwar deswegen, weil das Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht ja sehr lückenhaft nur geordnet sei, und hier habe es eine solche Verfahrensvorschrift erlassen müssen.

Dazu möchte ich folgendes sagen: Es ist klar, daß vermieden werden muß, daß ein Senat in einer Entscheidung von der Rechtsauffassung des anderen Senats bei einer Entscheidung abweicht. Und für diesen Fall ist daher in dem Gesetz ausdrücklich vorgesehen, daß, wenn ein Senat abweicht von der Rechtsauffassung, die ein anderer Senat schon einer Entscheidung zugrunde gelegt hat, eine Plenarentscheidung beider Senate stattfinden muß. Das ist das Verfahren, das früher beim Reichsgericht gewesen ist und auch jetzt beim Bundesfinanzgerichtshof so ist, also, wie es bei allen hohen Gerichtshöfen besteht. Aber was jetzt das Bundesverfassungsgericht gemacht hat, geht vollkommen an diesen Bestimmungen des Gesetzes vorbei, indem es bestimmt, daß ein Gutachten entscheidend sein müsse für die beiden Senate, ein völlig unmöglich Zustand, der einfach im Gesetz auch nicht die geringste Stütze findet. Ich darf hier darauf hinweisen, daß beim Bundesfinanzgerichtshof ebenfalls das Plenum auf Verlangen gewisser Stellen Gutachten abgeben muß, daß aber dadurch Entscheidungen der Senate in keiner Weise beeinflußt werden, und daß dann, wenn ein Senat von der Entscheidung eines anderen Senats abgehen will, eine Plenarentscheidung stattfinden muß. Die Lage, die infolge dieses Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts eintrat, ist natürlich sehr schwierig geworden. Die Mitteilung kam aus Karlsruhe, während wir in einer Kabinettsitzung zusammen saßen²². Wir haben über die Angelegenheit uns ausgesprochen, und wir kamen übereinstimmend zu der Auffassung, daß dieser Beschuß des Bundesverfassungsgerichts keine Stütze hätte im Gesetz noch im Grundgesetz, daß er keine Lücke ausfülle, sondern einfach contra legem sei.

So entstand die Frage, was man nun tun kann. Wenn nichts geschehen wäre, also, wenn der Bundespräsident seinen Antrag auf Erstattung eines Gutachtens nicht zurückgezogen hätte, wäre die Sache weitergelaufen, und dieser Beschuß wäre nun sofort zur Anwendung gekommen. Das schien uns unmöglich zu sein. Gestatten Sie mir, weil es in einer Rede Ollenhauers eine Rolle spielte, es nochmals zu sagen: Ich bin im Auftrag des Kabinetts zum Bundespräsidenten gegangen am Dienstag vormittag, er wußte noch nichts von der ganzen Sache, und ich habe sie ihm vorge tragen, habe ihm auch vorgetragen die Meinung des Kabinetts, und der Bundespräsident ist sofort vom Tisch aufgestanden, an dem wir saßen, zu seinem Schreibtisch gegangen, hat ein Blatt Papier genommen und in meiner Gegenwart dann entworfen ein Schreiben an das Bundesverfassungsgericht, in dem er seinen Antrag auf Erlass eines Gutachtens zurückziehen wolle; und zwar aus eigener Initiative hat er selbst das Schreiben sofort entworfen. Wir haben die Staatssekretäre Hallstein und

22 Die Kabinettsitzung fand am 9. Dezember 1952 von 10.35–12.00 Uhr statt (vgl. ADENAUER: Teegespräche S. 715 Anm. 10).

Strauß²³, die in Karlsruhe waren, sofort zurückkommen lassen. Wir wollten von ihnen hören, ob es noch irgendeine Möglichkeit gäbe, durch Verhandlungen mit dem Bundesverfassungsgericht irgendwie eine Änderung herbeizuführen. Die Herren haben darüber berichtet, daß das unmöglich sei. Der Beschuß ist merkwürdigerweise mit 20 gegen 2 Stimmen gefaßt worden, der 23. lag krank in München, und er wußte schon am Nachmittag um 5 Uhr, daß dieser Beschuß am Abend gefaßt werden würde.²⁴

Wir haben uns dann entschlossen, auf meinen Vorschlag hin, eine Abordnung des Kabinetts zum Bundespräsidenten zu schicken, bestehend aus mir, den Herren Blücher, Storch, Lehr²⁵ und Dehler. Ich habe als letzter das Wort ergriffen, und die Herren haben die Meinung des Kabinetts dem Bundespräsidenten klargelegt, und der Bundespräsident hat sich dann entschlossen, definitiv entschlossen, am anderen Morgen seinen Antrag auf Erlaß des Gutachtens zurückzuziehen. Er hat Herrn Ollenhauer am gleichen Abend noch eineinhalb Stunden gesprochen.²⁶ Ollenhauer hatte davon gehört und um diesen Empfang gebeten. Dann hat nun das Bundesverfassungsgericht das Verfahren eingestellt, und die Dinge sind nun in den Zustand gekommen, in dem sie sich jetzt befinden. Was die Erstattung des Gutachtens angeht, so ist in dem Beschuß, in der Begründung, die vom Bundesverfassungsgericht gegeben worden ist, von einem prozeßähnlichen Verlauf des Gutachtens die Rede. Wenn Sie sich das vor Augen halten, werden Sie sich auch klar darüber werden, welche Vorbereitungen getroffen worden waren, um einen prozeßähnlichen Verlauf herbeizuführen und so die Entscheidung, daß das Gutachten für die Senate bindend sein müsse, in der Öffentlichkeit wenigstens in etwa klarzumachen, denn das Bundesverfassungsgericht hatte sich die Mensa der Technischen Hochschule Karlsruhe gemietet, hatte Rundfunk und alles mögliche eingeladen, hatte eine Tribüne aufschlagen lassen und hat eine ganz große Sache aus diesem Gutachten machen wollen, ganz in der Form eines öffentlich geführten Prozesses, während in

23 Dr. Walter Strauß (1900–1976), 1928–1935 Referent im Reichswirtschaftsministerium, Mitgründer der CDU in Berlin, 1946–1947 Staatssekretär im hessischen Staatsministerium, 1947–1948 stv. Direktor der Verwaltung für Wirtschaft, 1948–1949 Leiter des Rechtsamtes des Vereinigten Wirtschaftsgebietes und MdPR, 1949–1963 Staatssekretär im Bundesjustizministerium, 1963–1970 Richter am Europäischen Gerichtshof. Vgl. Richard LEY: Dr. Walter Strauß. In: NJW 29 (1976); vgl. auch die Schilderung beim Kanzlertee am 10. Dezember 1952 (ADENAUER: Teegegespräche S. 365ff.).

24 Dagegen votierten Willi Geiger und Anton Henneka (WENGST: Staatsaufbau S. 320).

25 Dr. Robert Lehr (1883–1956), 1915 Beigeordneter und 1919 Stadtkämmerer in Düsseldorf, 1924–1933 Oberbürgermeister von Düsseldorf (DNVP), Mitgründer der CDU, Oberpräsident der Provinz Nordrhein, 1946–1950 MdL Nordrhein-Westfalen, Vorsitzender und später 2. Vorsitzender des Zonenbeirats der britischen Zone, 1948–1949 MdPR, 1949–1953 MdB, 1950–1953 Bundesminister des Innern. Vgl. Brigitte KAFF in GRÜNDUNG S. 191–207.

26 Vgl. FAZ vom 11. Dezember 1952 mit dem Wortlaut der Erklärung Ollenhauers und des SPD-Vorstands; vgl. auch StBKAH 06.09.

der Natur der Sache es liegt, daß ein Gutachten gefällt wird von einem Gremium in vertraulicher Aussprache, nachdem die Beteiligten sich schriftlich geäußert haben, aber nicht in dieser Prozeßform. Nun hat Herr Ollenhauer eine längere Pressekonferenz abgehalten am Freitag, und ich habe hier den stenografischen Wortlaut seiner Ausführungen, auf die leider von der anderen Presse bisher kaum geantwortet worden ist²⁷. Es sind insgesamt elf Schreibmaschinenseiten, infolgedessen kann ich nur die wichtigsten Punkte herausgreifen. Er führt zunächst Klage darüber, daß durch das Vorgehen der Bundesregierung und der Mehrheit des Bundestages eine tiefgehende Vertrauenskrise im Volke Platz gegriffen hätte und daß durch die Einbeziehung des Bundespräsidenten und des Bundesverfassungsgerichtshofes eine ernste Situation entstanden sei. Er spricht dann von Manipulationen in bezug auf das Verfahren beim Bundesverfassungsgericht; er spricht von einem Eingriff des Bundeskanzlers in ein schwebendes Verfahren und der Bundesregierung, und das, sagt Ollenhauer, sei für sie die Hauptsache, nicht der Kampf um die Verträge.

Ich möchte noch einmal ausdrücklich feststellen, daß überhaupt kein schwebendes Verfahren vorliegt, sondern daß selbstverständlich derjenige, der ein Gutachten einfordert, berechtigt ist, diesen Antrag jederzeit zurückzuziehen, ebenso wie jemand, der eine Klage anhängig macht, jederzeit berechtigt ist, diese Klage zurückzuziehen, und daß das mit einem Eingriff in ein schwebendes Verfahren nichts zu tun hat. Ollenhauer stellt weiter fest, daß die Durchführung der Verträge nur dann möglich sei, daß sie nur dann wirksam werden könnten, wenn sie getragen werden von einer breiten innerpolitischen moralischen Unterstützung der Bevölkerung selbst. Ich darf daran erinnern, daß Schumacher seinerzeit erklärt hat, daß die SPD, auch wenn ratifiziert sein würde, bis zum letzten kämpfen würde gegen die Einberufung von Soldaten usw.²⁸ Kurz und gut, er hat damals eine Erklärung abgegeben gegenüber einem Ausländer, die geradezu Landesverrat darstellt. Dann erklärt Ollenhauer weiter, die dritte Lesung könne nur durchgeführt werden, wenn vorher dem Volke durch eine Neuwahl zum Bundestag die Möglichkeit gegeben sei, seinen politischen Willen neu zu bekunden.

Dazu möchte ich einige Worte sagen: Zunächst ist es eigentlich bei einem Manne wie Ollenhauer wenig verständlich, daß er der Auffassung ist, ein neu gewählter Bundestag würde eine dritte Lesung vornehmen. Es ist klar, daß, wenn ein Bundestag sein Ende gefunden hat, alle bis dahin nicht erledigten Gesetzentwürfe altes Eisen sind. Ollenhauer weiß aber auch ganz genau, daß der Bundestag erst sein Ende findet vier Jahre nach seiner Wahl, also September 1953, und daß eine Neuwahl nur vorher möglich sei, wenn der Bundeskanzler ein Mißtrauensvotum bekom-

27 Vgl. FAZ vom 13. Dezember 1952. Der Bericht über die Pressekonferenz der SPD am 12. Dezember 1952, hrsg. von der Bundesgeschäftsstelle der CDU, in NL Strickrodt ACDP I-085-052.

28 Vgl. zu den Schumacher-Äußerungen AdG 1952, 23. Mai S. 3482, 2. Juni S. 3502, 11. Juni S. 3513.

men hat von der Mehrheit und dann die Auflösung beantragt, so daß Ollenhauer – da spricht natürlich folgendes Gaukelspiel – wohl gern hätte, daß eine Mehrheit, bestehend aus Sozialdemokraten und einem Teil der Koalition, dem Bundeskanzler sein Mißtrauen ausspricht und daß dann Wahlen stattfinden können. Man stelle sich vor diese Harlekinade, daß ein Teil der Koalition zusammen mit der Opposition dem Bundeskanzler in dieser Sache das Mißtrauen ausspricht. Stellen Sie sich vor, in welcher Weise dann die Koalitionsparteien in die Wahlen überhaupt hineingehen würden, aber das ist das, was er will, und ich komme noch auf das wirkliche Thema gleich zurück. Dann behauptet Ollenhauer weiter: „Wir wissen nicht, auf welcher Basis in einem neuen Bundestag über diese Verträge verhandelt werden könnte, aber wir sind der Meinung, daß eine so schwerwiegende Entscheidung ...“ Ollenhauer sagt dann weiter: „Es ist auch nicht die Frage, ob die deutsche Sozialdemokratie für oder gegen die Verteidigung der freien Welt ist. Wir haben das bei verschiedenen Gelegenheiten doch in den zwei Lesungen in aller Deutlichkeit klar gemacht. Wir sind für eine Beteiligung der Deutschen an einer Verteidigung der freien Welt, der freien Völker, aber wir sehen in den jetzt vorliegenden konkreten Verträgen keine geeignete Basis. Es müßte unter neuen Gesichtspunkten dieser ganze Komplex neu aufgerollt und neu behandelt werden.“ Dann sagt Ollenhauer aber selbst: Eine friedensvertragsähnliche Regelung müsse an die Stelle der Verträge treten, die dem deutschen Volk jede Möglichkeit seiner inneren und äußeren Selbstbestimmung gibt und in der nur die Gebiete und die Fragen reserviert bleiben, die auf der Basis einer Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik und den anderen Vertragspartnern gemeinsam im Auge zu behalten sind im Hinblick auf Berlin und die deutsche Einheit, und die Frage, die geregelt werden muß, um den in Deutschland stationierten Truppen der Westmächte einen Status zu geben, der ihrer Sicherheit Rechnung trägt.

Also, diese drei Vorbehaltsrechte erkennt er selbst an mit etwas anderer Malei-
rei, aber es ist doch dasselbe. Dann sagt er dasselbe, was er im Bundestag gesagt
hat ..., die Überzeugung, daß eine Sicherheit der freien Welt, eine Sicherheit der
Bundesrepublik gegen jede Bedrohung nur möglich ist, wenn sie aufgebaut und
getragen wird von den Menschen der ganzen freien Welt und dem freien Entschluß,
sich zu dieser Verbundenheit und zu diesen Aufgaben zu bekennen. – Das sind ja
mehr oder weniger Redensarten. Dann wird Ollenhauer gefragt: „Würde die Sozial-
demokratie auch nach Neuwahlen, wenn sie in die neue Regierung einträte, mit einer
empirischen Behandlung der Vertragswerke auch dann nicht bereit sein?“ Ollenhauer
antwortet darauf: „Ich danke Ihnen für diese Frage; ich möchte dazu nur sagen:
Die Sozialdemokratie wird unter keinen Umständen, auch nicht in einem neu gewählten
Bundestag, die jetzt vorliegenden Verträge annehmen!“ Sie seien überholt,
und es bleibe dabei, daß die SPD die Verträge nicht annehme. Ollenhauer wird
weiter gefragt: „Können Sie uns etwas präziser über Ihre Vorschläge einer Beteili-
gung Deutschlands an einem System der kollektiven Sicherheit sagen, soll das für
Europa gelten oder für die ganze Welt?“ Ollenhauer antwortet: „Das soll natürlich

ein internationales Sicherheitssystem sein. Ich bitte in diesem Augenblick zu verstehen, daß es nicht möglich ist, in Einzelheiten einzutreten, und daß wir uns selbst noch nicht im konkreten über diese Einzelheiten klargeworden sind, damit wir einen im einzelnen fundierten Vorschlag machen!“

Ich kann nur sagen, ich bin geradezu erschüttert darüber, daß eine so große Partei, wie die Sozialdemokratie es ist, nun auf jede Weise versucht, das Zustandekommen dieser Verträge zu verhindern, ohne daß sie weiß – Sie haben es aus seinen eigenen Worten gehört –, was sie an die Stelle des Ganzen setzen soll. Aber ich kann Ihnen hier in diesem vertraulichen Kreise sagen, was auf der Vorstandssitzung der SPD beraten worden ist.²⁹ Im Vorstand der SPD, der am Freitag versammelt war, ist folgendes gesagt worden: Die EVG-Verträge seien tot. Es werde zu einer Ratifizierung in Deutschland nicht mehr kommen. Es werde auch infolgedessen zu einer Ratifizierung nicht kommen in Frankreich, aber in Amerika sei ein neues Team von Männern gekommen, und man müßte nun jetzt versuchen, Korea auszuhandeln gegen die Sowjetzone. Man müßte den Russen vorschlagen, freie Wahlen in Korea und freie Wahlen in der Sowjetzone. Das würde bedeuten, daß Korea kommunistisch würde und daß die Bundesrepublik sozialistisch würde, und die Russen würden geneigt sein – man habe Grund zu der Annahme –, auf einen solchen Vorschlag einzugehen. Das setze natürlich voraus, daß zwischen den Vereinigten Staaten und Sowjetrußland eine Bereinigung aller schwebenden Fragen auf der ganzen Linie erfolge. Man werde bei einer solchen Regelung bis auf weiteres die Oder-Neiße-Linie in Kauf nehmen müssen, und dieses neue Deutschland solle eine nationale Armee bekommen unter der Aufsicht Sowjetrußlands und der Vereinigten Staaten. Deutschland solle Mitglied der UNO werden und an deren kollektiver Sicherheit teilnehmen.

Ich weiß noch weitere Einzelheiten darüber, aber ich muß Ihnen sagen, man faßt sich buchstäblich an den Kopf, wenigstens habe ich das getan, als ich das gelesen habe und mir gedacht habe: Wie denken diese Leute sich die Entwicklung? Ich glaube, ich brauche Ihnen weiter nichts darüber zu sagen. Wir warten allgemein die Verständigung zwischen den Vereinigten Staaten und Sowjetrußland ab, Korea wird dann ausgetauscht gegen die Sowjetzone, und wir bekommen eine nationale Armee unter Garantie von Sowjetrußland und den Vereinigten Staaten unter deren Aufsicht und eine Garantie durch die UNO. Es ist erschütternd, geradezu erschütternd, und ich kann mir das nur vorstellen, daß die Herrschaften so durchdrungen sind von dem Willen, unter allen Umständen im Westen an die Macht zu kommen, daß ihnen jedes Mittel dazu recht ist, und mag es einem vernünftigen Menschen noch so dumm erscheinen, es ist ihnen alles recht, wenn es nur gelingt, etwas

29 Im Kurzprotokoll der um den Fraktionsvorstand erweiterten SPD-Vorstandssitzung vom 12. Dezember läßt sich eine derartige Äußerung nicht belegen (SPD-PV-Protokoll). Auch Lenz äußert seine Skepsis, ob diese Auffassungen geäußert worden sind (Lenz-Tagebuch, 15. Dezember 1952).

Derartiges zu erreichen. Den Plan, den sie entwickelt haben, mußten sie, glaube ich, entwickeln, um Schwierigkeiten in ihren eigenen Reihen zu vermeiden, denn manchen ist es da gar nicht wohl, und man muß Schwierigkeiten in den eigenen Reihen zu beruhigen versuchen, um auf die Frage wenigstens zu antworten: Nicht nur immer negativ, was wollt ihr denn? (*Zwischenruf*: Ist das verbürgt?) Das ist so gut verbürgt – ich bin in der Lage, Namen zu nennen –, wie etwas verbürgt sein kann. (*Zwischenruf*: Es klingt aber unglaublich!) Ich kann nur nochmals wiederholen, es ist so gut verbürgt, wie etwas verbürgt sein kann. Ich weiß den Namen des betreffenden Herrn, der das erklärt hat, und habe es schriftlich vor mir liegen, aber ich bin nicht in der Lage, Ihnen den Namen zu nennen, und möchte einstweilen doch bitten, nicht davon Gebrauch zu machen, aber, wenn Sie daraufhin die Rede Ollenhauers im Bundestag nachlesen und wörtlich nehmen, werden Ihnen manche Sätze klar, die mir beim Zuhören noch nicht klargewesen sind.

Was machen wir weiter? Beim Bundesverfassungsgericht ist man aufs äußerste erzürnt, auf die Bundesregierung und auf die Koalition. Auch Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts, die nicht Sozialisten sind, sind der merkwürdigen Auffassung, daß wir ihnen hätten zu nahe treten wollen. Allerdings passieren auch sehr merkwürdige Dinge da. Ich muß Ihnen ein kleines Beispiel erzählen, an sich nicht sehr belangreich, aber es zeigt Ihnen doch, welche Kräfte da tätig sind. Zu den Männern im Bundesverfassungsgericht, die nicht Sozialisten sind, gehört Prof. Friesenhahn³⁰ von der Bonner Universität. Im Oktober waren die Herren Höpker Aschoff, Katz und Dehler bei mir, um den Wunsch der großen Mehrheit des Bundesverfassungsgerichts, einen eigenen Haushaltsplan zu bekommen, darzulegen. Höpker Aschoff war dagegen und Herr Katz war dafür. Nach der Rückkehr nach Karlsruhe hat Herr Katz Herrn Friesenhahn gesagt, bei dieser Gelegenheit hätte Herr Dehler zur Sprache gebracht, daß er, Friesenhahn, nur deswegen für diesen Vorschlag sei, dem Bundesverfassungsgericht einen eigenen Haushaltsplan zu geben, weil Friesenhahn hoffe, dadurch seine Klage gegen Nordrhein-Westfalen auf Weiterzahlung seines Gehalts als Professor der Bonner Universität zu gewinnen. Ich war bei der Unterredung zugegen. Herr Dehler hat nicht mit einer Silbe etwas Derartiges gesagt, er hat auch nicht etwa, ohne den Namen Friesenhahn zu nennen, irgend etwas Derartiges gesagt, absolut nichts. Herr Dehler hat Herrn Friesenhahn das mitgeteilt, und Herr Friesenhahn hat mir geschrieben, ob das wahr wäre, denn Herr Katz hätte Herrn Friesenhahn Aufzeichnungen gezeigt, die er angeblich nach der Unterredung gemacht habe und in denen diese Äußerungen Dehlers über den Fall Friesenhahn wörtlich angeführt seien mit Anführungszeichen. Ich versichere Ihnen, es ist keine Silbe davon überhaupt wahr, aber Herr Friesenhahn glaubt Herrn Katz und ist fuchsteufelswild.

Das ist nur ein Fall, aber ich könnte mir vorstellen, daß es ähnliche solcher Fälle

30 Dr. Ernst Friesenhahn (1901–1984), 1946–1970 Professor in Bonn, 1951–1963 Richter am Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe.

gibt. Was also tun? Ich bin zunächst der Auffassung, wir müssen die Ruhe bewahren, wir müssen auch dem Bundesverfassungsgericht Zeit lassen, um zur Ruhe zu kommen. Ich hätte den dringenden Wunsch, daß sich Staatsrechtler und Juristen mit dieser Frage beschäftigen, mit diesem Beschuß des Bundesverfassungsgerichts. Ich höre, daß das Mitglied des Bundesverfassungsgerichts, Herr Geiger, heute der Presse ein Gegengutachten übergibt, in dem Geiger sich dagegen ausspricht³¹. Ich habe gehört, das Gutachten sei sehr gut abgefaßt. Ich kenne es nicht. Es ist auch ein Kommentar zu dem Gesetz über das Bundesverfassungsgericht von Geiger in diesen Tagen erschienen³² – ich habe es noch nicht in Händen gehabt –, in dem diese ganze Frage auch merkwürdigerweise schon behandelt ist, die Frage der Stellung des Gutachtens zur Frage einer Entscheidung der Senate usw. Ich glaube, wir sollten zunächst nicht polemisch die Sache behandeln, aber es muß unsere Presse ganz anders aufgeklärt werden, und es muß die Sache einmal objektiv behandelt werden. Wenn ich Ihnen nun den Schlüssel des Ganzen sagen darf, der liegt nicht nur beim EVG-Vertrag. Ich habe Stimmen gehört, daß die Mehrheit des Bundesverfassungsgerichts sogar für die Zulässigkeit des EVG-Vertrages sei und nur in anderer Beziehung Bedenken hätte. Der Schlüssel liegt ganz woanders. Bei der Beratung dieses Gesetzes im Bundestag hat Herr Katz erklärt, es handele sich bei der Schaffung des Bundesverfassungsgerichts um die Schaffung eines politischen Organs im juristischen Gewande, und es schwelt gewissen Leuten im Bundesverfassungsgericht vor als Aufgabe des Bundesverfassungsgerichts, das oberste politische Organ zu werden über den Bundestag hinaus, das oberste politische Organ in juristischem Gewande. Das ist natürlich eine außerordentlich kritische und ernste Frage, die da auftaucht und die mit dem vorliegenden Fall und mit der Abwicklung des vorliegenden Falles keineswegs erschöpft sein wird. Aber ich glaube, wir sollten alles vermeiden, was jetzt Öl ins Feuer gießen wird, aber die Dinge doch in der Weise, wie ich es eben skizziert habe, doch in der Öffentlichkeit und in der Presse behandeln. Wie es nun weitergeht, weiß ich nicht. Wir müssen jetzt zunächst abwarten, ob der zweite Senat sich für zuständig hält. Soviel ich weiß, tut er das, aber es kann kein Mensch darauf schwören, daß morgen das sein wird, was heute da ist, und wir müssen abwarten, was für eine Entscheidung demnächst fällt. Die dritte Lesung kann vorher nicht stattfinden. Wenn die dritte Lesung stattfindet, erlischt das Klagerecht der Mehrheit gegen die Minderheit. Damit wäre die Klage ohne weiteres erledigt. Daß durch den ganzen Verlauf die Unsicherheit in der außenpolitischen Situation Euro-

31 Dr. Willi Geiger (geb. 1909), 1938–1949 Landgerichtsrat (ab Februar 1949 Oberlandesgerichtsrat) am Land- bzw. Oberlandesgericht Bamberg, 1949–1950 im Bundesministerium der Justiz (ab September 1950 Ministerialrat), 1950–1977 Richter am BGH, 1951–1977 am BVerfG in Karlsruhe, seit 1952 Honorarprofessor an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. – Gemeint ist seine vom Beschuß des Plenums abweichende Meinung vom 13. Dezember 1952 (WEHRBEITRAG 2 S. 822–828).

32 Willi GEIGER: Gesetz über das Bundesverfassungsgericht, Kommentar. Berlin/Frankfurt 1952.

pas und der Welt außerordentlich zugunsten des Ostens vermehrt wird, liegt auch auf der Hand. Wir können das nicht ändern. Die Sozialdemokratie trägt dafür die Verantwortung. Wir wollen nur eines tun, dafür sorgen, daß zu gegebener Zeit in der richtigen Weise unsere Bevölkerung aufgeklärt wird.

Eine Folge der ganzen Vorgänge ist jetzt schon eingetreten, von der zu meinem großen Erstaunen die deutsche Presse überhaupt nichts gebracht hat. Es hat ein Vertreter der NATO erklärt – ich zitiere jetzt die „Basler Nachrichten“³³ –, daß, wenn keine deutschen Divisionen aufgestellt würden, die Verteidigung westlich des Rheins stattfinden muß, d.h. mit anderen Worten, daß Deutschland Schlachtfeld wird, während wir bisher erreicht hatten, obgleich noch keine EVG-Verpflichtungen bestehen, daß unsere Generäle Heusinger und Speidel bei den engsten Beratungen von SHAPE³⁴ zugezogen worden sind über die strategische Vorbereitung der Verteidigung; und zwar mit Zustimmung auch von Juin³⁵, der Kommandant ist, ist vorgesehen, daß die Verteidigung am Eisernen Vorhang stattfinden solle und daß sie, sobald [eine] genügende Anzahl von Divisionen bereitstehe, auch offensiv vorgetragen werden solle. Wenn die ganze EVG-Angelegenheit zerplatzt, wird man Frankreich als Verteidigungsgrenze nehmen, dann werden die Amerikaner aber Frankreich verteidigen etwa in den Ardennen, nicht etwa westlich des Rheins, oder noch weiter zurück im Gebirge, und das ganze deutsche Gebiet wird Schlachtfeld werden wie Korea, oder die Amerikaner sagen sich ganz von Europa los, und dann wird die Katastrophe ja auch sehr bald und sehr schnell eintreten. Das ist die sehr ernste Situation, in der wir uns befinden. Wir haben diese innere Zuspitzung durch das Verfassungsgericht und durch dessen Auslegung und alles, was damit zusammenhängt; wir haben die katastrophale Spannung in der Außenpolitik, von der man noch nicht weiß, wohin sie sich irgendwie wendet. Das Bundesverfassungsgericht hat bisher schon in einer Reihe von Fällen gegen das Gesetz entschieden. Wir haben dazu geschwiegen. Es hat gegen das Gesetz entschieden in dem Urteil der SRP Niedersachsen insofern, als es angeordnet hat, daß diese Landtagssitze unbesetzt bleiben³⁶. Das war ganz eklatant gegen das Gesetz. Es hat damals die Verfassung von Niedersachsen außer Kraft gesetzt für die Dauer der jetzigen Sessionsperiode,

33 Erklärung nicht zu ermitteln. Möglicherweise Interpretation des Artikels „General Ridgway drängt weiter auf Erhöhung der Effektivbestände der NATO“, da die zur Verfügung stehenden Divisionen einen russischen Angriff nur auf bestimmte Zeit aufhalten könnten („Basler Nachrichten“ Nr. 118 vom 5. Dezember 1952).

34 SHAPE = Supreme Headquarter of the Allied Powers in Europe (Oberkommando der Streitkräfte des Nordatlantikpacts in Europa).

35 Alphonse Juin (1888–1967), französischer Marschall (seit 1952); 1951 Generalinspekteur der französischen Streitkräfte und Oberbefehlshaber der Landstreitkräfte, 1953–1956 der Gesamtstreitkräfte der NATO in Europa-Mitte.

36 Am 23. Oktober 1952 hatte der erste Senat des BVerfG die SRP für verfassungswidrig erklärt und angeordnet, daß ihre Sitze in den Parlamenten ersatzlos fortfallen sollten (vgl. dazu ENTSCHEIDUNGEN des BVerfG Bd. 2. S. 1–79).

zur großen Freude des Herrn Kopf, der dadurch eine viel stärkere und sicherere Mehrheit hat.

Das Bundesverfassungsgericht hat ferner in der Frage des Südweststaates unbedingt in einer der Klagen gegen das Gesetz gehandelt, und es hat sogar die sehr merkwürdige und auch für jeden Nichtjuristen unverständliche These aufgestellt, bei einem Verstoß eines neuen Gesetzes oder irgendeiner Handlung gegen ein bestehendes Gesetz oder gegen bestehende Verfahren komme es nicht nur auf den objektiven Verstoß an, sondern auch darauf, ob die Betreffenden sich subjektiv bewußt gewesen seien, daß sie dagegen verstoßen³⁷. Es hat weiter gegen das Gesetz verstoßen, indem es der südschleswigschen Minderheit ein Klagerecht zubilligte, obgleich eine Partei kein Klagerecht hat³⁸. Es gibt mehr solcher Fälle. Ich mache mir nicht das Urteil zu eigen, das Herr Dehler [sich] zu eigen machte, daß es eben an Richtern fehle, an Leuten, die richterliches Verantwortungsgefühl und die richterliche Sachkenntnis haben, um mit solch schwierigen Dingen umgehen zu können.³⁹ Darüber habe ich kein Urteil. Ich kann nur sagen, was heute mir ein sehr namhafter Journalist gesagt hat, der gar nicht zu uns gehört: Er habe sich mit den Rechtsanwälten unterhalten, die beim Bundesverfassungsgericht auftreten und die erklärten, es wäre unbeschreiblich, was dort vor sich gehe. Das wollen wir einstweilen für uns behalten, denn wir wollen das oberste Bundesorgan nicht weiter reizen.

Ehlers: Sie haben über den Bundestag sehr kritisch und summarisch gesprochen. Ich möchte doch etwas den Bundestag in Schutz nehmen gegenüber diesem generellen Vorwurf. Ich bin seit der Sitzung ungefähr pausenlos im Lande unterwegs gewesen und muß sagen aus zahllosen Gesprächen, daß der Eindruck keineswegs so ist, wie ihn die Presse darzustellen sich weithin bemüht hat. Die Leute haben mit einer Intensität zugehört, die nach meinem Eindruck über das, was im Frühjahr an Zuhörern dagewesen ist, hinausgegangen ist. Sie haben sich mit derselben Intensität geärgert zu einem großen Teil, aber haben sich ein sehr nüchternes Bild gemacht zu einem großen Teil und sehr genau verstanden, daß das, was in der Presse als Lärmszenen geschrieben wurde, keineswegs so gewesen ist, und haben sich darüber hinaus nach meinem Eindruck ein außerordentlich genaues Bild gemacht von den Argumenten, die sie von beiden Seiten gehört haben. Die Lage ist offenbar nicht so gewesen, daß die Sozialdemokratie durch diese Diskussion im Bundestag irgendei-

37 Die Entscheidung in der Hauptsache auf Antrag der badischen Landesregierung vom 25. Mai 1951 fällte der zweite Senat am 23. Oktober (vgl. dazu ENTSCHEIDUNGEN des BVerfG Bd. 1 S. 14); er erklärte das Erste Neugliederungsgesetz für nichtig (vgl. auch FEUCHTE S. 147–157).

38 Am 5. April 1952 hatte der zweite Senat des BVerfG der Klage des SSW (Vertreter der dänischen Minderheit) stattgegeben und die Bestimmung des Wahlgesetzes von Schleswig-Holstein für nichtig erklärt, wonach zur Erringung eines Landtagsmandats statt bisher 5 % mindestens 7,5 % der abgegebenen gültigen Stimmen notwendig seien (vgl. ENTSCHEIDUNGEN des BVerfG Bd. 1 S. 208–261).

39 Zu den Angriffen Dehlers auf das BVerfG vgl. Kanzlertee vom 10. Dezember 1952 (ADENAUER: Teegespräche S. 365–390; BILLING S. 193 mit weiteren Belegen).

nen ernsthaften Vorteil errungen hat, sondern ganz im Gegenteil, es war doch für die Damen und Herren, die nicht dabei waren, so, daß die Sozialdemokratie eine Rednerreihe aufgestellt hatte für die ganze Redezeit von 340 Minuten, die ihr zur Verfügung standen, und daß sie offensichtlich am ersten Tage das Gefühl hatte, wo es im Grunde ganz honorig zuging, abgesehen von den Unterbrechungen – das übliche Thema –, daß sie am ersten Tage keineswegs das Gefühl hatte, daß sie erster Sieger gewesen wäre. Am zweiten Tage ging es genauso. Ich habe mich am zweiten Tage sehr stark bemüht – ich sage das deutlich –, Herrn Arndt so hinzubringen mit seiner Redezeit, daß die Herren Kiesinger und Schneider⁴⁰ noch die Möglichkeit hatten, hinterher zu sprechen, und gerade diese Zusammenstellung Kiesinger und Schneider, den ich als einen Holzhacker empfunden habe, der aber im Lande außerordentlich stark gewirkt hat, gerade mit dieser Methode und auf dem Boden, den Kiesinger vorbereitet hatte, war gut, und am dritten Tage, wenn man sich ernsthaft überlegt, abgesehen von dem allgemeinen Geschrei – an den Vorfällen selbst war ja eine außerordentlich geringe Zahl von Abgeordneten unmittelbar beteiligt –, muß ich sagen: Ich habe bei Ihrer Rede, Herr Bundeskanzler, am dritten Tage, es einmal durchgezählt, Sie sind bei der Rede, bei der Sie Ollenhauer antworteten, 95 mal durch Zwischenrufe unterbrochen worden, davon 35 mal von den Kommunisten⁴¹. Das Hauptgewicht der Zwischenrufe hat dabei bei der SPD gelegen, übrigens zu einem Teil durch auch sachliche Zwischenrufe, Bemerkungen, die man durchgehen lassen konnte. Aber insgesamt möchte ich doch sagen, daß ich bedauert habe, daß auch Zeitungen, die uns nahestehen, über diese Debatte in einer Art und Weise berichtet haben, die unverantwortlich ist. Ich habe gar nichts dagegen, daß sehr viele Dinge beanstandenswert sind, daß die Italiener sich gleichzeitig geprügelt haben und man sich in England auch erheblich gehabt hat, das soll kein Trost sein, aber daß in dieser forschenden und oberflächlichen Weise, wie Wenger im „Rheinischen Merkur“⁴², über diese Debatte geredet wird, daß die „Zeit“ nichts anderes zu machen hat als einige Phrasen zu dieser Debatte, und insbesondere auch Silex⁴³, der sich überhaupt als einer der geheimnisvollsten Journalisten vorkommt

40 Dr. Ludwig Schneider (1898–1978), 1948 Mitglied des Kreisausschusses Gießen, ab 1952 Vorsitzender des Kreistags Gießen, 1949–1957 und 1958–1961 MdB (bis 1956 FDP, dann DA, FVP, 1957 DP/FVP, 1958 DP, 1961 CDU/CSU). – Die Ausführungen Kiesingers in Sten.Ber. 1.WP Bd.14 S.11369–11375; die Ausführungen Schneiders EBD. S. 11375–11378.

41 Die Ausführungen Ollenhauers EBD. S. 11445–11456; die Ausführungen Adenauers EBD. S. 11456–11462.

42 Gemeint sind die Artikel „Vivisektion des Staates“ und „Ratifizierungssplitter“ von Paul Wilhelm Wenger im „Rheinischen Merkur“ vom 12. Dezember 1952. – Zu Wenger vgl. Nr. 1 Anm. 45.

43 Dr. Karl Silex (1896–1982), 1925–1933 Londoner Korrespondent und 1933–1943 Chefredakteur der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, 1946–1947 freier Schriftsteller, 1948 Abteilungsleiter des Evangelischen Hilfswerks, 1949 Begründer der Wochenzeitung „Deutsche Kommentare“, 1955–1963 Chefredakteur des Berliner „Tagesspiegel“. Vgl. ADENAUER: Briefe 1 S. 676 sowie ADENAUER: Teegespräche S. 647.

und sich nur durch geheimnisvolle Andeutungen wichtig macht und einen Bericht gibt, der geradezu eine Katastrophe ist, und der auf einen Teil der Intellektuellen wirkt, scheint mir eine außerordentlich bedenkliche Sache zu sein. Einer der Hauptgründe ist, daß wir einfach nicht über 21 Uhr hinaus tagen können. Wir bringen es nicht fertig. Es fehlen die physischen und psychischen Kräfte, über 21 Uhr hinaus zu tagen. Ich werde alles tun, um zu verhindern, daß wir noch einmal über 21 Uhr hinaus tagen. Aber, das muß man sagen, daß wir das Positive herausgestellt haben und daß sehr vieles im Lande draußen angekommen ist, was von der Koalition gesagt worden ist. Ich bin keineswegs so pessimistisch wegen dieser Diskussion.

Die Dinge sind bei der SPD stärker angekommen, als sie gezeigt hat, und was meiner Meinung nach ausgezeichnet durch die Art und Weise unterstrichen worden ist, wie Kiesinger das angedeutet hat. Die Dinge saßen bei der SPD, sie zuckten zusammen und warteten – ich möchte sagen – wie die Kühe auf den Donner, wenn es geblitzt hat. Aber daß Herr Dehler sich und uns diesen großen taktischen Vorteil durch seine Unbeherrschtheit zunichte gemacht hat, ist allerdings unverantwortlich, und daß seine Entschuldigung eine Woche zu spät kam⁴⁴. Wenn er die Entschuldigung am Morgen ausgesprochen hätte, wären die Dinge erträglicher und ruhiger zu Ende gegangen. Ich wäre außerordentlich dankbar, wenn es überhaupt eine Möglichkeit gibt, Herr Bundeskanzler, auch auf Herrn Dehler Einfluß zu nehmen, daß wir uns darum bemühen müssen, daß er nicht durch diese Unbeherrschtheit die Position zerschlägt, die wir brauchen, um weiterzukommen. Der Einpeitscher drüben ist Herr Arndt, und es gibt einige anständige Leute bei der SPD, denen diese Situation denkbar unsympathisch ist, und wir sollten den Leuten nicht ihre Position auf die Weise rauben, daß wir Herrn Arndt noch zu einem Nationalhelden machen.

Adenauer: Ein Wort zu Herrn Dehler. Herr Dehler ist ein ausgezeichneter Charakter, aber ein Mann, der nur zu leicht sich selbst vergißt. Von diesem Vorfall mit Herrn Menzel, der sich unmittelbar vor meinem Platz abspielte, habe ich nichts gemerkt, im Gegenteil, es standen vor meinem Platz Dehler und Menzel einander gegenüber, und ich sagte Herrn Hallstein: Sehen Sie, die beiden, wie intim die sich unterhalten, sie sehen fast aus wie Brüder! Dann ist Menzel zum Präsidenten gegangen und hat sich beim Präsidenten, Herrn Schmid⁴⁵, beschwert, und Schmid hat

44 Bei der 242. Sitzung des Bundestags am 5. Dezember 1952 gab der Abgeordnete Menzel (SPD) eine Erklärung zu einem Brief Dehlers an den Vorsitzenden des Richterwahlaußchusses, Laforet, ab. Darin hatte Dehler Arndt beschuldigt, 1933 seinen Richtereid gebrochen zu haben. Wortlaut des Briefes vgl. FAZ vom 6. Dezember 1952. Daraufhin bezichtigten Menzel und die SPD den Bundesjustizminister der „Ehrabschneiderei“, worauf Dehler in der folgenden Auseinandersetzung im Plenum Menzel als „Schnüff“ bezeichnete (Sten.Ber. 1.WP Bd.14 S.11496f.).

45 Dr. Carlo Schmid (1896–1979), 1947–1950 Justizminister von Württemberg-Hohenzollern, 1948–1949 MdPR (SPD), 1949–1972 MdB (1949–1953 Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten), 1966–1969 Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrats (Erinnerungen. Bern/München/Wien 1979).

gesagt: Tut mir leid, ich habe nichts davon gemerkt! Damit will ich in keiner Weise verteidigen, was Herr Dehler gesagt hat, aber die Ordnung im Parlament ist durch diesen Vorfall nicht gestört worden. Schmid hat abgelehnt, etwas zu tun, weil die Ordnung nicht gestört war.

Simpfendorfer: Ich möchte nur sagen, daß nach meiner Beobachtung der Bundeskanzler sowohl wie die CDU bei dieser Diskussion ausgezeichnet abgeschnitten haben. So war der Eindruck nicht nur bei unseren Leuten, sondern auch bei den Gegnern viel besser als das letzte Mal. Mich interessieren aber zwei Dinge: Es scheint wohl richtig zu sein, daß das Bundesverfassungsgericht nicht erneut gereizt wird. Unsere Parteifreunde fragen uns nach unserer Meinung. Ich glaube, es ist doch richtig, wenn man die Meinung vertritt, daß die Auffassung des Bundesverfassungsgerichts bezüglich der bindenden Kraft des Gutachtens juristisch nicht tragbar ist. Ich glaube, mit dieser objektiven Feststellung dürfte man das Bundesverfassungsgericht nicht erneut reizen. Ich bitte aber, diese Frage einmal zu diskutieren.

Die zweite Frage, die von unseren Parteifreunden immer gestellt wird, ist die: Glauben unsere Juristen, daß eine Entscheidung des roten Senats eine erneute Entscheidung, eine Normenkontrollentscheidung des ersten Senats nach Annahme der Gesetze ausschließt, oder wird das Bundesverfassungsgericht sich über diese allgemeinen Grundsätze hinwegsetzen, oder sind die Anträge nicht so gefaßt, daß eine erneute Klage, eine Normenkontrollklage ausgeschlossen ist? Das eine war eine taktische Frage, das letztere ist eine juristische Frage.

Kiesinger: Nach unserer Meinung muß man zur ersten Frage folgendes sagen: Der Bundeskanzler hat bereits auf den Grundfehler hingewiesen, daß dieses Gericht eben gewählt wird von den politischen Parteien, und der andere Fehler ist die ungeheuere Überbürdung des Bundesverfassungsgerichts mit Zuständigkeiten.

Es ist wieder einmal so gemacht worden, nach dem Wert der deutschen Sitte, daß man es eben noch besser als alle anderen machen wollte, die sich bisher in der Welt damit befaßt haben. Diejenigen, die damals gewarnt haben, sind nicht gehört worden, obwohl wir alle uns die Schuhsohlen abgelaufen haben, wo die Grenzen einer Verfassungsgerichtsbarkeit lagen. 1950 auf der Staatsrechtslehrertagung hat das Problem der Schranken der Verfassungsgerichtsbarkeit eine Rolle gespielt, und schon damals wurde darauf hingewiesen, daß die Verfassungsgerichtsbarkeit aus der Natur der Sache gewisse Grenzen hat⁴⁶. Z.B. ein Mann, ein jetziger Verfassungsrichter der SPD, der zu Unrecht vom „Rheinischen Merkur“ in dieser Frage angegriffen wird, hat damals auf den Zusammenhang hingewiesen, der besteht einerseits zwischen der gewaltigen Ausdehnung der Zuständigkeit und andererseits der Ten-

46 Druck: Die Grenzen der Verfassungsgerichtsbarkeit. Die Gestaltung des Polizei- und Ordnungsrechts in den einzelnen Besatzungszonen. Berichte von Erich Kaufmann, Martin Draht, Hans Julius Wolff, Otto Gönnenwein. Verhandlungen der Tagung der Deutschen Staatsrechtslehrer zu München am 20. und 21. Oktober 1950. Berlin 1952 S. 1-134, insbes. S. 1-6 (Kaufmann), S. 17-116 (Draht).

denz des Verfassungsgerichts selbst, die Zuständigkeit auszudehnen. Dieser Richter, Wandel(⁴⁷)⁴⁷, sagte damals, es sei ein schwerer Fehler, daß es gleichzeitig mit den Erweiterungen des Zuständigkeitskatalogs eine sachliche Erweiterung in das Ermessen des Gesetzgebers hinein geben sollte. Nach meiner Meinung findet jetzt ein kritisches Durchgangsstadium statt. Das Verfassungsgericht hat in seiner bisherigen Haltung gezeigt, daß es alle diese Warnungen in den Wind schlug und seine materielle Zuständigkeit weit, weit vortrug in diesen Ermessensraum hinein, ja, über die Grenzen hinaus, die ihm vom Grundgesetz gesetzt sind. Wenn diese Tendenz beim Bundesverfassungsgericht da ist und sichtbar wird – es ist so –, gibt es gar keinen anderen Weg als den, dagegen anzugehen, dagegen zu protestieren, das zu sagen und die Leute, so schwierig es auch sein mag für den Laien, dafür aufgeschlossen zu machen. Ich würde meinerseits die Frage so beantworten, daß man das in Zusammenhängen darstellt. Ich selbst habe es getan, und die Leute haben es verstanden.

Adenauer: Die zweite Frage kann man wohl z.Z. noch nicht beantworten, das ist eine Frage, die, so würde ich empfehlen, einstweilen aus der Debatte herausgelassen werden soll.

Lenz: Herr Geiger meinte in seinem Kommentar, daß eine zweite Entscheidung im Wege der Normenkontrollklage möglich sei. Die Sache ist aber außerordentlich bestritten.

Kaiser: Ich bin dem Vorstand noch einige Worte und Erklärungen schuldig, warum es zu diesem Schritt in Karlsruhe gekommen ist. Ich will nicht über den Verlauf der Parlamentsdebatte sprechen. Wir hätten es vielleicht besser machen können, indem man nicht drei Tage genommen hätte, sondern die Sache mehr zusammengebracht hätte. Ich habe als höchst störend empfunden, daß ein ganzes Sammelsurium von Sonderberichten erstattet worden ist. Ich war der Auffassung – wir hatten einen federführenden Ausschuß –, es hätte genügt, wenn für den federführenden Ausschuß die Berichterstattung gebracht worden wäre⁴⁸. Die Leute sind nicht mehr beisammen gewesen, es hat gelangweilt. Aber es ist ausgezeichnet gegangen im übrigen, die zweite Lesung ist mit einem Erfolg sondergleichen für den Bundeskanzler und die Bundesregierung durchgeführt worden, denn eine Mehrheit von 52 Stimmen war doch ein großer Erfolg, und dann auf einmal dieser Sonder-Schritt. Sie haben gesagt, Herr Bundeskanzler, daß Sie glauben, Zeit zu gewinnen. Für das Bewußtsein des Volkes genügt das nicht. Wenn in der Öffentlichkeit durch uns oder durch die Presse darüber Aufklärung gegeben werden soll, muß dazu etwas mehr gesagt werden. Das hat einfach Kopfschütteln hervorgerufen, auch in weiten Kreisen des Parlaments selber, auch in den eigenen Kreisen: Warum dieser Sonder-

47 Möglicherweise Landgerichtsdirektor Wallauer, vgl. Anm. 19.

48 Die Berichte aus den verschiedenen Ausschüssen erfolgten in der 240. Sitzung des Deutschen Bundestags am 3. Dezember 1952 (Sten.Ber. 1.WP Bd.14 S.11099ff.). Berichterstatter des federführenden Ausschusses (Ausschuß für Gesamtdeutsche Fragen = 8. Ausschuß) war Herbert Wehner (Bericht S. 11184f.).

schritt? Ich weiß, daß im Vorstand Herren sind, die genau wie ich Wert darauf legen, etwas Genaueres zu hören. Es kann doch wohl nur so sein, daß dieser Schritt erfolgt sein muß deswegen, weil man befürchtete, daß dieses Gutachten negativ für die Bundesregierung ausfallen würde und daß Sie, Herr Bundeskanzler, glaubten, Zeit zu gewinnen. Aber die unmittelbaren Folgen im Volke waren die, daß man fragte: Was ist eigentlich los gewesen, warum hat der Bundeskanzler diesen Schritt unternommen? Es ist nicht nur das Kopfschütteln in unserem Volk, sondern auch im Auslande, und alle stehen vor der Frage: Warum hat der Bundeskanzler eine Drehung um 180 Grad vorgenommen? Ich glaube, ich spreche da für mehrere Herren, wenn ich bitte, daß dazu etwas gesagt würde.

Adenauer: Das erste war, Zeit zu gewinnen. Zweitens, stellen Sie sich vor, die dritte Lesung wäre gewesen, dann wäre das Gutachten in Karlsruhe gekommen mit diesem Ergebnis, mit dem Ergebnis nämlich, daß zunächst festgesetzt worden sei, daß das Gutachten für die Senate entscheidend sei, und außerdem war, glaube ich, mit sehr großer Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, daß das Gutachten negativ ausgefallen wäre.

Tillmanns: Sie haben eben gesagt, daß es Stimmen gegeben habe, die anderer Meinung waren.

Adenauer: Bitte, fragen Sie mich nicht zu genau, denn ich bin nicht sicher, daß meine Antworten nicht doch an die Öffentlichkeit kommen. Wenn Sie unter vier Augen Herrn Staatssekretär Lenz fragen, bitte, tun Sie das. Herr Lenz hat ein Gespräch mit Höpker Aschoff gehabt⁴⁹.

Müller: Ich glaube, wir sind dem Herrn Bundeskanzler außerordentlich dankbar für die umfangreiche Aufklärung. Ich kann nur den Herren zustimmen, die erklärt haben, daß die zweite Lesung der Verträge in der Bevölkerung trotz der Begleitmusik einen sehr günstigen Eindruck gemacht hat, und nach meiner Auffassung ist die Stimmung der Bevölkerung für die Verträge außerordentlich vertieft worden. Sie dürfen nicht übersehen, daß der Rundfunkhörer von der Begleitmusik im Rundfunk fast nichts hört, und man kann den Rednern nur sagen, sie mögen sich durch Zwischenrufe nicht aus dem Konzept bringen lassen, denn die Übertragung im Rundfunk wirkt sehr einheitlich. Ich habe bei den Reden, z.B. des Bundeskanzlers und bei Kiesinger am Rundfunk gesessen und von den Zwischenrufen und Störungen so gut wie nichts gemerkt. Wenn die Redner darauf sehen, wenn die Apparate eingeschaltet sind, weiterzureden, so hört die Bevölkerung meist nur die sachlichen Argumente. Um so erstaunter war man natürlich über diesen – das muß man schon so bezeichnen – Bruch in der Haltung der Regierungsparteien. Der Herr Bundeskanzler hat selber erklärt in seiner Rede, daß die beschleunigte Verabschiedung der Verträge in zweiter und dritter Lesung im eminent außenpolitischen Interesse liegt. Nun kam zwei Tage nachher plötzlich von seiten der Regierungsparteien selber der

⁴⁹ Lenz hatte Höpker Aschoff zuletzt am 21. November gesehen (vgl. Lenz-Tagebuch, 21. November 1952).

Antrag, die dritte Lesung zu verschieben. Dieser Bruch in einer Politik, die das Volk durchaus mitmachte, ist der Punkt, der nicht genügend aufgeklärt ist und der m.E. weitgehend dazu beigetragen hat, die an sich ausgezeichnete Wirkung der zweiten Lesung abzuschwächen.

Eine zweite Bemerkung zum Bundesverfassungsgericht, die ich mir gestatten möchte: Ich glaube, wir müssen uns darüber klar sein, zunächst haben wir die Institution dieses obersten Gerichts mit umfassendsten Vollmachten, ob es richtig oder falsch ist bleibt dahingestellt, wir haben das Gericht. Zweitens ist die Presse natürlich sehr geneigt, außerordentlich empfindlich zu reagieren gegen alles, was auch nur den Schein erweckt, als wollte man dieses Gericht zu politischen Spekulationen oder Manipulationen benützen. Ich stimme dem Bundeskanzler und anderen durchaus zu, daß der Beschuß, ein Gutachten für den Senat verbindlich zu erklären, weder eine Auslegung des Gesetzes noch die Schließung einer vorhandenen Lücke, sondern die Änderung eines Gesetzes darstellt, und dazu war das Bundesverfassungsgericht zweifellos nicht befugt. Es ist nun geschehen. Die Einreichung der Klage seitens der Regierungsparteien erfüllt mich offengestanden mit sehr großer Sorge, und zwar aus folgenden Gründen: Einmal halte ich die Klagebegründung unter dem Vorbehalt, daß ich nur gelesen habe darüber, juristisch für außerordentlich schwach. Ich habe selten eine Klagebegründung kennengelernt, die so wenig logisch aufgebaut ist und die auch so wenig stichhaltig ist, und ich fürchte, Sie werden mit der Klage dasselbe erleben wie die SPD mit ihrer ersten Klage, daß nämlich aus den gleichen Gründen das Bundesverfassungsgericht sich für z.Z. unzuständig erklärt für diese Klage und sie vorläufig ablehnt und verlangt, daß zunächst die Beschußfassung der Gesetzgebungsorgane abgewartet wird. Im Grunde genommen handelt es sich um dasselbe. Das Bundesverfassungsgericht wird wahrscheinlich mit ziemlich stichhaltiger Begründung sagen, daß die Gesetzgebungsorgane zunächst entscheiden sollen und daß gar kein Anlaß vorliege zu einer Klage, und zwar deshalb, weil die Mehrheit des Bundestages davon ausgeht, daß diese Gesetze nicht verfassungsändernd sind; wer sie für verfassungsändernd erklärt, muß eben seinerseits das notwendige mögliche Rechtsmittel ergreifen. Ich glaube aber nicht, daß die Konstruktion dieser Klage, daß die Mehrheit gewissermaßen ein Recht gegen die Minderheit hat, von ihr zu verlangen, daß sie nicht verfassungsrechtliche Bedenken geltend macht, die Klage rechtfertigt. Wir laufen Gefahr durch diese ziemlich überstürzt eingereichte Klage, daß sie abgewiesen wird und dadurch eine starke politische Hemmung für die Bundesregierung entsteht. Ich wäre der Meinung gewesen, man hätte die Dinge laufen lassen sollen. Wenn das Gutachten in der Form erstattet werden sollte, wie es geschehen ist, konnte der Bundespräsident den Antrag immer noch zurücknehmen. Das ist in der Zwischenzeit geschehen, und dann wäre freie Bahn gewesen für die Verabschiedung der Verträge.

Ich sehe eine ganz große Gefahr in etwas anderem, woran ausschließlich das Bundesverfassungsgericht schuld ist. Die Vertrauenskrise und vor allem die immer wiederholte Behauptung von dem schwarzen und roten Senat und die immer wie-

derholte Behauptung, daß die Bundesregierung wie die Regierungsparteien wie die SPD mit einer bestimmten Haltung parteigebundener Richter rechnet, ist für das Ansehen des Bundesverfassungsgerichts abträglich. Das Bundesverfassungsgericht ist in der Hauptsache selber schuldig, und zwar deshalb, weil immer und immer wieder vor der öffentlichen Verkündung der Beschlüsse der Inhalt der zuvor gefaßten Beschlüsse irgendwelchen Beteiligten bekannt wird. Ich habe selber beim Südwesstaat folgendes erlebt: Eine halbe Stunde vor der Urteilsverkündung erschien der Vertreter des Landes Baden, hatte ein Manuskript bei sich, und auf meine Frage, was er damit mache, erklärte er, das sei seine Erklärung, die er nach der Urteilsverkündung im Rundfunk abgeben werde. Es hat sich herausgestellt, daß der badische Vertreter das erst eine halbe Stunde später verkündete Urteil in allen Einzelheiten kannte, woher, das weiß ich nicht, und bereits zu den einzelnen Punkten Stellung genommen hat. Ich mache dem Vertreter Badens keinen Vorwurf daraus, aber ein derartiger Bruch des Beratungsgeheimnisses, sei es durch Richter oder Personal, ist im deutschen Rechtsleben etwas völlig Undenkbaren. Der kleinste Amtsrichter weiß genau, daß er nicht über das Urteil reden darf vor der öffentlichen Verkündung. Ich kann nicht verstehen, daß es nicht möglich ist, gegenüber dem Bundesverfassungsgericht ein derartiges geradezu tödliches Verhalten für das Bundesverfassungsgericht abzuwenden.

Adenauer: Herr Müller, Sie wissen, daß wir uns große Mühe gegeben haben, Sie dort nach Karlsruhe zu bekommen.

Müller: Sie wissen ebenso, daß ich zugesagt habe und auf Wunsch zurückgezogen habe. (*Zwischenruf:* Wir haben Sie nochmals gebeten!) Als Richter.

Was nun tun? Das ist eine Frage, die mit Recht aufgeworfen worden ist. Wir müssen mit aller Sachlichkeit und Objektivität der Bevölkerung die Rechtslage klarmachen. Es war so, daß z.B. in Baden-Württemberg versucht wird von seiten der SPD, weitere Verwirrung zu schaffen und es so darzustellen, als ob eine solche Verwirrung herrsche. Wir müssen mit aller Objektivität klarstellen, wie die Dinge liegen. Ich bin der Meinung, daß man niemandem einen Vorwurf daraus machen kann, auch den Sachverständigen der Bundesregierung nicht, wenn sie den Beschuß des Bundesverfassungsgerichts objektiv und sachlich kritisieren. Hier steht mehr auf dem Spiel als nur das Ansehen des Gerichts. Es bahnt sich eine Rechtsprechung an, die auf die Dauer einfach untragbar ist.

Wir müssen zweitens, glaube ich, gerade die politischen Gesichtspunkte dartun, daß die rasche Verabschiedung der Verträge nach wie vor ein Lebensinteresse der Bundesrepublik bedeutet, und das mit aller Schärfe und starker Betonung. Eine andere Möglichkeit sehe ich nicht.

Ich muß sagen, daß die Regierungsparteien und insbesondere die CDU sich hervorragend zwar geschlagen haben, aber daß die Verwirrung so groß ist, daß es außerordentlich schwerfällt, eine klare Linie hineinzubringen. Gerade für die rechtlichen Darlegungen ist die Bevölkerung wenig zu haben, gerade die politischen Darlegungen würden einen starken Eindruck machen, und ich würde darum bitten,

mit allem Nachdruck immer wieder darauf hinzuweisen, was für uns auf dem Spiele steht.

*Gurk*⁵⁰: Es ist kein Zweifel, darüber sind wir einig, daß die Fraktion sich hervorragend im Bundestag geschlagen hat, aber ich möchte doch etwas nicht ungesagt lassen, daß das Parlament als Ganzes und damit leider auch die CDU ohne ihre Schuld gelitten hat. Wenn Ollenhauer überhaupt noch ein Ohr dafür hat, müßte man es ihm sehr deutlich sagen. Es ist mir von einem glaubwürdigen Abgeordneten versichert worden, daß Ministerpräsident Maier in der Stuttgarter Landesversammlung, als er die Nachricht erhielt von der Zurückziehung der Gutachtenforderung, vor sich hingesprochen habe: „Ich habe die ganze Nacht telefoniert!“⁵¹ (*Adenauer*: Er nicht allein, auch andere haben telefoniert.)

Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf etwaige und wahrscheinlich viel weiterreichende Ziele hinweisen: Was das Bundesverfassungsgericht betrifft, weiß ich von höchster Seite, daß man innerhalb der Richterkreise die größten Bedenken hat. Es ist mir von höchster Seite bestätigt worden, daß die sozialistisch orientierten Richter termingemäß periodisch zu Beratungen zusammenetreten, und das ist nicht gut, während die uns nahestehenden Richter auf entsprechende Anregung zu einem ebenso gleichmäßigen Zusammentreten unter Hinweis auf die notwendige Zurückhaltung es abgelehnt haben. Ich weiß, wie schwer einige Richter unter den Verhältnissen dort leiden. Unter diesem Gesichtspunkt könnte man fast sagen: Das Bundesverfassungsgericht in seiner jetzigen Zusammenstellung ist hoffnungslos. Ich möchte aber doch noch einmal anknüpfen an Anregungen, die von verschiedenen Seiten gegeben worden sind, und möchte den Herrn Bundeskanzler bitten, abgesehen von den juristischen Betrachtungen des Problems, ob es nicht besser, politisch besser gewesen wäre, durchzuberaten in der dritten Lesung, rücksichtslos, unbeschadet etwaiger nachträglicher Sprüche oder Entscheidungen des Gerichts, und die Dinge dann dem Urteil der Öffentlichkeit zu überlassen. Wir werden und haben bisher schon die Angelegenheit vor der Bevölkerung so dargestellt, daß es ein Spiel der SPD ist mit dem Schicksal des Volkes, und diese politische Betrachtung ist die beste. Nun meine Frage: Hätte man nicht das Gericht vor die vollendete Entscheidung stellen können, wäre das nachteilig gewesen oder nicht? Darüber wäre ich dankbar, etwas zu erfahren!

Adenauer: Die Frage wird wohl wiederholt gestellt werden. Lassen Sie mich mit aller Reserve, die geboten ist, folgendes Ihnen sagen: Wenn in der betreffenden Nacht oder am anderen Morgen die dritte Lesung mit dem gleichen Ergebnis vonstatten gegangen wäre, wäre am Dienstag dasselbe passiert, was jetzt passiert ist. Es war von langer Hand vorbereitet. Jetzt aber ist der Zustand der, daß eine Klage schwiebt, beim zweiten Senat, und daß, soviel ich heute unterrichtet bin, der zweite Senat seine Zuständigkeit bejaht. Wie der zweite Senat urteilen wird, kann man

50 Sprecher fehlt in Vorlage; erschlossen nach Lenz-Tagebuch, 15. Dezember 1952.

51 Vgl. dazu MAIER S. 464f.

natürlich nicht voraussagen. Aber es ist ein sehr trauriges Kapitel. Da aber von den zwölf Herren nur drei eingeschriebene Mitglieder der SPD sind, besteht die gewisse Möglichkeit, das durchzubekommen. Das ist die einfache Antwort.

Lehr: Ich möchte dem Herrn Bundestagspräsidenten vorschlagen, daß er zu seinem Beschuß, nicht mehr nach 21 Uhr zu tagen, einen zweiten Beschuß faßt, nach 19 Uhr keinen Alkohol mehr auszuschenken, eine Sitte auch in vielen anderen Parlamenten. Ich will damit keinen Vorwurf erheben, daß in der Sitzung jemand nicht nüchtern gewesen ist, aber die Tatsache ist die, daß nach 30 Stunden und mehr Stunden Sitzung eine fühlbare Aspannung, auch Gereiztheit eintritt, und dann sitzen die Leute, weil sie nicht jedes Wort als Evangelium schätzen, draußen und trinken alles mögliche durcheinander, und das verstärkt die Fehlerquellen, die in später Nachtstunde um 3 bis 4 Uhr auftreten.

Das zweite ist folgendes: Ich habe festgestellt und beobachten können durch diese Vorfälle, daß die Stimmung im Lande doch auch uns abträglich ist. Es ist keineswegs so, daß sich die Abträglichkeit nur auf die SPD erstreckt. Es wird auch uns ein Teil der Sünden aus dieser Versammlung vorgehalten, und jedenfalls ist es eine Tatsache, daß eine beispiellose Verwirrung in der Bevölkerung herrscht, daß niemand mehr recht weiß, worum es sich eigentlich handelt. Was wir jetzt tun können ist, daß wir eine möglichst klare und eindeutige und allgemein verständliche Linie verfolgen. Ich muß noch eines sagen: Es war mir in den Tagen der zweiten Lesung persönlich nicht möglich, zu jeder Stunde anwesend zu sein, und ich erfuhr von dieser bedeutsamen Schwenkung, nachdem sie bereits vorgenommen worden war, und ich fand mich plötzlich in der Fraktion vor dieser Tatsache. Ich habe im Respekt auf die vorhergegangenen internen Besprechungen in der CDU-Fraktion nicht widersprochen und nichts gesagt, obwohl ich sehr vieles auf dem Herzen hatte. Ich wäre auch der Ansicht gewesen, man hätte fortsetzen sollen mit der dritten Beratung, aber ich glaube, daß wir für die Zukunft doch eine ganz eindeutige klare Linie gehen müssen, und wollte als ganz besonders dringlich empfehlen, daß wir jetzt die fehlenden obersten Richterposten besetzen sowohl in bezug auf den fehlenden 24. Richter wie auf den Bundesdienststrafhof⁵². Wir können das Richterwahlgesetz mit einfacher Mehrheit annehmen, nicht die Verfassung. Wir können die Sabotage, die bewußt getrieben wird und die ich vor kurzem noch erlebte, als die SPD durch Verlassen des Lokals die Besetzung des Bundesdienststrafhofs einfach unmöglich machte, dadurch beheben, daß wir einen ganz einfachen Zusatz in einem der Paragraphen über die Richterwahl aufnehmen, etwa so, daß, wenn einmal das Gericht beschlußunfähig werde und dadurch eine Abstimmung nicht möglich sei, das nächste Mal ohne Rücksicht auf die Zahl der Richter abgestimmt wird, oder ähnliches. Aber wir müssen dazu kommen, daß wir die Richterposten richtig besetzen.

Ich möchte noch eines persönlich sagen in bezug auf den Industrieklub in Düs-

52 Der Bundesdienststrafhof ist Teil des Bundesverwaltungsgerichts (Gesetz über die Errichtung von Bundesdienststrafgerichten vom 12. November 1951, BGBl I S. 883).

seldorf⁵³: Ich bin selbst Vorsitzender des Industrieklubs, der sich außerordentlich stark wieder entwickelt hat, aber bei dem es mir gelungen ist, ihn so zusammenzufassen, daß er im großen und ganzen dort eine Linie verfolgt in seinen Aussprachen und Vorträgen, die hier der Regierung und ihrer Politik und dem Parlament, soweit es von der Koalition vertreten wird, und ihrer Politik, durchaus zuträglich ist. Es ist mir bisher noch nichts bekannt, daß Naumann Mitglied ist. Ich habe versprochen, es sofort nachzuprüfen und einmal den ganzen Kreis, der sich etwa bei ihm als Gäste versammelt, bzw. einige davon zu überprüfen. Ich glaube aber, daß zu einer Besorgnis in bezug auf Klagen kein Anlaß ist.

Adenauer: Damit kein Mißverständnis entsteht, Naumann hält keine Sitzungen des Industrieklubs ab, er hält seine Besprechungen in den Räumen des Industrieklubs ab.

Lehr: Mir ist von einem Mitglied oder Gast Naumann nichts bekannt. Ich habe Mittel und Wege, mich zu informieren über das, was da gespielt wird.

Strickrodt: Die Diskussion und der Konflikt um das Bundesverfassungsgericht haben im Ausland ihre besondere Wirkung. Ich hatte Gelegenheit, das zu beobachten anlässlich des Parteitages der Democrazia Cristiana in Italien. Dort habe bei dem Empfang abends, von Ministerpräsident de Gasperi gegeben, de Gasperi einen kleinen Kreis von Deutschen auf dieses Problem angesprochen⁵⁴. Es scheint ihn besonders zu beschäftigen, und er erzählte bei dieser Gelegenheit, welche Vorsorge in Italien getroffen worden war, daß eine solche politische Konfrontierung nicht möglich sei. Das zweite Mal wurde dieses Problem angesprochen, als am Morgen nach diesem Freitag in Paris der Exekutivausschuß der NEI tagte⁵⁵. Es war eine große Bestürzung in diesem Kreise und ein großes Rätselraten darüber, daß und warum die Regierung die dritte Lesung zurückgezogen habe. Ich war genötigt, eine Erklärung aus dem Stegreif zu geben, und hatte nur Informationen aus der Presse.

Ich habe dabei vielleicht eine Notlüge gebraucht, die aber gewirkt hat, und habe gesagt, die Bundesregierung wolle durch eine Geste dem obersten Gericht die Möglichkeit geben, in einer gewissen Freiheit und ohne Druck des Parlaments oder einer perfekten Entscheidung seine Meinung zu sagen, in der Hoffnung, daß das Gericht diese Brücke beschreitet. Man hat sich damit einigermaßen beruhigt. Es war noch nicht bekannt, daß sich hinsichtlich der Klage etwas vollzogen hatte. Wir müssen uns in der nächsten Zeit auch publizistisch mit diesen Dingen befassen und dürfen sie nicht allein den Journalisten überlassen. Es müssen angesehene Männer des öffentlichen Lebens sich zu diesem Thema äußern. Das kann nur in Form des

53 Die Untersuchungen im Jahre 1953 nach der Verhaftung von Dr. Werner Naumann ergaben, daß regelmäßig monatliche Treffen ehemaliger hoher NS-Funktionäre in der Wohnung Naumanns, im Haus des Fabrikanten Lucht, in Düsseldorf stattgefunden hatten (vgl. zuletzt MENDE S. 258).

54 Empfang am 23. November 1952 in Rom im Hotel Excelsior (NL Strickrodt ACDP I-085-052); vertreten waren Strickrodt, Heck und Lukaschek.

55 Am 6. Dezember 1952 (ACDP IX-002-005/2).

höchsten Respekts vor der Institution geschehen. Wir können vieles von dem, was heute als materiell-politisches Problem die Öffentlichkeit beunruhigt, als Juristen bringen. Der Jurist befaßt sich viel mit diesen Dingen, und wir können damit zu einer Entgiftung beitragen. Einige Reminiszenzen aus dem ersten juristischen Unterricht können die Juristen wohl in Erinnerung behalten, daß man über zivilprozeßuale Fragen mit einem Ethos sprechen kann, dann können daraus Wirkungen entstehen, die zu unseren Gunsten sind. Es könnten hinter diesem Schleier auch die etwas harten politischen Fakten verschwinden. Das Ausland wird darauf sehr gespannt sein, denn ein Gericht spielt gerade auch in den romanischen Ländern doch eine sehr große Rolle.

Lenz: Niemand kann heute wissen, ob der zweite Senat die Klage als zulässig betrachtet und für uns entscheidet. Immerhin ist in der Begründung, die der Bundesverfassungsgerichtshof seinem Beschuß über die bindende Wirkung seiner Plenargutachten gegeben hat, ein hochinteressanter Satz.

Dort heißt es: Das Bundesverfassungsgericht hat nur die Aufgabe, das rechtliche Vorfeld für politische Entscheidungen zu klären, die allein den gesetzgebenden Körperschaften zukommen. Die Frage, ob die Vertragsgesetze ohne vorgängige Änderung des Grundgesetzes ratifiziert werden dürfen, ist eine Rechtsfrage und damit richterlicher Erkenntnis zugänglich. Damit bejaht es also nicht nur die Zulässigkeit einer Normenkontrollklage, sondern einer vorherigen Klage, in der festgestellt wird, ob mit einfacher oder mit dreiviertel Majorität das Gesetz ratifiziert werden sollte.

Dichtel: Ich glaube sagen zu können, durch die Diskussion, die nach meiner Meinung etwas überreichlich war im Bundestag, ist die Materie in sehr breite Kreise des Volkes hineingekommen, die wir sonst bei Wahlversammlungen nicht so erfaßt hätten. Ich möchte keine Komplimente austeiln, aber sagen, daß nach den Erfahrungen und den Beobachtungen im Lande eigentlich die Stellung des Bundeskanzlers als der ruhende Pol in der Debatte als das Angenehmste und Stabilste empfunden worden ist. Die CDU ist am besten weggekommen, aber der Bundestag als solcher hat, im allgemeinen gesehen, eine sehr schlechte Note bekommen. Ich will offen sagen: Ich bin der persönlichen Überzeugung und Meinung, wenn wir in diesem Tempo und der Art weitermachen, wie es bei der Bundestagsdebatte sich gezeigt hat, insbesondere auf der politischen Ebene, dann sehe ich für die Demokratie eine sehr ernste Gefahr. Wenn der Bundeskanzler mit Ollenhauer zusammenkommt, wäre ich dankbar, wenn er Herrn Ollenhauer, der der Repräsentant einer ebenfalls staatstragenden Partei ist, darauf aufmerksam machen könnte, daß diese Entwicklung, die sich jetzt zeigt, zu einer sehr, sehr ernsten Gefahr für die gesamte Demokratie wird. Draußen ist man nicht übermäßig beglückt und begeistert, und man hat es als sehr bedauerlich empfunden am Freitag abend, daß es im Bundestag dem Chef der Bundesregierung nicht möglich gewesen ist, zusammenhängend zu reden. Man sollte mindestens so viel Autorität dem Regierungschef gegenüber haben, daß er ungehindert reden kann.

Ollenhauer hat seine stärkste Waffe darin gehabt und den stärksten Eindruck erzielt mit der Tatsache der Umschwenkung der Regierung. Ich will das nicht kritisieren, sondern stelle nur fest: Das hat gerade mit der Tatsache, daß der Bundeskanzler gedrängt hat und auf einmal bereit war, das Verfahren einzubauen, draußen einigen Eindruck hinterlassen. Ich habe sofort vermutet, daß irgendwelche Informationen vorgelegen haben, die Anlaß zu dieser Änderung gewesen sind. Das werden Dinge gewesen sein, wie ich vermutet habe, und die auch in etwa eine Bestätigung erfahren haben. Darf ich aber offen aussprechen: Das schwerste bei der ganzen Situation draußen in der Öffentlichkeit, auch bei unseren Leuten, ist, jetzt klarzumachen, warum diese Umschwenkung erfolgt ist, und weil wir das nicht sagen können, was in etwa gesagt werden müßte, liegt hier die Schwierigkeit. Es ist eben ein Satz geprägt worden, daß bei einem vorhergegangenen Verfahren der Bundespräsident auch ein Gutachten angefordert hätte und daß Herr Arndt auch zum Bundespräsidenten hingegangen sei, um ihn zur Zurücknahme zu bewegen⁵⁶. Gerade bei vielen Kreisen der Bevölkerung macht das Argument Ollenhauers bezüglich eines schwebenden Verfahrens sichtlich Eindruck, und wir müssen uns überlegen, wie wir im Lande eine Erklärung finden, die nach dieser Seite hin die Änderung der Regierungspolitik mindestens begreiflich macht.

Eine Frage noch an den Herrn Bundeskanzler. Ich habe heute morgen in einer Zeitung gelesen, daß man sich auch in Bonner Regierungskreisen mit einer baldigen Neuwahl befasse. Ich möchte doch die Frage stellen: Nehmen wir einmal an, der zweite Senat nimmt die Klage an und entscheidet sie nicht positiv? Welche Situation tritt für uns dann ein? Wir müssen doch mindestens heute mit einer ganz bestimmten Klarheit hier herausgehen, denn von der Klarheit hängt die Vorbereitung für die kommenden Wahlen ab. Es ist für uns nicht gleichgültig im Lande, ob es etwa in der vorgesehenen ersten Septemberwoche zu den Wahlen kommt oder ob unter Umständen Schwierigkeiten eintreten würden, die uns vielleicht sehr bald vor Entscheidungen stellen könnten. Gerade diese Frage bewegt mich sehr stark.

Adenauer: Darf ich zunächst darauf hinweisen, daß wir in absehbarer Zeit das Fernsehen haben werden. Wollen Sie sich bitte das Bild dann einmal vorstellen aus dem Parlament, wie es teilweise auch war?

Was außerdem gefragt worden ist, kann ich Ihnen sagen: Als an dem einen Nachmittag zunächst der Vorschlag gemacht wurde, die dritte Lesung auszusetzen und die Klage anzustrengen, war ich genauso erschlagen, wie Sie es sind. Ich habe erklärt, darüber müsse ich zunächst einmal schlafen, und als ich das getan hatte, habe ich eingesehen, daß es eine harte Notwendigkeit war. Ich war mir klar darüber, daß man das nicht verstünde, auch im Ausland nicht verstünde. Ich habe alle Mühe gehabt, die Kabinette im Ausland durch direkte Informationen zu unterrichten über die Gründe, damit nicht ein total falscher Eindruck, namentlich in Wa-

56 Die Unterredung zwischen Arndt und Heuss fand am 11. Juni 1952 statt (vgl. ADENAUER: Teegegespräche S. 374 und S. 717).

shington entsteht. Man muß zwischen einem großen und weniger großen Übel wählen und darf nicht aus Prinzip bleiben auf einem Wege, der zu dem größeren Übel führt.

Nun die Frage, was zu tun sei, wenn der Senat anders entscheidet. Glauben Sie, ich würde auf eine solche Frage Antwort geben können, glauben Sie, daß ich überhaupt annehme, daß der zweite Senat anders entscheiden kann? Stellen Sie sich bitte vor, was das bedeuten würde und für einen Eindruck machen würde, wenn man in der Presse lesen würde: Der Vorstand der CDU hat sich mit dieser Frage beschäftigt, was kommen wird, wenn der Senat anders entscheidet. Eine solche Frage kann man nicht stellen, geschweige beantworten. Nach dem Grundgesetz ist die Auflösung des Bundestags nur dann möglich, wenn dem Bundeskanzler von einer Mehrheit das Mißtrauen ausgesprochen wird. Dann müßte [man] also, die SPD wird mir den Gefallen jederzeit tun, davon bin ich überzeugt, noch Stimmen suchen bei der Koalition, die mir ihr Mißtrauen aussprechen. Wie würde dann ein Wahlkampf werden? Dann brauchten wir gar nicht mehr von einem Kampf zu reden. Wir müssen jetzt die Dinge in aller Ruhe betrachten und an uns herankommen lassen.

Noch ein Wort zu den Ausführungen, daß man jetzt die Bevölkerung aufklären müsse. Wir können nach meiner Meinung z.Z. gar nicht die Bevölkerung aufklären über die tatsächliche Lage im Bundesverfassungsgericht, wir können es nicht. Das Bundesverfassungsgericht ist da (*Zwischenruf: Leider!*), es ist aber da, und wir müssen dieses Ganze berücksichtigen. Ich darf in diesem Kreise sagen, daß die Stunde, in der Höpker Aschoff mir eine Schilderung gegeben hat über die Zustände beim Bundesverfassungsgericht, die schwerste Stunde meines Bundeskanzler-Daseins gewesen ist und ich mich in Grund und Boden geschämt habe, daß so etwas überhaupt möglich ist.

Tillmanns: Ich stimme darin zu, daß wir in dieser Frage, vor allem über die Situation beim Bundesverfassungsgericht, jetzt keine volle Klarheit schaffen können nach außen.

Auf der anderen Seite ist es aber richtig, daß durch die Vorgänge in der letzten Zeit eine Art Verwirrung entstanden ist, auch in Kreisen unserer eigenen Wähler. Ich meine, es wäre doch Aufgabe dieses Vorstandes, das, was an uns liegt, zu tun durch Erklärungen, die wir von hier aus abgeben, um wenigstens dieser Verwirrung entgegenzutreten, und wenigstens den Versuch machen, in einigen wichtigen Punkten Klarheit zu schaffen. Das erwartet man von dieser Vorstandssitzung.

Dann möchte ich noch folgendes sagen: So notwendig es war, über die Frage, ob es richtig war, die dritte Lesung zu verschieben oder nicht, hier zu sprechen, wir können nicht anders vorgehen, als das hinzunehmen als gegebene Tatsache, und wir werden von uns aus vielleicht darauf hinweisen können – ich weiß nicht, ob es möglich ist –, daß es nur deswegen geschehen ist, um den gesamten Ablauf, d.h. die endgültige Durchsetzung bis zur Ratifizierung zu beschleunigen, und daß das der einzige Gesichtspunkt gewesen ist, d.h., daß wir mit unserer Politik die endgültige Vollziehung, was an uns liegt, zu beschleunigen versuchen und daß wir dieser Politik

treu geblieben sind und nach wie vor dazu stehen. Die Verwirrung ist entstanden einmal durch die zweite Lesung im Bundestag selbst und zweitens durch die Vorgänge in Karlsruhe bzw. durch die Auseinandersetzungen in Karlsruhe.

Zu dem zweiten Punkt wurde gesagt, wir sollten nicht weiter polemisch gegenüber dem Bundesverfassungsgericht vorgehen. Ich glaube auch, daß es einem Parteivorstand nicht unbedingt gut ansteht, seinerseits gegenüber einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts polemisch vorzugehen. Man müßte versuchen zu überlegen, wie man es in anderer Weise machen könnte. Wenn gesagt wird, daß das schon einer der Bundesverfassungsrichter tut, so scheint es wirksam zu sein, und es wäre vielleicht die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß es in die Öffentlichkeit kommt.

Ich würde auch in der Frage der Rechtsverbindlichkeit des Gutachtens so sagen: Die Regierung hat erklärt, daß der Beschuß keine Stütze im Gesetz finde. Ich glaube, das war eine gute Formulierung, und wenn wir schon Ihrem Vorschlag folgen sollen, nicht polemisch vorzugehen, sollten wir über diese Formulierung nicht hinausgehen.

Was die zweite Lesung im Bundestag angeht, bin ich der Auffassung, daß wir unterstreichen sollen und in einer wirksamen Weise zum Ausdruck bringen sollen, daß die zweite Lesung aufs neue erhärtet hat als Ergebnis dieser Lesung, daß die Argumente der Regierungsparteien für die Notwendigkeit dieser Verträge bedeutend verstärkt worden sind und die Opposition erneut bewiesen und gezeigt hat, daß sie dem nichts Positives entgegenzusetzen hat, und in diesem Sinne müßte die Formulierung von Ollenhauer, die er am Ende seiner Rede gebracht hat – das würde ich vorschlagen als eine Aufgabe –, einmal kritisiert bzw. politisch bewertet werden, um klarzumachen, welche geradezu fantastische Illusion hier plötzlich dem deutschen Volk als gangbarer Weg vorgegaukelt werde. Ich glaube, wenn wir in dieser Weise offensiv werden, würden wir vieles zur Aufklärung beitragen.

Außerdem muß abgewehrt werden noch einmal der Vorwurf, daß die Regierung in ein schwebendes Verfahren eingegriffen hätte. Vor allem muß klargestellt werden, daß wir politisch an der einmal eingeschlagenen Linie unter allen Umständen festhalten und daß in bezug auf das, was geschehen ist, es falsch wäre, wenn es als ein Abirren von dieser Linie angesehen würde, sondern ganz im Gegenteil, daß es bedeutet eine Festigung des politischen Willens, den wir in dieser ganzen Angelegenheit haben. Ich würde also vorschlagen, die Fragestellung so zu nehmen und in bezug auf den sachlichen Ablauf der Debatte und hinsichtlich der Durchsetzung unserer politischen Linie von dieser Vorstandssitzung das positiv ausgehen muß.

Adenauer: Ich begrüße die Vorschläge von Herrn Tillmanns absolut, es waren nach meiner Meinung fünf Punkte: 1. Keine Spitze gegen das Bundesverfassungsgericht, 2. kein Eingriff in ein schwebendes Verfahren, 3. Beschleunigung, 4. Verlauf und Abstimmung der Bundestagsdebatte eine Erhärtung unseres Standpunktes, 5. einiges aus der Ollenhauer-Rede. Ich wäre dankbar, wenn Herr Tillmanns versuchen würde, das, was er gesagt hat, schriftlich zu Papier zu bringen, damit wir sofort

nach unserer Pause beschließen können. Darauf wartet die Presse, daß sie heute abend noch etwas bekommt.⁵⁷

Fay: Ich habe gestern eine Erklärung abgegeben in einer Versammlung, die heute in der Presse erschienen ist. Ich bin von dem Gedanken ausgegangen, daß man an das Wort denken soll: Nicht der Mörder ist der Schuldige, sondern der Ermordete ist schuldig! Die SPD ist dabei, die Dinge vollkommen zu verdrehen. Ich habe erklärt, daß die SPD wider besseren Wissens aus parteiegoistischen Gründen uns in diese Situation hineingebracht hat. Ich habe außerdem gesagt, das Rechtsgutachten sei juristisch unrichtig. Vielleicht geht es zu weit, wenn ein Parteivorstand eine juristische Meinung in dieser Form abgibt.

Zu der Auffassung, daß uns die Debatte eine Stärkung unserer Position gebracht hat, kann ich mich nur bekennen. In vielen Gesprächen mit Parteifreunden habe ich erfahren, daß die Parteifreunde sagen, die CDU habe einen ausgezeichneten Standpunkt in der Debatte gehabt, und die Meinung der Bevölkerung darüber sei gut. Daß allgemein das demokratische Niveau dadurch nicht gehoben wurde, ist m.E. ebenso klar. Aber darüber sollten wir uns nicht so schrecklich aufregen; das kommt in allen Parlamenten, sogar im englischen Parlament vor, tumultuarische Szenen, die einem nicht liegen. Man kann in einer so entscheidenden Frage, wo eine Lebensfrage des Volkes mit einer parteiegoistischen Angelegenheit verknüpft wird, nicht einen restlos klaren und einen vernünftigen Ablauf der Sitzung erwarten.

Ich wäre dankbar, wenn über folgende Fragen einmal Aufklärung gegeben werden könnte: Warum hat der Herr Bundespräsident überhaupt das Gutachten angelegt? Ich weiß nicht, ob der Herr Bundeskanzler darüber etwas sagen darf. An sich gehört es zur Zuständigkeit des Bundespräsidenten. Ich frage deshalb, weil durch dieses Gutachten letztlich eine etwas peinliche Situation heraufbeschworen worden ist. Ich habe es als bedauerlichen Mangel empfunden, daß die Landesparteivorsitzenden nicht eine Abschrift der Klage erhielten. Wir haben die Dinge im wesentlichen durch die Presse erfahren und waren völlig desorientiert.

Ich stelle immer fest, daß ein Kontakt zwischen Fraktion und Parteivorstand oft schlecht vorhanden ist. In diesem konkreten Fall der Änderung der Marschrichtung, also des Abgehens von der Linie, wäre es zu begrüßen gewesen, wenn die Motive dafür den Landesvorsitzenden zur Kenntnis gebracht worden wären. In dem Augenblick, als die Änderung kam, hat mein Telefon nicht mehr stillgestanden. Ich habe allerhand Äußerungen von mir gegeben, wußte aber nicht, ob die richtig waren. Zumindest müssen die Landesvorsitzenden möglichst schnell von solchen entscheidenden Dingen unterrichtet werden.

Adenauer: Sie haben recht. Ich habe neulich angeregt, daß zwischen unserer Bundesgeschäftsstelle und der Fraktion ein engerer Zusammenhang hergestellt wird, damit gegenseitig eine Unterrichtung möglichst gewährleistet ist.

Ehlers: Die Landesvorsitzenden werden berücksichtigen müssen, daß diese Din-

57 Druck der Entschließung in UiD vom 20. Dezember 1952.

ge in einer außerordentlich überstürzten Weise vor sich gingen und es sehr schwierig war, am Samstag die Klage anzubringen, und noch schwieriger war, irgendeine Stelle zu finden, die Sonntag in der Lage war, die Dinge zu vervielfältigen. Am Montag war Maria Empfängnis, und es war schwierig, bis hinauf zum Ministerialdirektor manche Herren anzutreffen⁵⁸, so daß also einige Schwierigkeiten der Übermittlung bestanden und manche Dinge vergessen worden sind. Aber ich glaube, daß es unausweichlich ist, daß jetzt in den Monaten vor der Wahl die Informationen von der Zentrale zu den Ländern hin wesentlich verstärkt werden müssen. Wir werden so mit Fragen überdeckt. Ich kann sie beantworten aus dem, was ich manchmal aus der Presse, manchmal direkt erfahre. Aber immerhin ist es bei vielen so, daß sie die Informationen nicht haben, und das muß verstärkt werden.

Zur Durchführung der Sitzung noch folgendes: Ich bin immer wieder aufgefordert worden, in bestimmten Situationen den Vorsitz im Bundestag selbst zu übernehmen. Der Bundeskanzler weiß, daß ich im Juli mich darum bemüht habe, ihm das Wort zu verschaffen mit einer gewissen Schärfe, was den Erfolg hatte, daß die SPD im Interesse der Kommunistischen aufstand und mit attackierte wegen zu scharfer Handhabung der Geschäftsordnung⁵⁹. Das würde ich zu ertragen wissen, aber ich kann es nicht aus Kollegialität gegenüber den Herren Schmid und Schäfer⁶⁰, nämlich den Eindruck zu erwecken, daß ich es den beiden Herren nicht zutraue. Schäfer zittert jedesmal und sagt jedesmal: Wenn ich präside, redet der Bundeskanzler oder es gibt Krach! Ich muß sagen, es kommt schon manchmal dann solcher Krach, weil er mit Angst herangeht und statt Ordnungsrufe zu verteilen, Reden an die deutsche Nation hält. Aber es ist eine unmögliche Situation, nun zum Präsidentenstuhl zu gehen und zu sagen, er solle gehen, ich wolle es selber machen. (Adenauer: Er würde aber gerne weggehen.) Aber die eigene Fraktion?

Ein anderes, was mich immer wieder bedenklich macht, ist folgendes: Fallen wir selbst bei unserer übertriebenen Objektivität nicht immer auf die Argumente der SPD selbst herein, so daß wir plötzlich in dem Augenblick, was Ollenhauer gesagt hat und was ein Schmarren war, zu Anfang ernst nehmen und meinen, das seien wirkliche Argumente? Überlegen Sie sich, in welche taktisch peinliche Situation Ollenhauer kam, als plötzlich der Antrag, den die SPD stellen wollte, die Beratung zu verschieben, von der CDU und FDP gekommen ist. Ferner mußte jeder eigentlich wissen, daß die SPD die verpflichtende Kraft des Gutachtens im Sommer geleugnet hat und auch da ein Kurs sich vollzogen hat, und daß Herr Arndt mit juristischen Spitzfindigkeiten versucht hatte, eine Klage an den ersten Senat zu

58 Der 8. Dezember 1952, Fest Mariae Empfängnis, war kein gesetzlicher Feiertag in Nordrhein-Westfalen.

59 Besonders stürmisch verliefen die 221. und 222. Sitzung vom 9. und 10. Juli 1952, in denen der SPD-Antrag zur „Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen“ beraten wurde (die häufig unterbrochenen Ausführungen Adenauers in Sten.Ber. 1.WP Bd.12 S. 9789ff., 9907ff.).

60 Vgl. Nr. 13 Anm. 7.

bringen, nur, um sie an den ersten und nicht an den zweiten Senat zu bringen. Was man uns jetzt vorwarf, hatte die SPD uns vorgemacht, und sie stellte sich dann mit moralischer Miene hin und warf uns das vor, was sie vorher getan hatte. Wir sind zum großen Teil darauf hereingefallen, und zwar deswegen, weil die Presse darauf hereinfiel. Aufsätze wie die in der „Deutschen Zeitung und Wirtschaftszeitung“⁶¹ sind ein offener Skandal, weil sie nichts weiter sind als üble Polemik.

Ich glaube, wir müssen in der Schärfe der Auseinandersetzung noch einiges lernen, damit wir nicht zu leicht auf Ausführungen Ollenhauers und ähnliche Dinge hereinfallen.

Adenauer: Ich kann das nur dick unterstreichen. Es ist geradezu beschämend, zu erleben oft, wie die Argumente der SPD, die wirklich fadenscheinig sind, auch auf unsere eigenen Leute einwirken. Das ist beschämend.

Zimmer: Der letzte Punkt ist schon ein Hauptpunkt. In diesen Tagen hat die gesamte seriöse Presse das Bild der Verwirrung erst eigentlich hervorgerufen, übrigens auch die seriöse Auslands presse. Es sind für uns sehr ungünstige Berichte über diesen Konflikt erschienen, und ob da ein Versäumnis vorliegt, müssen wir hier beurteilen können. Die Journalisten haben es wesentlich auf dem Gewissen, daß das Volk nicht mehr recht folgen konnte. Bis dahin war es gefolgt. Es wurde eben eine Mitteilung gemacht, die m.E. eine sehr große Beachtung erheischt, die Tatsache nämlich, daß die SPD-Richter des Bundesverfassungsgerichts regelmäßig zu Beratungen zusammenkommen. Das ist eine Tatsache, die für sich allein gesehen schon große Beachtung erfordert, die aber m.E. so weittragende Bedeutung hat, daß sie z.Z. wahrscheinlich überhaupt nicht von uns publizistisch verwertet werden kann. Die Frage ist aber die, ob der Herr Bundeskanzler nicht in geeigneter Form schon jetzt dem Herrn Bundespräsidenten vielleicht dies inoffiziell zur Kenntnis bringt, damit es ihm gesagt ist. (Zwischenruf: Das weiß der Bundespräsident.) Damit der Bundespräsident auch weiß, daß wir es wissen, und damit die Herren wissen, daß die CDU sich vorbehält, zu gegebener Zeit von dieser Tatsache Gebrauch zu machen.

Auf mich macht das deshalb einen Eindruck, weil ich sagen kann, daß die sozialdemokratischen Leiter der Verfassungsschutzmänner, sieben von neun, ebenfalls periodisch zusammentreten, um sozialdemokratischen Verfassungsschutz und Staatssicherheit zu beraten. Was das bedeutet, wird sich erst im Laufe des Wahlkampfes und später zeigen. Ich messe dieser Tatsache insgesamt eine sehr große Bedeutung zu. Ich weiß es, denn es ist zufällig eine Eingabe an meinen Leiter ergangen, die zurückgezogen wurde, weil man entdeckte, daß er nicht SPD-Mann ist. Wo bleibt die Bundesaufsicht? Es gibt auch jetzt eine Bundesaufsicht über die Tätigkeit der Länder, insbesondere, was die Staatssicherheit angeht. Ich bin der Meinung, daß diese Frage raschestens aufgeklärt werden muß. Die Verfassungs-

61 Vgl. „Ein gerissener Schachzug“, „Die Kehrtwendung der Koalition“ vom 10. Dezember oder „Überraschungen ohne Ende“ vom 13. Dezember 1952.

schutzmärter, geleitet von der SPD, fassen eben den Verfassungsschutz etwa so auf wie das hessische oder niedersächsische Verfassungsschutzamt. Was dort getrieben wird, ist zum Teil noch völlig undurchsichtig.

Adenauer: Ich weiß nicht, was wir dagegen machen sollen.

Zimmer: Leider ist Minister Dr. Lehr z.Z. nicht anwesend. Ich hatte die Absicht, in seiner Gegenwart das zu sagen. M.E. hat er die Kompetenzen in der Bundesaufsicht, die gibt es auch, ohne daß es in der Verfassung steht.

Adenauer: Aber in welcher Form? Wir haben von Hessen Akten angefordert, die wir nicht bekommen haben. Sollen wir die Akten mit Gewalt herausholen?

Zimmer: Ich möchte, daß das Bundesinnenministerium zusammen mit dem Justizministerium zunächst feststellt, was zu tun ist. Im übrigen wäre daran zu denken

Sie haben mir aber die Frage vorgelegt, ob wir nun nicht dasselbe getan hätten wie die SPD, weil wir nun die SPD verklagt hätten vor dem Verfassungsgericht. Ich habe erwider, darin läge ein großer Unterschied, denn wir wären uns treu geblieben, daß eine politische Entscheidung fallen müsse, und diese Entscheidung sei gefallen, denn die dritte Lesung hätte dasselbe Ergebnis gehabt.

Kiesinger: Es interessiert vielleicht zu wissen, daß auch meine Rede ein Mehrfaches an Zuschriften, nämlich das Vielfache gegenüber den Zuschriften bei der ersten Lesung erbracht hat, darunter nur drei ablehnende Briefe, alle anderen auch im Ton viel positiver, als es damals war. Störend hat in gewissen Teilen gewirkt der Schluß und der Ausgang, aber mehr wohl durch die Schilderungen der Presse. Ich bitte, bei Rednern wirklich darauf zu sehen, wer die Störer sind. Auch wir haben einige Sünder. Seit Jahr und Tag ist es die SPD, die immer dann, wenn sie merkt, jetzt geht es für sie schief, in ihren hinteren Bänken loslegt mit dem Versuch, den Redner totzumachen. Wenn wir z.B. die paar Sünder, die wir haben, dazu bewegen könnten, ruhiger zu sein, damit es für alle sichtbar würde, wäre es besser. Draußen heißt es immer „Das Parlament“, man muß aber darauf aufmerksam machen, wer nun die Störer sind. Ich finde es sehr wichtig, was Herr Zimmer gesagt hat. Diese Dinge und dazu das, was wir von der Situation des Bundesverfassungsgerichts wissen, werden natürlich aufbewahrt für den Fall, daß es zu einer möglichen Auseinandersetzung kommen sollte. Man darf das Pulver nicht vorher verschießen. Es ist völlig richtig, jetzt das Bundesverfassungsgericht nicht zu reizen. Ich habe selber noch eine gewisse Hoffnung, daß die Tendenz, die von Anfang an da war und die nach meiner Meinung sehr viel stärker von unseren Vertretern hätte unterstützt werden müssen, nämlich zu einer Entscheidung zu kommen, die die Verantwortung dort beläßt, wo sie hingehört, nämlich bei den Politikern, daß diese Tendenz sich immer noch durchsetzen kann. Ich weiß es nicht, aber die Möglichkeit besteht nach meiner Meinung.

Zur Klagebegründung: Obwohl die Klage meinen Namen mitträgt, muß ich bekennen, daß die Klage nicht von mir stammt. Die Dinge sind zu rasch gelaufen. Ich glaube nicht, daß man sie so kritisch beurteilen muß, wie es geschehen ist, aber

ich bin der Meinung, einige sehr wichtige Gesichtspunkte müssen nachgeholt werden und werden nachgeholt werden.⁶² Man kann nicht einfach sagen, es sei im Grunde genommen eine Vorwegnahme der Normenkontrolle und damit dasselbe, und zwar mit dem Hinweis darauf, daß die SPD unser Verhalten unter dem Gesichtspunkt kritisiert hat. Die SPD hat nicht gesagt, es sei eine verfassungsändernde Mehrheit notwendig, sondern hat davon gesprochen, daß wir die Entscheidung der zuständigen Instanzen umgehen wollten, ein Fait accompli schaffen wollten. Ich könnte mir denken, daß die Unterbauung der Klage mit diesem Argument doch unsere Stellung stützen könnte. Ob das andere Argument, daß Herr Ehlers feststellen müßte, ob ein Gesetz mit der erforderlichen Mehrheit angenommen sei, auch ein sehr starkes Gewicht hat, weiß ich nicht. Alles in allem glaube ich, daß mit dieser Begründung das Verlangen auf Feststellung des Rechts der Mehrheit, ein Gesetz mit einfacher Mehrheit anzunehmen, doch immerhin eine gewisse Fundierung hat.

Simpfendorfer: Ich habe schon gesagt, daß die Wirkung der Debatte ausgezeichnet gewesen sei, aber ich muß bestätigen, was gesagt worden ist über die Verwirrung, die nachher durch den Beschuß der Koalition herbeigeführt worden ist. Ich glaube, es wäre gut gewesen, wenn man wenigstens am Freitag morgen oder am Samstag den Vorstand zusammengerufen und ihn unterrichtet hätte. Vielleicht wäre es auch gut gewesen, wenn die Pressekonferenz, die mehrfach abgesagt worden ist, gehalten worden wäre, damit die Presse orientiert gewesen wäre. Ich glaube, daß manches hätte anders aussehen können. Daß wir uns eine unlösbare Aufgabe stellen, macht mir ernste Sorge, sowohl propagandistisch wie politisch. Nach dem, was ich heute erfahren habe, ist meine Überlegung: Ist das Bundesverfassungsgericht eine Eiterbeule, die ausgeschnitten werden muß? Könnte es nicht so gemacht werden, daß nicht vom Bundesvorstand aus, sondern von einer anderen Stelle das, was man von diesem Gericht weiß, verwertet würde und damit dem Bundesverfassungsgerichtshof ein Schuß vor den Bug gegeben wird?

Adenauer: Ich möchte dringend davon abraten. Was würden wir damit erreichen? Wir würden erreichen, daß dieselbe Stimmung im Bundesverfassungsgericht, die am vorigen Montag vorherrschte, daß das Gericht nicht mehr ein noch auswußte, verstärkt würde. Ich halte den Vorschlag von Herrn Tillmanns für richtig, wir wollen eine Beruhigung eintreten lassen auf allen Seiten und zu gegebener Zeit auf die Sache zurückkommen. Augenblicklich würde ich es nicht tun.

Kaiser: Herr Ehlers hat eben einige Worte gesprochen über die Presse und hat die „Deutsche Zeitung“ genannt. Ich möchte bemerken, daß der Bundeskanzler noch selten eine so ausgezeichnete und gute Presse hatte wie vor dem Schritt, der in Karlsruhe erfolgt ist. Genauso wie „Christ und Welt“ haben auch die großen

62 Text der Klage der Bundestagsfraktionen der CDU/CSU, der FDP und der DP vom 6. Dezember 1952 in WEHRBEITRAG, Ergänzungsband S. 1-9; die weitere Begründung der Klage vom 19. Januar 1953 EBD. S. 9-24.

seriösen Zeitungen für Adenauer in größter Achtung gesprochen. Es war später so, daß die Leute wie vor den Kopf geschlagen waren. Irgendwie ist dem Begreifenkönnen der Presseleute etwas zu viel zugemutet worden. Ich sage das deswegen, damit wir der Presse auch gerecht werden.

Adenauer: Genau heute habe ich von unserem Pressechef⁶³ folgendes erfahren: Die hiesigen Vertreter waren aufs tiefste gekränkt dadurch, daß sie nicht vorher unterrichtet gewesen sind. Sie sind infolgedessen von ihren heimischen Redaktionen in der tollsten Weise beschimpft worden, daß sie das nicht vorher gewußt hätten, und dann haben sie sich eben abreagiert. Aber das geht auch vorüber.

Strickrodt: Mir liegt die最新的 Nummer des „Volkswirt“ vor. Diese Dinge müssen pfleglicher behandelt werden und unter sachlichen Gesichtspunkten.

Adenauer: Ich empfinde das auch. Ich habe ein sehr ernstes Gespräch mit Herrn von Eckardt gehabt, und Herr von Eckardt, das muß ich bestätigen, war zwei Tage weg in einer politischen Angelegenheit, hat überhaupt keinen richtigen Vertreter⁶⁴. Er hat mir gesagt, er hätte nicht die Mittel, um Leute, die etwas können, zu bezahlen. Herr von Eckardt erklärte: Meine Leute sind Leute mit Gehältern eines Oberregierungsrates, und dafür bekommt man keinen Journalisten, der mich vertreten kann! Wenn dem Manne etwas passiert, wären wir vollkommen lahmgelegt. Er muß wirklich einen vollwertigen Vertreter haben.

Krone: Die Presse hat vor dem Beschuß von der Sache nichts gewußt. Es kam als Neuigkeit heraus. Wir wollten eine Pressekonferenz abhalten von der Koalition. Da hat die DP versagt, und wir haben nicht den Mut gehabt, es ohne die DP noch zu machen an dem Abend. Dadurch wußte die Presse nichts über die Motive und hat es erst später erfahren.

Ehlers: Ich würde vorschlagen, daß heute abend eine Erklärung nicht herausgegeben wird, man sollte sie morgen mittag herausgeben und der Presse so geben, daß es noch bearbeitet werden kann. Die Presse erwartet heute abend keine Erklärung. Wir sollten in dieser Frage die Presse friedlich behandeln.

Tillmanns: Ich bin danach gefragt worden von Pressevertretern, bevor ich hierher gekommen bin, und habe gesagt, daß meiner Ansicht nach wahrscheinlich heute abend keine Erklärung mehr zu erwarten sei, aber dafür wohl zu erwarten sei, daß wir morgen nachmittag rechtzeitig eine Erklärung abgeben würden, meiner Ansicht

63 Felix von Eckardt (1903–1979), 1929–1932 Presseattaché in Brüssel und gleichzeitig Vertreter des Wolff'schen Telegrafen-Büros, 1945 Mitgründer und bis 1951 Herausgeber und Chefredakteur des „Weser-Kurier“, 1952–1955 und 1956–1962 Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (seit 1958 als Staatssekretär), 1955–1956 Ständiger Beobachter bei den Vereinten Nationen (Botschafter), 1962–1965 Bevollmächtigter der Bundesrepublik Deutschland in Berlin, 1965–1969 MdB (CDU). Memoiren: Ein unordentliches Leben. Lebenserinnerungen. Düsseldorf/Wien 1967.

64 Adenauer hatte am Vormittag des 15. Dezember eine Besprechung mit Hallstein, Blanckenhorn, Globke, Gumbel, Lenz und von Eckardt, dem er wegen einer Informationsreise nach Paris, d.h. seiner Abwesenheit, heftige Vorwürfe machte (vgl. Lenz-Tagebuch, 15. Dezember 1952).

nach sogar eine Pressekonferenz abhalten würden. Man könnte vielleicht heute noch eine Erklärung herausgeben, daß die Vorstandssitzung begonnen habe mit einem einleitenden Referat über die politische Situation und daß die Verhandlungen andauern.

Adenauer: Ich möchte vorschlagen, daß Herr Tillmanns noch einen sechsten Punkt in seine Erarbeitung hineinnimmt, dahingehend, daß der Parteivorstand das Vorgehen und die Haltung der Fraktion im Bundestag billigt und die Fraktion bittet, auf dem Wege fortzufahren, damit auch die Fraktion die Billigung der Partei hat.

Zimmer: War es nötig, daß Ministerpräsident Ehard als Bundesratsmitglied eine distanzierende Erklärung abgegeben hat?⁶⁵ Das ist ein unmögliches Verhalten.

Adenauer: Herr Schäffer wird mit Herrn Ehard darüber sprechen, daß so etwas nicht möglich ist. Er hat sich aber auch an den Herrn Bundespräsidenten gewandt.

Zwischenruf: Es ist mit Recht gesagt worden, man solle das Bundesverfassungsgericht in Ruhe lassen. Das kann gut sein oder unter Umständen auch nicht. Könnte es nicht möglich sein, daß der Bundeskanzler eine ganz private Fühlungnahme zu irgendeinem Mitglied des Bundesverfassungsgerichts aufnimmt?

Adenauer: Ich habe mir Überlegungen gemacht, an den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts offiziell zu schreiben und mitzuteilen, daß die Bundesregierung den Mitteilungen in der Presse fernstünde, und weiter mitzuteilen, daß ich bereit wäre, falls das Gericht es wünsche, einer von ihm zu wählenden Delegation Auskünfte zu geben. Der Brief war schon fertig. Ich habe dann von Herren im Bundesverfassungsgericht, die uns sympathisierend gegenüberstehen, gehört, ich möchte keinen Brief schreiben, weil sonst befürchtet werde, das Gericht solle überfahren werden. Ich darf noch etwas sagen: Ich glaube, so weit gehen wir nicht, daß wir sagen, wir wollen das Gericht in Ruhe lassen. Das ist zu weit. Wir können das auch nicht hinnehmen, aber wir sollen die polemische Form herauslassen.

Kaiser: Es ist eben von den Ministerpräsidenten gesprochen worden. Es muß etwas geschehen sein, daß unsere Ministerpräsidenten nicht gekommen sind. Herr Albers hat angerufen bei Herrn Arnold, und Herr Arnold hat gesagt, er könnte nicht kommen, er habe Kabinettsitzung und fahre morgen früh nach Stuttgart. Wenn die Sozialdemokratie so viel Autorität über ihre Ministerpräsidenten hat, dann müssen wir das auch zuwege bringen, daß unsere Ministerpräsidenten bei so wichtigen Angelegenheiten bei uns sind. Ich werde Arnold anrufen und ihn bitten, daß er noch heute für eine Stunde nach Bonn kommt. Darin liegt unsere Schwäche, daß wir als Partei irgendwie nicht genügend Autorität und Zwingkraft über die Männer haben, die durch die CDU nach vorn gerückt worden sind. Das gilt auch für den Ministerpräsidenten in München.

Zimmer: Die Tatsache, daß heute diese Herren nicht hier sind, wird von der

65 Vgl. FAZ vom 12. Dezember 1952 „Ehard: Mit Paragraphen jongliert. Der bayerische Ministerpräsident zum Streit mit Karlsruhe.“

Öffentlichkeit natürlich beachtet in Zusammenhängen mit der Haltung auch im Bundesrat bei den verschiedensten Gelegenheiten. Man deutet diese Dinge nicht nur für die jetzige Situation, sondern deutet sie über die Zeit nach den Wahlen hinaus. Es mildert die Schlagkraft der CDU-Politik in diesem Augenblick ganz enorm und stärkt die Schlagkraft der anderen Seite. Deshalb ist es sehr bedenklich und darf so nicht mehr weitergehen.

Adenauer: Ich bin über das Fernbleiben Arnolds um so erstaunter, als Herr Arnold mir gegenüber vor einigen Tagen von sich aus gesagt hat, die Verhältnisse im Bundesverfassungsgericht seien untragbar, und er sei bereit, im Bundesrat einen Initiativgesetzentwurf zur Änderung dieser Dinge einzubringen. Ich habe ihn gebeten, das nicht zu tun, sondern vorläufig die Dinge laufen zu lassen. Ich wäre froh, wenn man es fertigbringen würde, daß Herr Arnold für eine Stunde hierher kommt.

*Bach*⁶⁶: Die Presse ist sehr interessiert an unseren Verhandlungen, und schon jetzt wußte die Presse, daß Herr Arnold nicht käme, und zieht daraus ganz bestimmte Schlüsse.

*Altmeier*⁶⁷: Es ist zweifellos die Tatsache, daß in diesem Augenblick die Ministerpräsidenten zu einer Konferenz zusammengerufen werden, an sich bedauerlich, und zweitens ist bedauerlich, daß diese Konferenz in Stuttgart stattfindet⁶⁸.

Als ich in der vorigen Woche von der Initiative Arnolds und Maiers hörte, und die ersten Telegramme gingen von Arnold aus, habe ich sofort durch vorausgegangenes Telegramm an Lübke und Ehard den Versuch gemacht, diese Besprechung unmöglich zu machen, und zwar sieht ja die Tagesordnung vor die Besprechung der 37 bzw. 44 Prozent⁶⁹, und zweitens die politische Lage. Ich habe in der vorigen Woche unter Hinweis darauf, daß der Bundestag am Freitag dieser Woche sich mit dem Gesetzentwurf über die 37 bzw. 44 Prozent bereits beschäftigen muß, den Versuch gemacht, dieser Besprechung den politischen Charakter dadurch zu nehmen, daß ich vorgeschlagen habe, die Besprechung in Bonn abzuhalten am Donnerstag. Herr Flecken⁷⁰, der anwesend war, hat es übernommen, diesen Wunsch

66 Lücke in der Vorlage, Sprecher erschlossen (vgl. Anm. 50. – Danach habe Bach Arnold vor drei Wochen über den Termin der Vorstandssitzung unterrichtet).

67 Vgl. Anm. 50.

68 Am 16./17. Dezember 1952 fand unter dem Vorsitz von Reinhold Maier, dem amtierenden Bundesratspräsidenten, in der Villa Reitzenstein eine Konferenz der Ministerpräsidenten statt. Vgl. MAIER S. 442 und S. 467; HÜWEL S. 275f.

69 Vgl. Anm. 68. – Der Bundesrat lehnte den Vorschlag der Bundesregierung ab, die Einkommen- und Körperschaftsteuer im Jahr 1953 nicht wie bisher mit 37 %, sondern mit 44 % in Anspruch zu nehmen (BR 98. Sitzung vom 18./19. Dezember 1952 S. 591–601D, 604C; vgl. Nr. 18 Anm. 134).

70 Dr. Adolf Flecken (1889–1966), bis 1933 Stadtverordneter (Zentrum) in Neuss, Mitgründer der CDU in Neuss, 1947–1966 MdL Nordrhein-Westfalen, 1950–1952 Innen- und 1952–1956 Finanzminister.

Herrn Arnold zu übermitteln. Aber dann kam doch die Einladung, und ich habe durch Rückfragen festgestellt, daß mittlerweile alle Herren zugesagt haben.

Johnen: Es hieß, daß heute hier eine Entscheidung nicht gefällt würde, sagte Arnold mir, aber im Kabinett ständen Sachen zur Verhandlung, die seine Anwesenheit in Düsseldorf erforderlich machen.

*Altmeier*⁷¹: Wird nicht die Bundesratspolitik etwas bewußt ins eigene Blickfeld gerückt, die für die CDU nicht immer gut ist? Man hat beinahe den Eindruck, daß die Kräfte der SPD und auch Maier stärker in Erscheinung treten als unsere Kräfte. Es ist jedenfalls im Lande für uns nicht sehr günstig. Ich würde darauf hinwirken zu sagen, daß es der Vorstand für wünschenswert hält, daß die Herren an dieser Veranstaltung teilnehmen. Hätte Schäffer nicht die CDU zu sich bitten sollen in den letzten Wochen, um über die Frage der 37 bzw. 44 Prozent zu berichten, ich meine jetzt die Länderchefs der CDU? Von den Absichten der Bundesregierung wissen wir oft nichts.

Adenauer: Ich würde vorschlagen, daß gleich einer der Herren über die innere Lage uns unterrichtet, und zwar die Herren Tillmanns und Wuermeling, und ich dann einige Worte sage über eine Frage, die speziell ich in Händen gehabt habe und habe, nämlich die Frage des Verhältnisses zu den früheren Soldaten. Ich habe darüber verhandelt mit dem ehemaligen Feldmarschall Kesselring⁷², und vorher, vor etwa 14 Tagen, kam eine Deputation im Auftrage von einigen Feldmarschällen und Obersten zu mir⁷³. Das Ergebnis war auch ein Passus in meinen Ausführungen im Bundestag. Ich stehe – und ich wäre dankbar, wenn Sie Ihre Meinung dazu sagen – auf dem Standpunkt, daß wir Schluß machen müssen mit allerhand Vorbehalten wegen der Vergangenheit und daß wir – und das gilt auch von der NSDAP, soweit es sich dabei nicht um Leute handelt, die wirklich führend tätig gewesen sind oder einigermaßen führend gewesen sind –, daß wir aufbauwillige Kräfte nunmehr auch wirklich mit in unsere Arbeit hineinnehmen müssen. Wenn wir es nicht tun, stoßen wir sie ab, und die Herren, mit denen ich gesprochen habe, waren absolut bereit, sich auf den Boden des heutigen Staates zu stellen und mitzuarbeiten, auch die Feldmarschälle, z.B. Kesselring, Kesselring in einer ganz ausgezeichneten Weise.

Albers: Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß es in weitesten Kreisen

71 Erschlossen – vgl. Anm. 50.

72 Albert Kesselring (1885–1960), seit 1940 Generalfeldmarschall, 1941–1945 Oberbefehlshaber Süd, 1947 von einem britischen Militärgericht zum Tode verurteilt und später zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt, am 23. Oktober 1952 auf dem Gnadenweg vorzeitig entlassen (Memoiren: Soldat bis zum letzten Tag. Bonn 1953). – Das Gespräch zwischen Adenauer und Kesselring fand am 12. Dezember 1952 statt (Terminkalender).

73 Die Delegation, die Adenauer am 2. Dezember 1952 aufsuchte, sollte aus Generalfeldmarschall von Weichs, Generaladmiral Schniewind, Generaloberst Stumpff und Generaloberst Reinhardt bestehen (Terminkalender); von Weichs mußte allerdings wegen Erkrankung absagen (FAZ vom 3. Dezember 1952).

unseres Volkes sehr schlecht aufgenommen worden ist, daß Kesselring sich als der Patronat des „Stahlhelms“ hat wählen lassen⁷⁴.

Adenauer: Erstens ist er gewählt worden, während er noch in Gefangenschaft war und, soviel ich weiß, hat er es abgelehnt. (*Zwischenruf:* Nein!) **** gekommen und haben ausdrücklich gedankt.

Tillmanns: Es waren Vertreter verschiedener Soldatenverbände und Einzelpersonen an uns herangetreten, ursprünglich mit folgender Bitte: Wir möchten mithelfen, den Gegensatz unter den alten Soldaten, zwischen Anhängern des 20. Juli und Gegnern des 20. Juli zu bereinigen. Das war der Ausgangspunkt. Darüber hat eine sehr ausführliche, und, wie ich sagen muß, in einer sehr guten menschlichen Atmosphäre verlaufene Unterhaltung stattgefunden mit dem Ergebnis, daß von beiden Seiten – auch Vertreter der Waffen-SS waren dabei – gesagt wurde, aber vor allem von General a.D. Gersdorff⁷⁵, einem führenden Soldaten vom 20. Juli, daß es eigentlich im Augenblick nicht mehr ratsam wäre, zu der Vergangenheit und zum 20. Juli etwas zu sagen. Das sei im Augenblick überdies eine Angelegenheit persönlicher Entscheidung der einzelnen. Es wurde von beiden Seiten erklärt, daß solche persönlichen Entscheidungen respektiert würden, aber es sei im Blick auf die kommenden Aufgaben – wurde von beiden Seiten gesagt – notwendig, in einer in die Zukunft weisenden Sprache etwas gemeinsam zu erklären über Soldatenpflicht, Gehorsamspflicht und Gewissensfreiheit für die zukünftige Wehrmacht. Nach längeren Beratungen hat man sich dahin geeinigt, daß man das erst sagen wolle nach der Verabschiedung der Verträge. Damals waren wir der Meinung noch, daß die zweite und dritte Lesung gemeinsam durchgeführt würde, und daß man als eine Art Voraussetzung so etwas von seiten der Soldaten sagen zu können glaubte, daß es gut wäre, daß der Bundeskanzler in seiner Erklärung von sich aus zu diesem Problem etwas sage. Das ist geschehen. Nun war die Absicht – unterschrieben von einer Reihe führender Persönlichkeiten der alten Wehrmachten –, nun auf diese Worte des Kanzlers etwas Positives zu erwidern. Soviel ich weiß, ist darüber auch gesprochen worden. Es war gedacht, soviel ich weiß, an Generalfeldmarschall Weichs⁷⁶, Kesselring, Oberst Reinhardt⁷⁷. So ist die Sache entstanden. Der Bundeskanzler hat vor einigen Tagen eine Unterredung mit Kesselring gehabt, die offenbar sehr eindeutig seine positive Haltung ergeben hat gegenüber der Politik der Bundesregierung.

74 Vgl. AdG 1952 S. 3718. – Der „Stahlhelm“ war 1918 von Franz Seldte (1882–1947) als „Bund der Frontsoldaten“ gegründet worden und hatte sich 1931 in Harzburg mit den Nationalsozialisten zusammengeschlossen. 1935 wurde er aufgelöst; die Neugründung erfolgte 1951.

75 Rudolf-Christoph Frhr. von Gersdorff (1905–1980), Generalmajor (Memoiren: Soldat im Untergang. Frankfurt/Berlin/Wien 1977; vgl. auch KEILIG S. 106).

76 Maximilian Frhr. von Weichs (1881–1954), Generalfeldmarschall (KEILIG S. 365).

77 Georg-Hans Reinhardt (1887–1963), Generaloberst (KEILIG S. 272).

Heck: Darf ich noch ergänzen. Es war unmittelbar nach der Erklärung des Bundeskanzlers ein General beim Kanzler, und es haben dann die genannten Generäle in einem Brief an den Kanzler unter Hinweis auf die Regierungserklärung den besonderen Dank ausgesprochen für die Bemühungen des Bundeskanzlers zur Freilassung der zurückgehaltenen Soldaten und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß der Bundeskanzler sich für die weitere Freilassung einsetzen würde. Das ist der Stand der Dinge. Die Briefe dürften in den nächsten Tagen hier eintreffen.⁷⁸ Es wird m.E. mitgeteilt werden, daß Bundesregierung und Bundeskanzler ermächtigt werden, diese Briefe zu veröffentlichen.

Simpfendorfer: Wir haben eine Versammlung gehabt in Stuttgart von solchen Generälen.⁷⁹ Da ist die Frage aufgeworfen worden, ob es nicht nötig sei, daß man diesen Herren ihre Pensionen wieder streichen würde.

Ehlers: Das 131er-Gesetz bietet solche Möglichkeit bei staatsfeindlicher Betätigung, die Feststellung einer solchen Betätigung ist eine schwierige Sache.⁸⁰ Aber man sollte nicht zu zaghaft sein in diesen Dingen. Jedoch wäre dazu jetzt der ungeeignete Augenblick, solange solche Verhandlungen laufen.

Lenz: Das war von Reichenau⁸¹ veranstaltet, offensichtlich mit Ost-Geldern.

Müller: Ich unterstütze alle Bestrebungen, welche auf den Gewinn aller früheren Mitglieder der NSDAP und des Offizierskorps gerichtet sind. Ich habe vor 14 Tagen einer Versammlung beigewohnt von 30 Teilnehmern, etwa 15 ehemaligen Generälen, darunter auch SS-General Stein⁸², und ich war erstaunt, wie positiv sich die ganze Zusammenkunft zu der Außenpolitik der Bundesregierung gestellt hat und geradezu erklärt hat, die Bundesregierung in dieser Politik zu unterstützen. Dabei kam auch etwas zum Ausdruck, was nicht übersehen werden sollte. Die Generäle stehen, soweit sie besondere Korps befehligt haben, die durch ihre Tradition heute noch sehr zusammenhängen, stark zusammen, so daß es teilweise nur ihres Anrufes bedürfte, um alle Angehörigen dieser Korps der politischen Linie folgen zu lassen.

78 Das von 32 Generälen unterzeichnete Schreiben vom 2. Dezember ging am 31. Dezember 1952 ein (BA Bestand Bundeskanzleramt: B 136/1881).

79 Das Treffen in Stuttgart-Feuerbach am 3. Dezember 1952 hatte etwa 160 Teilnehmer – jeder dritte im Generalsrang – zusammengeführt. Ost-Berlin soll das Treffen mit DM 50.000,– finanziert haben (JENKE S. 289f.; vgl. auch „Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung“ vom 13. Dezember 1952 und „Rheinischer Merkur“ vom 19. August 1955).

80 Das „Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des GG fallenden Personen“ vom 11. Mai 1951 (BGBl I S. 307–322), das die Rechtsverhältnisse der am 8. Mai 1945 im öffentlichen Dienst stehenden Beamten, Angestellten, Arbeiter und Be rufssoldaten regelt, definiert in § 9 als Dienstvergehen (u.a.), „wenn ein Ruhestandsbeamter oder ein früherer Beamter sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung betätigt“.

81 Ernst von Reichenau, Bruder des 1942 gefallenen Feldmarschalls Walter von Reichenau (JENKE S. 289).

82 Vermutlich Felix Steiner, General der Waffen-SS (SS-Obergruppenführer). Erinnerungen: Die Freiwilligen, Idee und Opfergang. Göttingen 1958.

Nun sehe ich die große Gefahr darin, daß es, glaube ich, auf die Dauer unerträglich ist, daß die ehemaligen Soldaten und Soldatenverbände als solche eine politische Tätigkeit entfalten. Ich bin der Meinung, daß das im Auslande einen äußerst ungünstigen Eindruck macht, wenn die Soldatenverbände, statt sich auf ihre eigentlichen Aufgaben zu beschränken, der Fürsorge usw., nun Politik machen, und sei es auch die Politik der Bundesregierung. Das Ausland wird es uns nicht glauben, daß nicht ein Rückfall in die alten Zeiten des „Stahlhelms“ eintritt, und ich glaube, man sollte mit den Herren auch darüber reden. Sie sollen in die Parteien hineingehen und ihre berechtigten Interessen pflegen, aber sie sollen nicht als Soldatenverbände Politik machen.

Ehlers: Ich bin einem dieser Herren in München über den Weg gelaufen, der sich in einer Weise vorstellte „General von ...“⁸³, und dann das zweite Wort war bereits eine Attacke auf die Dienststelle Blank, die sich seiner schätzenswerten Dienste nicht hinreichend versichert hatte. Aber er trat als Vertreter des Bayrischen Rundfunks auf in der Debatte. Solche Herren sollte man sich sehr weit vom Halse halten, aber das scheint mir keine Frage der grundsätzlichen Erörterung zu sein, sondern eine Frage der Entscheidung im Einzelfall.

Kaiser: Ich habe mit Herrn Arnold gesprochen. Es war unmöglich, ihn zu bewegen, heute abend noch hierherzukommen. Er hat mir Gründe gesagt, die es ihm unmöglich machen, aber er kommt morgen früh.

Ehlers: Ich möchte vorschlagen, mit Ministerpräsident Lübke in gleicher Weise zu telefonieren.

Wuermeling: Ich kann die Empfindungen, die ich im Augenblick über die innerpolitische Situation habe, mit einigen Sätzen zum Ausdruck bringen. Vielleicht kann ich an den Anfang folgenden Satz stellen: Die Beziehungen zwischen der Sozialdemokratischen Partei und der Regierungskoalition sind z.Z. auf einem Punkt angelangt, von dem ich glaube, daß er das äußerst Mögliche darstellt, was überhaupt an gegensätzlichen Spannungen unter dem Gesichtspunkt der Sicherung und Erhaltung unserer Demokratie noch tragbar ist. Wenn wir nach der Schuld fragen, das ist ja wohl schon gelegentlich zum Ausdruck gekommen, so dürfen wir, glaube ich, mit gutem Gewissen sagen, daß die Schuld für die Entwicklung, die eingetreten ist, und zwar zum Schaden des demokratischen Gedankens eingetreten ist, ganz entscheidend, wenn nicht ausschließlich bei der SPD liegt. Die SPD kämpft einfach um jeden Preis und auch um den Preis der Gefahr der Opferung wichtigster nationaler Interessen um die Macht. Das hat sich gezeigt in den ganzen letzten Jahren bei all den großen außenpolitischen Entscheidungen, die doch eine nach der anderen durch die spätere Entwicklung ihre Rechtfertigung erfahren haben, und das hat sich vor allem gezeigt in dem fast erfolgreich scheinenden Versuch, das Bundesverfassungs-

83 Hermann Ehlers war am 28. November 1952 zur Feier des 100. Geburtstages des Dichters Adam Müller-Guttenbrunn in München (vgl. „Münchener Merkur“ vom 1. Dezember 1952). – Name des Generals nicht zu ermitteln.

gericht nun als die höchste staatsrechtliche Instanz, die wir haben, noch in ihren Dienst zu stellen. Wir sind doch, wenn man die Dinge rückwirkend betrachtet, bei Schaffung des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht, bei unserem Zugeständnis der Zweidrittelmehrheit für die Wahl jedes Bundesrichters, einfach ein Opfer unseres Glaubens gewesen, daß man mit der SPD als einem fairen Partner einen Akkord treffen könne. An sich war der grundsätzliche Gedanke sicherlich gut, wenn man sagte: Wir wollen das Bundesverfassungsgericht über die Parteien stellen. Wir wollen deshalb sicherstellen, daß jeder Richter des Bundesverfassungsgerichts das Vertrauen der beiden großen Parteien genießt. Aber die SPD hat in den Verhandlungen im Richterwahlausschuß im stillen ganz eindeutig immer und immer wieder die Idee verfolgt: Wir müssen unsere Leute in dieses Gericht hineinbringen, um mit Hilfe dieses Gerichts der Bundesregierung Schwierigkeiten zu machen, wo und wie wir nur können! Und wir als CDU mit unserer immer wieder zutage tretenden Anständigkeit und Loyalität haben unsererseits die besten Kräfte, die uns verfügbar schienen, vorgeschlagen und ausgewählt, und die SPD hat die eben im gewissen Umfange dann geschluckt, insoweit als sie glaubte, daß diese Richter ihren Interessen nicht allzusehr entgegengesetzt sein würden, wobei sie natürlich unsere drei Leute in Kauf nehmen konnte. Nun stehen wir vor dieser – ich möchte sagen – geradezu fürchterlichen Situation, daß die Autorität des obersten Verfassungsgerichts in ganz ganz großer Gefahr steht, und es hat eigentlich auch heute abend noch niemand einen Weg gewiesen, wie wir aus dieser Situation wieder herauskommen sollen. Darf ich vielleicht mit wenigen Worten auf diese Dinge kurz eingehen:

Wenn wir unterstellen, daß die Entscheidung des zweiten Senats demnächst in unserem Sinne ergehen wird, dann ist noch lange nicht feststehend, daß die SPD nicht nach der Verabschiedung der Verträge durch die zuständigen Körperschaften die von ihr geplante Klage dann noch einreicht und daß wir dann doch noch zu einer Plenarentscheidung wegen beabsichtigter Abweichung des ersten Senats von dem Beschuß des zweiten Senats kommen, und dann wären wir an dem Punkt angelangt, den wir augenblicklich vermieden haben. Der Zeitpunkt ist dann nur wesentlich näher an den Wahlen. Der Bundeskanzler sagte, man brauche sich nicht über diese Möglichkeit [zu] unterhalten, aber irgendwelche Gedanken sollte man sich auch machen über die dann eintretende Situation. Es bliebe gar keine andere Möglichkeit, als zu versuchen, in irgendeiner Form zu einer Auflösung des Bundestags zu kommen, wieweit ich auch noch nicht sehe, daß ein neu gewählter Bundestag mit diesem Problem fertig werden soll. Ich beschäftige mich immer wieder mit dem Gedanken, ob man nicht in möglichst kurzer Frist schon zu einer Revision des Status beim Bundesverfassungsgericht kommen müßte, wozu auch aus anderen Gründen Anlaß besteht, weil man hört, daß die Arbeitsbelastung des Bundesverfassungsgerichts mit allen möglichen hunderten oder vielleicht tausend Fällen so groß ist, daß wir mit den zwei Senaten sowieso nicht weiterkommen und daß man dann in dem Rahmen dieser Revision des Bundesverfassungsgerichtsstatus auch den sonstigen allgemeinpolitischen Notwendigkeiten Rechnung tragen könnte. Man könnte

in diesem Zusammenhang auch daran denken, den Gedanken zu verwirklichen, der schon lange ventilert wird, diese Dreiviertelmehrheit für die Wahl der Richter zu beseitigen.⁸⁴

Das Gesetz bietet uns zu einer solchen Maßnahme eine recht gute Handhabe, indem tatsächlich eine Lücke vorliegt. Es steht im Gesetz, daß, wenn eine Nachwahl eines Richters binnen eines Monats zu erfolgen hat, es rechtens ist, aber es steht nicht drin, was ist, wenn diese Nachwahl nicht innerhalb eines Monats erfolgt, und diese Lücke könnte man ausfüllen, daß man sagt, wenn die Dreiviertelmehrheit nicht gelingt, daß dann mit einer einfachen Mehrheit der Beschuß gefaßt werden kann. Das ist immerhin eine Brücke, die sich nach außen hin wenigstens einigermaßen vertreten läßt.

Was das Verhältnis zwischen Opposition und Regierung im übrigen in der allgemeinpolitischen Situation angeht, darf ich doch noch einmal das sagen, was bisher nur geringfügig zum Ausdruck gekommen ist. Das, was sich jetzt in der vorvergangenen Woche im Bundestag abgespielt hat an Szenen, hat doch mehr unangenehme Gefühle hinterlassen, als es hier zum Ausdruck gekommen ist. Wir müssen unterscheiden einmal die sachliche Auswirkung der Argumentation der Regierungsparteien einerseits und der Opposition andererseits. Hier ist kein Zweifel, daß wir klarer erster Sieger gewesen sind. Die Koalition hat die Debatte gewonnen, aber das Parlament hat in seiner Gesamtheit eine Schlacht verloren m.E. Ich habe nicht nur allein mitunter das Gefühl, als könne man – ich bitte das nicht als Kritik aufzufassen – vielleicht die Szenen im Bundestag durch etwas schnellere und schärfere Handhabung der Ordnungsrufe doch eindämmen. In der Rede des Bundeskanzlers ist doch so viel von den politischen Gegnern nicht nur an Zwischenrufen, sondern an Lärm veranstaltet worden, daß ich das Gefühl habe, daß man da mit vier bis fünf Ordnungsrufen vielleicht etwas mehr erreichen können. Ich habe das Gefühl, daß jeder von uns, der irgendwelche Brücken persönlicher Art zur SPD hat, nun versuchen müßte, mit dem ihm irgendwie näherstehenden SPD-Abgeordneten in Ruhe über dieses Problem sich einmal auszusprechen. Letzten Endes gibt es da ja nun auch – leider nicht in der Mehrzahl – vernünftige Leute, die Verständnis dafür haben, daß sie auch ihrer eigenen Sache, weil der Demokratie, das Grab graben, wenn diese Dinge so weitergehen. (*Zwischenruf Ehlers*: Ich schätze, es sind nur drei!) Das Erschütternde ist das, daß bei dem Gros der SPD überhaupt der Wille zu echtem demokratischen Verhalten einfach nicht vorhanden ist und daß diese Abstammungsverwandtschaft mit der KPD und gegenüber dem Herrn Marx und sonstigen Methoden doch immer und immer wieder zum Ausdruck kommt, und wo die Herren an der Macht sind, nutzen sie sie einfach rücksichtslos aus, und wo sie die

84 Als notwendiges Quorum galt für die Wahl der Richter beim Bundesrat die Zweidrittelmehrheit, im Wahlmännerausschuß des Bundestags die Dreiviertelmehrheit (WENGST: Staatsaufbau S. 227; SCHIFFERS S. XXXVIIIff.).

Macht nicht haben, bedienen sie sich unlauterer Mittel, um eben so viel Macht auszuüben, wie es möglich ist, ohne daß Gewaltmaßnahmen geschehen.

Ich darf also nochmals sagen: Einen letzten Ausweg aus der Krise mit dem Bundesverfassungsgericht sehe ich selber noch nicht, und was das andere angeht, so müssen wir unsererseits alles nur Denkbare tun, ohne unsere Linie aufzugeben, um die SPD dazu zu bringen, ein etwas demokratischeres Verhalten im Interesse des Ansehens des Parlaments und des Bestandes der Demokratie an den Tag zu legen.

Ehlers: Der Herr Bundeskanzler hat aus guten Gründen erklärt, über das Bundesverfassungsgericht könne man heute nicht debattieren. Ich möchte sagen, ich habe auch einmal angetippt auf eine Revision des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes, aber ich würde doch meinen, eine Ad-hoc-Revision des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes würde in einer Weise im Volke wirken, die ich für viel gefährlicher halten würde als das, was jetzt spielt. Zur Frage der Lärmszenen im Plenum: Wenn Sie sich die letzte Rede des Herrn Bundeskanzlers angehört haben, ist sie zwar 95 mal unterbrochen worden, aber sie ist unterbrochen worden durch bestimmte lärmende Zurufe der KPD, immer wechselnd, und sie ist unterbrochen worden durch eine verhältnismäßig große Zahl von Zwischenrufen der SPD, die in ihrer überwiegenden Zahl sachliche Zwischenrufe waren, die man nicht mit Ordnungsrufen belegen kann. Die Vorstellung, daß man Zwischenrufe im wesentlichen mit Ordnungsrufen eindämmen könnte, ist eine etwas phantasievolle Vorstellung. Das mag man theoretisch denken, praktisch geht es nicht. Ich habe es einmal exerziert, insgesamt hat das nicht sehr viel geändert. Die Vorstellung, daß das der Ausweg wäre, scheint mir nicht realistisch genug zu sein. Wir sollten auch gar nicht so viel Angst haben. Der Hauptstoß von Briefen ist von Lehrern gekommen, und wenn mir ein Volkschullehrer schreibt, er habe mit Kindern der 7. Klasse gesprochen und habe nur Abscheu und Verachtung gelesen, scheint mir dieser Lehrer nicht gerade seine pädagogischen Aufgaben erfüllt zu haben, wenn er mir das auch noch mitteilt. Ich muß sagen, wir sollten das auch nicht überbewerten, zumal die Dinge auch nach meinen Eindruck am Rundfunk nicht so zutage getreten sind. Als Neumann aufsprang und „Lump“ schrie, habe ich Neumann sofort aus dem Saale gewiesen.⁸⁵ Als Dehler um 3.30 Uhr nachts das Wort ergriff, habe ich es für unsinnig gehalten, noch Ordnungsmaßnahmen zu ergreifen. Daraus hätte sich eine Schlägerei ergeben, die bis morgens gedauert hätte. Einige waren in einem Zustand, der nicht mehr als zurechnungsfähig bezeichnet werden konnte. Es ist unsinnig, zu erwarten, diese Leute mit Ordnungsrufen zur Ordnung bringen zu können. Blank hat auch nicht gerade zur Erleichterung der Situation beigetragen. Ich habe den Zwischenruf von Seuffert⁸⁶ geahndet. Ich bitte, sich zu überlegen, Seuffert ist ein honoriger Mann.

85 Vgl. Sten.Ber. 1.WP Bd.14 S.11486.

86 Walter Seuffert (geb. 1907), seit 1947 SPD, 1948–1949 Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrates, 1949–1967 MdB, 1964–1967 MdEP. Zum Zwischenruf Seufferts vgl. Sten. Ber. 1.WP Bd.14 S.11483f.

Seuffert hat mir einige Tage vorher gesagt, er rede nicht, weil die erstklassigen Leute die Reden halten sollten. Am dritten Tage wird der Mann verrückt und schreit „Besoffen“. Im übrigen hat Blank in einer Lautstärke geredet, als ob er die IG-Bergbau auf freiem Felde zwischen Essen und Dortmund versammelt hätte. Das hat auch nicht gerade dazu beigetragen, daß die Leute ruhiger wurden. Ich habe doch sehr bewußt das Experiment gemacht zu reden, daß die Leute zuhörten, und es hat sich gezeigt, daß es geht. In der sachlichen Schärfe der Auseinandersetzung glaube ich nichts weggestrichen zu haben. Vielleicht sollten wir noch einige Erfahrungen im eigenen Bereich in uns aufnehmen.

Zimmer: Der Bericht von Wuermeling ist doch so wichtig, daß man doch einige Gedanken austauschen sollte darüber. Als Schumacher gestorben war, hatte man zunächst die leise Hoffnung, daß durch den Fortfall seines explosiven Temperaments zwischen Opposition und Regierung eine Form der parlamentarischen Arbeit gefunden würde, die den Gesamtinteressen der Demokratie zuträglicher wäre. Eine der größten Enttäuschungen ist, daß diese Erwartung nicht eingetreten ist, daß die Frontstellung anläßlich dieser großen Debatte sich verhärtet hat in einer Form, die bis an die äußerste Grenze des Tragbaren geht. Ich weiß nicht, ob Sie dieselben Gefühle haben wie ich. Ich sehe mit größter Besorgnis dem Schicksal der deutschen Demokratie entgegen, wenn es nicht gelingt, das Verhältnis der immerhin am straffesten organisierten Partei, politischen Partei, die ihre Massen sicherlich am besten hinter sich hat, zur Regierungskoalition zu ändern anläßlich dieser schicksalhaften außenpolitischen Situation. Die Fronten sind so gefestigt und verhärtet, daß man im Augenblick natürlich von unserer Seite aus nichts tun kann. Man kann nur hoffen, daß sich dieser Zustand durch einen gewissen Zeitablauf mildern könnte. Diese Hoffnung ist aber deshalb im Augenblick schlecht am Platze, weil die wichtigsten Entscheidungen noch bevorstehen. Wie soll das weitergehen? Der Osten schaut jetzt mit Wohlbehagen auf diese Situation, auf diese Zerreißung der demokratischen Kräfte im Volke, und man kann natürlich nicht sagen, die SPD sei eben eine solche Partei, aber sie ist ein Hauptfaktor der Demokratie in ihren Massen. Deshalb kommt die Frage: Gibt es wirklich keine Möglichkeit, von einem dritten Punkte aus hier sachte und weise, aber zielbewußt auf eine Auflockerung der Fronten hinzuwirken?

Ministerpräsident Arnold verkörpert eine Autorität aus den besonderen Fällen seiner Situation und Stellung, die wir in dieser Art sonst nicht in unserer Partei haben. Er hat durch die Gewerkschaften enorme Beziehungen, ist sehr geschätzt in den Gewerkschaftskreisen und wirft sich nicht die Frage auf, ob nicht von diesem dritten Standpunkt aus der höchsten demokratischen, nationalen Verantwortung einiges unternommen werden sollte, um wenigstens in den nächsten Monaten zu einer besseren Form der demokratischen Kräfte zu kommen? Ich kann das nur andeuten, aber bitte, Sie verstehen, was ich damit erreichen will. Keine Partei wird ein Opfer bringen wollen nach außen. Das ist vielleicht im Augenblick auch nicht notwendig, aber etwas muß geschehen. Man kann m. E. die Dinge nicht so treiben

lassen. Wir sind die Partei, die vor der Geschichte des deutschen Volkes die Hauptverantwortung trägt, und daß die Dinge nicht wieder wie 1932 treiben gelassen werden, ist der Grund, daß wir rechtzeitig den Wechsel versuchen müssen, die demokratischen Kräfte wenigstens, wenn auch nur formell, auf ein Minimalprogramm zu verpflichten, und daß wir die Opposition dadurch dahin bringen, natürlich unter Schonung ihrer Stellung, daß sie zu einer anderen Form der Zusammenarbeit kommt, wobei wir natürlich nicht als die alleinigen Sieger nachher gelten können. Für meine Begriffe spielt dabei die Person Arnolds aus seiner Stellung heraus eine besondere Rolle. Vielleicht werden seine engeren politischen Freunde mehr dazu sagen können. Ich möchte mich nicht darauf beschränken, es gewerkschaftlich anzusehen, aber aufgrund der Stellung Arnolds habe ich so gesprochen.

Kiesinger: Ich teile die Besorgnisse von Herrn Zimmer. Ich selbst habe die SPD mehrfach beschworen, das Existenzminimum der Demokratie nicht leichtsinnig zu verbrauchen. Ich will mich auch nicht gegen einen Versuch aussprechen, an die SPD zu appellieren. Die Frage ist, ob die SPD sich in der Lage befindet oder vor den Bundestagswahlen bereit ist, ihren bisherigen Kurs zu ändern oder auch nur nicht mehr zu verstärken. Ich bin persönlich überzeugt, daß sie alles tut, um noch aktiver, noch aggressiver zu werden, weil die Tendenz da ist, unter allen Umständen an die Macht zu kommen. Das Schlimme ist dies, das die breite Masse, die Funktionäre, die eigenen Leute in der SPD, eine völlig andere Stimmung haben und selbst heute ein führender SPD-Mann, wenn er anders wollte, gar nicht anders könnte, weil er sofort von denen, die nur darauf warten, selbst an die Führung zu kommen, dann verdrängt werden würde, und zwar mit Hilfe dieser Masse der kleinen Leute. Der Appell an unsere Verantwortung ist zweifellos berechtigt. Er ist es auch nach einer anderen Seite hin. Herr Wuermeling hat nicht die Vorgänge im Rahmen der Freien Demokratischen Partei gestreift. Natürlich müssen uns diese Vorgänge zu denken geben. Es ist sicherlich nicht zu wenig gesagt, festzustellen, daß der Liberalismus auch hier wieder zu Ende geht. Was in Württemberg-Baden sich noch abspielt, ist ein Nachhutgefecht. Ich glaube, es könnte eines Tages dazu führen, daß etwas Ähnliches sich vollzieht, was sich unter Bismarck⁸⁷ vollzogen hat, als die Liberalen sich trennten. Eines Tages wird es so kommen, und wir werden eines Tages wieder die Entwicklung zur Staatspartei usw. haben. Das ist das große Fragezeichen, denn die anderen schauen nach rechts, ohne ein bestimmtes klares politisches Programm zu haben. Es ist einfach der Wille von rechts her, wo man spürt, man könnte noch Menschen bekommen, diese aufzunehmen, und man ist nicht konservativ, man ist nicht liberal, man ist eben charakterlos national-liberal. Es wiederholt sich also ein Vorgang, den wir schon einmal hatten.

⁸⁷ Otto von Bismarck (1815–1898), Reichskanzler. Im Streit über die Schutzzollgesetzgebung hatten sich 1878 die Nationalliberalen gespalten. – Zu den Auseinandersetzungen in der baden-württembergischen FDP wie auch der Bundes-FDP vgl. ADAM in FDP/DVP IN BADEN-WÜRTTEMBERG S. 220–254, hier S. 229f.; RÜTTEN S. 238–247.

Wenn wir von unserer Verantwortung ausgehen, könnte vielleicht folgendes gesagt werden: Innerhalb der liberalen Welt vollzieht sich in unseren Tagen eine sehr beachtenswerte Revision des Weltbildes, und zwar eine solche, die uns viele Leute von drüben sehr nahebringt. Ich bin der Meinung, daß die Christlich-Demokratische Union etwa nach dem Vorbild, wie es von vornherein in Berlin geschehen ist, viel stärker als bisher sich an diese Kräfte wenden sollte und versuchen sollte, gerade sie, die noch um eine echte und grundsätzliche Entscheidung ringen, die weder in diesen toten Winkel geraten wollen, wie in der Weimarer Zeit zur Staatspartei hin, noch in einen gesinnungslosen, konzeptionslosen Haufen, der eben sich dann wieder Sammlung der nationalen Rechten nennt, diese Leute stärker als bisher anzusprechen. Dazu gehört allerdings eine Anstrengung und die Beseitigung einer Reihe von Ressentiments. Das Schlagwort des Anti-Klerikalismus, das in Bad Ems gefallen ist⁸⁸, sollten wir nicht ganz leichtfertig zur Seite schieben, sondern sollten uns fragen, ob wir in allen und jedem bereits die bestimmte richtige Sprache gefunden haben, um uns an die Adresse dieser Leute zu wenden. Wir sind nun einmal eine politische Partei, und ich weiß aus Unterhaltungen mit Leuten, die dorther kommen, daß sie versuchen, einen Kontakt zu halten, aber gewisse Vorbehalte haben und gewisse Bedenken haben, die sich vielleicht überwinden lassen würden. Das ist auch eine sehr ernste und sehr wichtige Frage. Beide Fragen, der Appell an die Sozialdemokratie, die Verantwortung, die wir dahin haben, und der Appell dort hinüber, und die Verantwortung, die wir nach dieser Richtung haben, hängen natürlich aufs engste miteinander zusammen.

Cillien: Es ist auch meine Überzeugung, daß trotz aller Sorgen augenblicklich das Verhältnis zur SPD nicht zu revidieren ist. Sie hat uns das tödlich übelgenommen, daß wir die Mehrheit bekommen haben, und darüber kommt sie nicht hinweg. Aber eine Bemerkung ist mir sehr wichtig. Es wurde gesagt, es käme auch darauf an, wie unsere Leute sprechen. Ich darf hinweisen auf eines: Ich war erstaunt, als von der Bundesgeschäftsstelle aus auf einmal mit einem großen Aufwand Rednerschulung betrieben wurde, und zwar aus der sehr richtigen Erkenntnis heraus, daß vielfach die Sprechweise heute nicht mehr angeht.⁸⁹ Ich habe dieselben Sorgen im kirchlichen Raum. Es gibt eine Reihe von Pastören, und zwar beider Kirchen, die einfach stimmlich nicht mehr ertragen werden, weil sie nicht mehr hineinpassen in unser Heute.

Es ist unglaublich, was für Unarten wir als Redner haben. Zum Teil liegt es an der Stimmlage, die entweder anspricht oder nicht anspricht. Herr Ehlers hat völlig recht. In dieser späten Nachtstunde ist seine Rede völlig ruhig hingenommen wor-

88 4. FDP-Bundesparteitag vom 18.–22. November 1952 in Bad Ems (Bericht über den Parteitag in RÜTTE, S. 243–247). Die sehr scharfe Betonung des „Antiklerikalismus“ durch Maier und andere ging auf den durch den Bischof von Mainz, Albert Stohr, ausgelösten Schulstreit in Rheinland-Pfalz zurück.

89 Vgl. Nr. 12 Anm. 36.

den. Um so erstaunter bin ich – ich höre eben –, daß Bundestagsabgeordnete an dieser Rednerschulung nicht teilnehmen. Das muß ich ganz außerordentlich bedauern. Zumaldest müßte jeder einmal vor das Magnetofonband, um seine Stimme wirklich zu hören. Es gibt nichts, was einen Redner so demaskiert, als wenn man ihm seine Stimme vorsprechen läßt am Magnetofon. Ich bedauere, daß auch Leute darunter waren, die etwas Wesentliches zu sagen hatten und die stimmlich nicht in Ordnung waren, auch zum Teil einfach ermüdend wirkten, weil sie ständig in derselben Höhenlage waren. Ich muß sehr darum bitten, wenn schon die Bundespartei so viel Kraft, Zeit und Geld aufwendet, daß man nicht anfängt bei den kleinen Geschäftsführern unten, sondern bei denen, die über den Rundfunk gehört werden. Mir ist es sehr ernst mit dieser Angelegenheit. Wir sind heute alle verwöhnt durch das zum Teil sehr gute Sprechen der Leute im Rundfunk. Unsere Menschen sind einfach nicht mehr gewillt, jede Art von Menschen anzuhören. Dabei kommt es einfach auf die Art und Weise des Sprechens an. Es wurde zum großen Teil viel zu laut geredet; damit wird eine Unruhe und Spannung in das Haus hineingetragen. Es kann niemand sich ein Gebrüll stundenlang anhören, dann wehrt er sich, indem er auch brüllt. **** Ich glaube, so viel Zeit müßte schon übrig sein, auch im Hinblick auf den kommenden Wahlkampf, daß das, was den kleinen Funktionären beigebracht werden soll, auch denen vorexerziert wird, die die Führung haben.

Ehlers: Ich glaube, daß es schwer sein wird, Bundestagsabgeordnete zur Rednerschulung zu bekommen, aber die Anregung, daß man sie alle ihrer eigenen Stimme gegenüberstellen sollte, scheint mir außerordentlich wichtig zu sein.

Strickrodt: Es war gut, daß wir einmal darauf eingegangen sind. Wir brauchen nicht gleich daran zu denken, daß nun doch unter Umständen im Frühjahr Wahlen sein werden. Man muß wissen, woran man ist. Gewiß haben die Dinge mit der SPD sich unerhört verschärft, aber wenn man den politischen Alltag miterlebt, sehen die Dinge nicht immer so gefährlich aus. Wenn man das Glück hat, als gelernter Politiker auch bescheidener Staatsbürger sein zu können, also in Kreisen umzugehen und in Situationen mitzuwirken, in denen man nicht als Politiker tätig wird, sondern in einer wirtschaftlichen oder sonstigen Funktion, dann zeigt sich doch unsere SPD, und die SPD-Leute zeigen sich von einer ganz anderen Seite. Wenn ich also als einfaches Mitglied der Industrie- und Handelskammer an den Ausspracheabenden teilnehme oder im Finanzausschuß dieser Kammer über die Erhöhung der Kommunalsteuern mit der Sozialdemokratie zu verhandeln habe ..., die Bekenntnisse so schöner Seelen, die man da zu hören bekommt, würden einem Tränen entlocken, wenn man die Leute nicht kennen würde. Das sind ja gar keine Sozialisten mehr. Das ist im Wege der Evolution so schön zu lösen, und die Betreffenden in höheren Ämtern sind alle so friedlich geworden, so gelb geworden, daß man diese ganze politische Aufregung in Bonn gar nicht mehr erklären kann. Diese Leute haben keinerlei politische Substanz mehr. Sie lügen danach aus, ob man ihnen eine Brücke bietet.

Nun das Gegenbild: Wie verhalten sich unsere bürgerlichen Leute dabei? Ich muß sagen, sie sind oft wirklich eingeschlafert, und wenn sie im Lande jahrelang die

Amtsträger in der Gestalt von Sozialdemokraten haben, dann entwickelt sich ein Fatalismus und eine Psychologie, auch eine praktische Psychologie diesen Leuten gegenüber, man könnte das als perfekten Anpassungsvorgang bezeichnen. Wenn ich mir die Situation so ansehe, springt kaum noch ein politischer Funke über. Wie man da einen Wahlkampf führen will, und zwar von beiden Seiten, scheint einem manchmal etwas sonderbar. Z.B. wird gesagt: Wenn der Herr Oberbürgermeister, ein ausgemachter Sozialdemokrat, bei uns kandidieren würde für den Bundestag, er würde doch viele Stimmen bekommen und wohl politisch durchkommen, und das sieht man gar nicht einmal sehr ungern, man hat sich einander angepaßt! Da oben wird gefochten, und da unten macht man in falscher Brüderlichkeit. Ich möchte den Ruf unterstützen: Wir müssen Leute herbeirufen, die uns mit gewissen Ideen, die sie schon öffentlich vertreten haben, einmal zur Verfügung stehen, und wollen prüfen, was wir dazu zu sagen haben. Meine Erfahrung geht dahin: Ohne ein klärendes Wort und an die Sache heran gehendes Wort zu dem, was man gemeinhin sozial nennt, kommen wir nicht mehr weiter. Wir wollen es nicht uns von anderen Leuten abnehmen lassen, daß sie die Frage der Beteiligung des einzelnen, der Familie oder des Berufsstandes am Sozialprodukt ihrerseits klären. Unsere ganze Steuerpolitik ist voll von diesen Problemen. Warum drücken wir uns auch als Partei an den Sachaufgaben, die vorhanden sind, vorbei? Warum lassen wir unsere Ausschüsse nicht arbeiten? Wann bietet uns ein Ausschuß ein Substanz enthaltendes Problem? Ministerpräsident Arnold war fast der einzige, der in den letzten Jahren wenigstens ein Thema genannt hat, an dem man sich sachlich irgendwie abgearbeitet hat. Wenn wir uns nicht an die Sachaufgaben irgendwie wieder emporzuretten wissen, kommen wir über das taktische Spiel, daß wir mehr an anderen kritisieren, nicht mehr weiter hinaus.

Tillmanns: Wir haben vom Berliner Parteitag her die Aufgabe, den Auftrag, besser gesagt diese Aufgaben in Angriff zu nehmen. Das ist schon dadurch geschehen, daß wir hier die Vorsitzenden aller beteiligten Ausschüsse unserer Partei zu einer gemeinsamen Aussprache hatten⁹⁰ und zunächst einmal geklärt haben, welche Aufgaben die einzelnen Ausschüsse haben, und die Vorsitzenden haben sich bereit erklärt, bis zum 20. Dezember 1952 einen ersten Entwurf dessen, was sie erarbeitet haben, vorzulegen. Leider liegen die Dinge noch nicht vor, aber ich hoffe, sie sind in guter Bearbeitung, so daß wir in den nächsten Tagen und Monaten unsere Hauptaktivität auf diese Dinge richten müssen. Leider ist es dadurch, daß die Dinge in Bonn weiterschwelen, ein bißchen verzögert worden.

Strickrodt: Vielleicht können wir einmal uns berichten lassen über den Parteitag der Freunde in Italien, der Democrazia Cristiana.

Simpfendorfer: Ich sehe jetzt keinen anderen Ausweg mehr, als der SPD einen Kampf aufs Messer zu liefern. Dafür müssen allerdings die Voraussetzungen geschaffen werden. Auf der anderen Seite gestehe ich offen, daß einige von uns aus

90 Vgl. Nr. 15.

dieser Besprechung herausgehen mit einem sehr starken Pessimismus im Blick auf diesen Kampf. Dr. Ehlers, Kampf bis aufs Messer beinhaltet noch nicht, was das für ein Kampf ist oder sein soll.

*Zimmer*⁹¹: Man kann hoffen auf eine Volksaufklärung. Ich für meine Person bin doch sehr im Zweifel darüber, ob es nicht besser gewesen wäre, die ganze Angelegenheit mit den Verträgen doch durchzukämpfen. Wir sind agitatorisch in eine schwierige Lage gekommen. Ich bitte den geschäftsführenden Vorstand, nach der Richtung hin einmal Überlegungen anzustellen. Gut, die SPD hat ein doppeltes Gesicht, sie führt in Bonn den heftigsten Kampf und im Lande spielt sie den Jovialen, zum Teil neuerdings auch auf der mittleren Ebene, besonders aber die Funktionäre der Kommunalpolitik verwischen die Grenzen und suchen Vertrauen zu erwerben. Es ist die Gefahr der Verwischung der Fronten in der mittleren Ebene absolut gegeben, wobei zu bedenken ist, daß die Sozialdemokratische Partei einen starken linken Flügel hat, und das ist ihr brutalster, der in enger Verbindung steht mit der KPD. Man wählt sich gegenseitig; die KPD stimmt für die SPD. Es sind auch Fälle, wo der linke Flügel der SPD für die KPD stimmte. Es ist also eine wachsweiche Sache in der Gefahr, daß der linke radikale Flügel im Endergebnis siegt und die sogenannten gemäßigten Funktionäre der unteren Stufen die Aufgabe haben, das Volk zu täuschen. Ich bitte nicht zu sehr zu hoffen auf die liberalen Kräfte. Nach meinem Gefühl laufen die Dinge mit der DVP. Ich sehe da keine Anschmiegeung an uns. Ich bin dafür, ein klares Programm herauszustellen und die Fronten für den Wahlkampf abzugrenzen. Von unserer Sicht aus sind Wahlbündnisse nicht tragbar, und mit der DVP schon gar nicht in Südwestdeutschland. Wir können es nicht ertragen bei der Ära, die uns gegenübersteht. Ich bitte unsere Freunde, wenigstens vorläufig jeden Griff auf das Land Rheinland-Pfalz zu unterlassen. Wir könnten es nicht mehr ertragen. Das Land Rheinland-Pfalz scheint mir im Augenblick eine wesentliche Stütze des Kanzlers zu sein. (*Zwischenruf*: Das hat im Augenblick niemand vor!) Wir haben genug erlebt auf dem Gebiet. Im übrigen kommt es mir wesentlich darauf an, die programmativen Grundlagen der CDU für den Wahlkampf klar herauszustellen.

*Gurk*⁹²: Die Anliegen, die Herr Zimmer vorgetragen hat, teilen wir wohl alle. Aber, wie bekommen wir es hin? Bei der Verfilzung der Front scheint es kaum mehr möglich zu sein, die SPD auf einen anderen Standpunkt zu bringen. Auch wir müßten Federn lassen, aber, wie das geschehen soll, weiß kein Mensch. Es ist richtig, daß wir mit einem klar umrissenen Parteiprogramm für die Bundestagswahlen herauskommen müssen. Sehen Sie sich das Programm der Sozialdemokratie von Dortmund an.⁹³ Dieses Programm verspricht allen alles, es ist derartig verwaschen und geschickt aufgezogen, ich möchte fast meinen, daß die hervorragendsten Mitar-

91 Erschlossen – vgl. Anm. 50.

92 Erschlossen – vgl. Anm. 50.

93 Vgl. Nr. 15 Anm. 2.

beiter von Goebbels bei diesem Programm Pate gestanden haben. Es sind stellenweise dieselben Formulierungen darin enthalten. Man spricht Menschen mit den alten Parolen an, und ich befürchte, man gewinnt sie damit. Wir haben es sehr schwer, mit entsprechend zugkräftigen Parolen zu kommen. Es ist leider Gottes so im politischen Leben, daß die Menschen sich nicht durch gescheite Reden überzeugen lassen, sondern durch Schlagzeilen. Wir müssen also ein klares, zugkräftiges Programm haben, das wir dem Dortmunder Programm der SPD entgegenstellen können, und es muß in knapper und klarer Form herausgebracht werden, daß wir damit einen Wahlkampf bestreiten können.

Süsterhenn: Erfolge auf der Ebene der Politik werden von den breiten Massen sehr schnell vergessen. Deshalb ist es für das Bestehen der Wahlschlacht entscheidend, daß bis zu diesem Termin noch ganz reale Erfolge aufzuweisen sein werden und aufgewiesen werden können, und diese Erfolge müssen primär auf dem Gebiet der Außenpolitik liegen. Dahin tendiert auch die ganze Politik der SPD. Wenn es der SPD gelingt, die außenpolitische Konzeption des Bundeskanzlers zu zerschlagen und den Bundeskanzler und die CDU dahin zu bringen, daß sie außenpolitisch mit leeren Händen in die nächsten Wahlen hineingehen und die ganze Europapolitik so oder so gescheitert ist, davon verspricht sich die SPD den unmittelbaren Wahlsieg, und ihre ganze Arbeit ist lediglich auf diesen Wahlsieg ausgerichtet. Den Vorschlag Zimmers, daß Ministerpräsident Arnold mit der SPD verhandeln und an ihr moralisches Verantwortungsgefühl appellieren sollte und auf die große Gefahr für ein Auseinanderfallen der deutschen Demokratie hinweisen soll, man mag ihn versuchen; ich bin nicht davon überzeugt, daß das den geringsten Erfolg haben wird. Wenn Arnold überhaupt für die SPD als ein Gesprächspartner erscheint, dann nur aus dem Gesichtspunkt heraus, weil die SPD in Arnold einen Mann erblickt, der evtl. zu gegebener Zeit einmal bereit wäre, mit der SPD eine Koalition nach Möglichkeit nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern darüber hinaus auch im Bunde zu inaugurierten. Ein rein parteipolitisches Machtstreben steht hinter der SPD. Dort, wo die SPD in der Verantwortung steht, in den Kommunen und auch in einzelnen Ländern, dort ist sie doch einigermaßen noch vernünftig und hat auch Ansätze zu einem gewissen Verantwortungsbewußtsein und fügt sich der Tatsache, daß man nicht mehr ausgeben kann, als man im Säckel hat, und zeigt stark realpolitische Erscheinungsformen und Ansätze. Überall, wo sie nicht im Besitz der Macht ist, betreibt sie ganz radikale und verantwortungslose Opposition. An dieser verantwortungslosen und radikalen Opposition wird sich einfach bis zu den Bundestagswahlen auf Seiten der SPD gar nichts ändern können, wenn sie nicht selbst die Chancen für die Bundestagswahlen preisgeben will. Insofern wird uns auch beim besten Willen unsererseits nichts anderes übrigbleiben, als diesem Kampf bis aufs Messer, den die SPD hier in Bonn gegen uns und unsere Politik führt, mit aller Energie und Grundsatzfestigkeit zu begegnen und alles zu versuchen, um auch in diesem letzten uns zur Verfügung stehenden Legislaturabschnitt möglichst viel an realen Erfolgen zu erzielen und insbesondere die Außenpolitik des Bundeskanzlers zu einem so sichtbaren

Erfolg zu bringen, daß auch der kleinste Mann merkt, dieses Europa ist nicht mehr bloßes Gerede, sondern wird auch eine irgendwie greifbare Realität. Ich weiß nicht, ob ein offizieller Versuch einer exponierten politischen Persönlichkeit wie Arnold nicht auf der Gegenseite als Schwächezeichen ausgedeutet werden könnte.

Darüber sind wir uns vielleicht klar, daß es vielleicht falsch war, bevor das Problem des Südweststaates im Bundestag mit einem großen Elan angegriffen wurde, dieses Problem kein einziges Mal in einer Bundesvorstandssitzung sachlich zur Erörterung gelangt ist und man in diesem Rahmen sich nicht einmal wenigstens versucht hat, über die möglichen politischen Konsequenzen einer derartigen Maßnahme klarzuwerden. Man hat das aus einer gewissen Begeisterung für die Schaffung von großräumigen Ländern heraus mitgemacht, aus einer Begeisterung, die im wesentlichen von den heutigen Trägern der Stuttgarter Koalition im Volke und von der ihr hörigen Presse verbreitet worden ist. Ich glaube, daß man Herrn Gurk, der zu den gebrannten Kindern gehört, dankbar sein soll, daß er das Thema Rheinland-Pfalz zum ersten Male zum Gegenstand einer Aussprache in einer Bundesvorstandssitzung gemacht hat. Wir müssen uns im klaren sein: Wenn auch dieses Land verschwindet und diese vier Stimmen im Bundesrat der jetzigen Bundesregierung oder einer gleichartigen künftigen Bundesregierung verlorengehen, ist der Bundesrat wirklich das perfekte Sabotage-Instrument der sozialistisch geführten Länder. Und man mag unter raumplanerischen Gesichtspunkten oder sonstigen schönen Gesichtspunkten, wie sie Artikel 29 Grundgesetz aufzählt, anfangen, von Volkstum bis zur Geschichte usw. ideale theoretische Dinge sich ausdenken, um eine theoretische perfekte Neugliederung durchzuführen, wenn wir nicht das Gefühl für politische Macht haben dadurch, daß wir dafür sorgen, daß wir in den entscheidenden Gremien, Bundestag und Bundesrat, die notwendigen Mehrheiten haben, helfen uns alle diese raumplanerischen und sonstigen Ideale keinen Schritt weiter. Deshalb bin ich dafür, daß auch, trotzdem so ein gewisser verständlicher historischer Annexionsismus [!] auf dieser Klaviatur zu spielen falsch ist, und man sollte von unseren Freunden in Bayern keine Pfalzausschüsse einrichten⁹⁴. Man soll nicht den Versuch machen, wenn man es tut, das als Politik zu bezeichnen und diese Dinge dahin kommen zu lassen, daß vielleicht unsere bayerische CSU gegen Rheinland-Pfalz Sturm läuft, um die Pfalz im entscheidenden Endspurt nicht nach Bayern, sondern vermutlich auch noch zum Südweststaat gelangen zu lassen, eine Möglichkeit, die keineswegs von der Hand zu weisen ist.

94 Unmittelbar nach der Gründung des Landes Rheinland-Pfalz am 30. August 1946 bildeten Pfälzer den „Bund Bayern und Pfalz“, der die Wiedervereinigung Bayerns mit Pfalz zum Ziel hatte; in Bayern entstanden der Landesverband der Pfälzer in Bayern (Pfälzer) und der Bund der Pfälzfreunde. Erst nachdem das Volksbegehren vom 9.–22. April 1956 gescheitert war, gab die bayerische Staatsregierung das Ziel der Wiedervereinigung der Pfalz mit Bayern auf. Vgl. dazu Dokumente zur Geschichte von Staat und Gesellschaft in Bayern (hrsg. von Karl Bosl), Abt. III Bd. 9: Die Regierungen 1945–1962, bearb. von Fritz BAER. München 1976 S. 399, 516–542.

Tillmanns: Zum Verhältnis zwischen CDU und SPD: Ich stimme denen zu, die sagen, die SPD führe ihrerseits den Kampf bis aufs Messer, und das ist einfach eine Situation, die wir klar sehen müssen. Das mag stimmen. Die Frage ist nur, wie wir dem am wirksamsten begegnen. Ich bin nicht der Meinung, daß wir dem so am wirksamsten begegnen, daß wir mit denselben Methoden arbeiten. Erstens können wir es nicht, und zweitens ist das auch angesichts der gesamten Situation, die sehr labil ist, eine äußerst schwierige Angelegenheit. Eines der Argumente bezüglich der Verträge, wenn man der SPD ihre negative Haltung vorwirft und sagt: Ihr wollt ja nicht! Ihr habt es nicht versucht, kommt als Antwort. Wenn der Bundeskanzler mit Ollenhauer den Versuch machte, durch ein Gespräch mit Ollenhauer, selbst wenn es scheitert, so stärkt das unsere Position. Wenn wir alles tun, um den schlüssigen Beweis vor der Öffentlichkeit zu führen, daß trotz aller Bemühungen die SPD bei ihrem Nein beharrt, so stärkt das unsere Position. Deswegen bin ich nicht der Auffassung, daß es sich um die Alternative handelt, schwach oder hart, sondern allein um die Frage: klug!

Wir müssen uns darüber klar sein, es gibt in unserem Volke, in der Öffentlichkeit, bezüglich der Wirksamkeit politischer Parolen ganz verschiedene Schichten. Es ist durchaus richtig, was Fay gesagt hat, daß gewisse Schichten nur angesprochen werden können mit simplen, verhältnismäßig dick aufgetragenen Propagandaparolen, das stimmt; aber bei weitem stimmt es nicht für die gesamte Bevölkerung und vor allen Dingen nicht für die Kreise, die für uns ansprechbar sind, und das stimmt schon gar nicht für die heranwachsende junge Generation. Wenn man eines von der neu heranwachsenden Generation sagen kann, ist es eine geradezu mimosenhafte Empfindlichkeit gegen Schlagworte und nicht vollständig sicherstehende Parolen. Daher kommt die Distanzierung der jungen Generation von den politischen Parteien, weil sie nicht mehr an unsere Sachlichkeit glaubt. Wir sollten uns hüten zu sagen: Nur eine bestimmte Methode des Wahlkampfes garantire den Erfolg! Wir müssen auf ganz verschiedene Schichten und auf ganz verschiedene Einstellungen Rücksicht nehmen, und ich habe den Eindruck, und auch das öffentliche Echo über die letzte Bundestagssitzung zeigt das ja, daß unser Volk weitgehend Parteiengen-
zänk nicht mehr will und die SPD, die noch auf dieser Linie läuft, sich selbst das Grab gräbt eines Tages. Wenn wir nun nicht etwa zart und weitherzig der SPD entgegentreten, und etwas anderes bleibt im großen und ganzen auch der CDU nicht übrig, sondern klar und einfach und für das Volk verständlich dem Volk unsere positive politische und große Konzeption entgegensetzen und in das Volk hineinbringen, ich glaube, es bleibt nichts anderes übrig, als den Kampf klar und entschieden auf der Linie der CDU zu führen, wobei ich Herrn Strickrodt zustimme: Wir brauchen für die Bundestagswahlen für die gesamte Wirtschafts- und Sozialpolitik kein umfassendes und verschwommenes Programm, sondern wir brauchen klar herausgearbeitete und für die gegenwärtige Situation unseres Volkes eindrucksvolle Ziele und Punkte, die wir in diesem Wahlkampf herausstellen als die Absichten, die wir in den kommenden vier Jahren verwirklichen wollen. Ich glaube, wenn wir das fertigbringen, werden wir Erfolg haben.

Im übrigen hängt die Führung des Wahlkampfes davon ab, in welcher politischen Situation der Wahlkampf stattfindet. Daß es unser Ziel sein muß, vorher die Pläne unter Dach zu bringen, ist klar. Wenn das gelingt und einige Monate ins Land gegangen sind, wird sich im Volke ein Gefühl der Erleichterung durchsetzen, und wenn wir nach einigen Monaten wählen, werden wir in einer vollständig anderen politischen Situation wählen als heute. Die SPD will einen Wahlkampf, in dem die Wahlkampfparole noch ist: Für oder gegen die Verträge? Wenn jetzt der Bundeskanzler oder einige andere von uns mit der SPD sprechen, müßte einmal mit der SPD auch über eine Frage unter vier Augen gesprochen werden, ob sie wirklich Neuwahlen wollen kann. Meiner Ansicht nach kann sie das selbst nicht wollen. Man stelle sich vor, in welche Situation wir kommen, wenn unter dieser Parole Bundestagswahlen stattfinden. Die Nachbarn aus dem Osten werden doppelt so viel Geld in diesen Wahlkampf investieren als sämtliche anderen Parteien zusammen genommen, und es wird ein Propaganda-Katarakt auf unser Volk niederprasseln von einem Ausmaß, von dem wir uns keine Vorstellungen machen können. Wir können mit Neuwahlen über dieses Thema dem Bolschewismus keinen besseren Gefallen tun. Der Bolschewismus würde nicht arbeiten mit direkten kommunistischen Parolen, sondern mit Parolen, die getarnt werden so, daß alle wohlmeinenden Menschen des Volkes ihm zum Opfer fallen, jedenfalls weitgehend. Ob dann die SPD, wenn sie wirklich nach den Wahlen zur Regierung kommen sollte, auch zusammen mit den Besatzungsmächten das große Bündnis machen will, ist nicht entscheidend, entscheidend ist die Frage, ob die SPD dann noch es überhaupt machen kann. Durch einen solchen Wahlkampf kommt sie notwendigerweise in eine nicht mehr lösbare Tuchfühlung mit der KPD. Ob sie es dann noch machen kann?

Sie hat jetzt eine Version im Bundestag vertreten; sie will auch Westverträge, aber nicht so; eine solche Haltung wird sie nicht einhalten können; im Wahlkampf wird sie den Eindruck erwecken müssen, sie wolle das nicht, und damit wird sie sich eine Bindung auferlegen, so daß sie selber nachher nicht mehr verantwortungsvolle Politik treiben kann. Ich bin der Auffassung, wenn man einmal über diese Frage spricht, werden die vernünftigen SPD-Leute, und es gibt noch einige, zu der Einsicht kommen, daß das geradezu ein verhängnisvolles verderbliches Spiel überhaupt mit der Existenz unseres Volkes ist, überhaupt über diese Frage einen Wahlkampf zu führen. Das hat es in der gesamten bisherigen Geschichte noch nicht gegeben, daß ein Volk darüber abstimmt, ob es sich verteidigen will oder nicht. Dieses Verbrechen will die SPD begehen? Ich bin der Auffassung, daß sie es nicht wollen kann, und darüber sollte man mit Persönlichkeiten der SPD sprechen.

Kaiser: Das Verhältnis der SPD zu uns oder umgekehrt gehört nach meinem Dafürhalten zum Unglück der Nation. Ich urteile genauso darüber wie Zimmer, und wir sollten nicht in den Fehler verfallen, als wenn die Schuld nur auf einer Seite liege. Sie liegt auf mehreren Seiten. Sie liegt auch auf unserer Seite. Ich habe immer gesagt, und ich bedauere, daß der Kanzler nicht hier ist, denn er spricht ja morgen

oder Mittwoch mit dem Repräsentanten der SPD, Ollenhauer⁹⁵, und wir kennen Ollenhauer, und es ist schon von großer Wichtigkeit, daß dieses Gespräch die Themen berührt, die Tillmanns eben angesprochen hat, und daß es in ernsthafter Weise geschieht und daß mit letzter Aufrichtigkeit miteinander gesprochen wird. Ich bin der Meinung, von dem Verhältnis zueinander und von den beiden Parteien hängt das weitere Geschick unseres Volkes ab. Ich bin nicht der Meinung, daß die sozialdemokratischen Führer von unten her, von der Masse, in eine radikale Linie gedrängt werden. Immer dann, wenn ich in Essen das Wort ergriffen habe⁹⁶ und auch vor vielen Sozialdemokraten gesprochen habe, um klarzumachen, wie sehr es darauf ankommt auf ein besseres Verhältnis zwischen diesen beiden großen Gruppen, habe ich lebhafte Zustimmung auch in sozialdemokratischen Reihen gefunden. Wir sollen uns im Blick auf die kommenden Wahlen hüten, so etwas zu propagieren wie Bürgerblock auf der einen Seite gegen Arbeiterschaft auf der anderen Seite, dann würden wir dabei einen Reinfall sondergleichen erleiden. Deswegen ist es so wichtig, daß wir das angesprochen haben. Kampf bis aufs Messer, das ist nach meinem Dafürhalten eine ganz falsche Formulierung. So dürfen wir es nicht anpacken. Ich möchte auch wünschen, daß es gelingt, in Hamburg das Programm unserer Partei mit einer betont sozialen Note so klar und überzeugend auszudrücken, daß es uns gelingt, das Gros der Wählerschichten zu erhalten, nur dann wird es uns gelingen, eine mindestens so starke Partei wie die SPD zu bleiben, eine nach Möglichkeit stärkere Partei, und ich versuche immer in Versammlungen klarzumachen, warum wir neben dieser entschlossenen und geschlossenen Partei eine möglichst gleich starke, eine nach Möglichkeit – das muß ich unterstreichen – stärkere CDU sein müssen, die keine bürgerliche Partei schlechthin sein darf, sondern diese Partei ist und muß ein Größeres sein. Ich würde es begrüßen, wenn der Kanzler schon bei dem jetzt kommenden Gespräch mit Ollenhauer um eine Stufe vorwärtskommt. Ich kann mir nicht denken, daß die drüben mit Bezug auf den demokratischen Bestand nicht von vergleichbarer Besorgnis erfüllt sind wie wir.

Adenauer: Zum Teil haben Sie recht, oder der Teil ist richtig gesehen im Sinne des Wortes, oder, wie es früher gebraucht wurde, sind wir keine bürgerliche Partei. Wir sind eine nicht-sozialistische Partei, aber wenn Sie glauben, einen Schritt näherzukommen in irgendeinem Gespräch mit Ollenhauer, dann weiß ich nicht nach welcher Richtung hin. Ich bin der Auffassung, daß die heutige Sozialdemokratische Partei durch die Führung von Schumacher einfach zu einer totalitären Partei geworden ist, die sich mit dem Staate gleichsetzt. Bei der Sozialdemokratie ist leider Gottes Partei und Staat identisch, und sie erkennt keine andere Partei an. Das Verhalten der Sozialdemokratie in allen diesen Dingen ist sonst schlechterdings

95 Die Aussprache zwischen Adenauer und Ollenhauer fand am 18. Dezember 1952 statt (vgl. AdG 1952 S. 3802; ADENAUER: Erinnerungen 2 S. 188f.).

96 Vermutlich Anspielung auf den Essener Kongreß der CDA vom 18.–20. November 1950 (vgl. KOSTHORST S. 264f.).

nicht zu erklären. Es ist z.B. auch nicht zu erklären, daß Erler⁹⁷ und Ollenhauer im Bundestag sich hinstellen und Behauptungen aufstellen und Fragen an mich richten, über die sie in vertrautesten Besprechungen vorher orientiert gewesen worden sind, z.B. die Frage Ollenhauers: Wo wollen Sie die 40 Milliarden herbekommen, die zur Aufrüstung nötig sind? Dabei weiß er genau, es ist ihm vertraulich mitgeteilt worden, daß die Amerikaner uns erklärt haben, sie würden uns mit den neuesten Waffen etwa in dieser Summe beliefern. Das wußte er. Trotzdem stellte er diese Frage. Ich hatte eben eine sehr lange Besprechung mit Mr. Reber und habe mir eine Niederschrift mitgebracht: Ein prominentes Mitglied der Sozialdemokratischen Partei – ich kenne den Namen⁹⁸ – macht einem Beamten der Bundesregierung gegenüber folgende Ausführungen über die künftige Außenpolitik der SPD, es sei davon auszugehen, daß die Verträge durch die Ereignisse der letzten Tage so gut wie tot seien. Es sei noch nicht klar, ob das Bundesverfassungsgericht die Klage der Regierungskoalition entgegennehmen wird. Es sei zweifelhaft, ob der zweite Senat aufgrund der jüngsten Ereignisse geneigt sei, die Rechtsauffassung der Bundesregierung uneingeschränkt zu billigen. Selbst wenn dies der Fall sei, könnte die dritte Lesung frühestens Ende Januar stattfinden. Ihr würde unmittelbar eine Normenkontrollklage der SPD vor dem ersten Senat folgen. Auch hierüber würde viel Zeit verstreichen. Falls die Meinungen des ersten und zweiten Senats divergieren, müßte das Plenum des Bundesverfassungsgerichts eine Entscheidung treffen. Aufgrund der jüngsten Ereignisse sei mit Sicherheit anzunehmen, daß dieses Gremium den Standpunkt der Bundesregierung jetzt noch weniger teilen werde als zuvor. Auf alle Fälle würden durch diese Instanzenzüge solche Verzögerungen eintreten, daß eine rechtskräftige Ratifikation von deutscher Seite allenfalls erst mitten im Wahlkampf, wenn überhaupt, erfolgen könnte. Diese Ereignisse auf deutscher Seite könnten nicht verfehlten, auf italienischer und französischer Seite ähnliche Verzögerungen auszulösen, so daß auch in diesen Ländern mit einer Ratifizierung vor dem Sommer nicht mehr zu rechnen sei. Inzwischen wird in Amerika ein ganz neues Team von Männern an die Macht kommen, die zwar keine abrupte Wendung der amerikanischen Außenpolitik herbeiführen würden, wohl aber aus den Fehlern Achesons zu lernen bereit seien. Insbesondere würden sie weniger als Acheson geneigt sein, in die Rüstung Frankreichs Gelder hineinzustecken, die sich doch nicht lohnen. Auch die Korea-Frage würde man versuchen einer Lösung entgegenzuführen. In Korea gäbe es vier Lösungsmöglichkeiten: 1. Ein Rückzug, der aber aus politischen Gründen unmöglich sei. 2. Eine Offensive, wie sie vorgeschlagen worden ist, gegen die aber

97 Fritz Erler (1913–1967), seit 1931 SPD, 1945–1949 Landrat (bis 1946 von Biberach, dann von Tuttlingen), 1946–1947 MdL Württemberg-Hohenzollern, 1949–1967 MdB (außen- und militärischer Sprecher der SPD, 1964–1967 Fraktionsvorsitzender), 1964–1967 stv. Vorsitzender der SPD. Vgl. Hartmut SOELL in DEMOKRATEN S. 121–131; DERS.: Fritz Erler.

98 Lenz vermutet, daß die Informationen aus dem SPD-Vorstand von Fritz Baade stammen (vgl. Lenz-Tagebuch, 15. Dezember 1952).

die Engländer ihr Veto eingelegt haben. 3. Eine begrenzte Offensive, wozu den USA die nötigen Truppen fehlen. 4. Verhandlungen mit Rußland über eine globale Lösung des West-Ost-Konflikts, insbesondere mit den hauptsächlichsten Brennpunkten Deutschland und Korea.

Diese beiden Fragen könne man sowieso nicht getrennt betrachten. Vom deutschen Standpunkt seien West-Ost-Verhandlungen auf dieser Basis durchaus zu begrüßen. Es bestünde Grund zu der Annahme, daß die Russen auf formale freie Wahlen in Deutschland und Korea eingehen. Das würde bedeuten ein sozialdemokratisches Deutschland und ein kommunistisches Korea. In diesem Sinne könne man davon sprechen, daß man Korea gegen Ostdeutschland aushandele. Selbstverständlich könne man in diesen Verhandlungen nicht darauf bestehen, daß ein wiederbefreites Deutschland, ein wieder freies Deutschland in ein westliches Vertragsystem eingebaut werden könne. Wer eine solche Forderung aufstelle, beweise, daß er nicht den Willen hat, mit Rußland zu einer Übereinkunft zu kommen. Ein von Ost und West unabhängiges Deutschland mit einer nationalen Armee, deren Stärke gemeinsam durch die Vereinigten Staaten und Rußland kontrolliert werde, bilde durchaus eine mögliche Verhandlungsbasis. Ein solches Deutschland muß und würde der UNO beitreten und in ihrem Rahmen seine Sicherheit finden. Die Frage der Oder-Neiße-Linie bilde bei solchen Verhandlungen die größte Schwierigkeit. Notfalls müsse man auch bereit sein, die Oder-Neiße-Linie zunächst zu schlucken. Die Bundesregierung sei ja auch bereit, in den vorliegenden Verträgen vieles zu unterschreiben, was auf die Dauer nicht möglich sei zu akzeptieren. Amerika verzichte dann hinsichtlich Ost-Europa auf seine Pläne. Wenn Rußland sähe, Amerika würde keinen Versuch machen, die Tschechoslowakei und Polen zu befreien oder Deutschland für einen antikommunistischen Kreuzzug zu benutzen usw. usw. Das sind die Ergebnisse der Verhandlungen im Vorstand der Sozialdemokratischen Partei unter Anwesenheit der sozialdemokratischen Ministerpräsidenten⁹⁹. Wir haben manchmal schon über diese Dinge gesprochen. Eine Partei, die ein solches Ziel verfolgt, ist für uns ... (Unterbrochen durch Minister Kaiser.)

Kaiser: Ich habe ein paar Bemerkungen gemacht über, nun, das Verhältnis der Christlichen Demokraten zu den Sozialdemokraten. Dabei sind zwei verschiedene Auffassungen zutage getreten: Von einigen Herren wurde gesagt, der SPD gegenüber gibt es nur den Kampf bis aufs Messer, von anderer Seite wurde zur Behutsamkeit gemahnt. Es wurde festgestellt, daß das heutige Spannungsverhältnis zwischen uns und der SPD einfach ein Unglück für unser Volk ist und daß wir alle miteinander unser Bestes dazu tun müßten, daß es hier zu einer größeren Verständigung kommt. Ich habe gewagt auszusprechen, daß man doch nicht in den Fehler verfallen sollte, die Schuld nur auf der anderen Seite zu sehen, sondern darüber nachzudenken, ob wir im Verhältnis zur SPD nicht auch den einen oder anderen Fehler begangen haben. Es ist insbesondere von Tillmanns darauf hingewiesen worden, es

99 SPD-Vorstandssitzung am 12. Dezember 1952. Vgl. SOELL 1 S. 156f.

sind doch nicht nur Bösewichter auf der anderen Seite. Es gibt in dieser großen Partei auch eine Reihe verantwortungsbewußter Persönlichkeiten, und ich habe hinzubemerkt, und zwar in einem Gegensatz zu einer anderen Auffassung, daß vor allem in der Masse der sozialdemokratischen Wählerschaft eine starke Einsicht auch vorherrscht für eine Besserung des Verhältnisses zwischen denen und uns.

Adenauer: Daß ich dafür bin, die Beziehungen zur Sozialdemokratie nicht immer auf Hauen und Stechen zu haben, ist vollkommen klar, und zwar schon aus Gründen der Wahrung des Ansehens des Parlaments und der demokratischen Parteien. Auch möchte ich durchaus die Möglichkeit, bei dieser oder jener Gelegenheit mit den Sozialdemokraten zusammenzuarbeiten. Aber zum Zusammenarbeiten gehören immer zwei und nicht einer. Ich erinnere mich aus der ganzen Arbeit im Bundestag bisher nur eines einzigen Falles, wo man wirklich mit der Sozialdemokratie hat zusammenarbeiten können und auch getan hat, und zwar bei dem ersten Wohnungsbaugesetz, wo Klabunde¹⁰⁰, der jetzt tot ist, tätig war, obgleich wir auch bei dieser Sache den kürzeren gezogen haben. Sonst erinnere ich mich nicht eines einzigen Falles, wo wir wirklich ... (*Zwischenruf:* Doch, beim Kriegsopfergesetz¹⁰¹). Gut, aber sonst erinnere ich mich keines einzigen Falles. Und in dieser Frage, die entscheidend ist für die Zukunft des deutschen Volkes, handelt die Sozialdemokratie so am deutschen Volk, daß ich ihr das niemals vergessen kann. Das ist wirklich eine Sünde gegen das deutsche Volk, die hier begangen wird, allein aus dem Drang, an die Macht zu kommen. Hier wird im eklatantesten Sinne des Wortes die Partei über das Volk gestellt, und es ist eine kapitale Dummheit, zu glauben, eine sozialistische Überzeugung hochhalten zu können, wenn der Russe unser Garant sein soll.

Ein Taktisches dazu: Wir können doch nur die Wahl gewinnen im Kampf gegen die Sozialdemokratie, indem wir auf unsere Arbeit hinweisen. Wie sollen wir bestehen können, wenn wir nicht darauf hinweisen können, was wir geleistet haben? Sehen Sie, wie die Dinge sich entwickelt haben, ist es doch so, und Nordrhein-Westfalen ist mir da ein schlagender Beweis, daß, wenn man an eine Regierungskoalition durch CDU und SPD denkt, folgendes eintreten wird: Erstens wird diese Regierungskoalition überhaupt kaum etwas leisten können. Sie spannen dann ein Pferd vor den Wagen und ein Pferd hinter den Wagen nach verschiedenen Richtungen. In vielen entscheidenden Fällen hat die Sozialdemokratie uns gegenüber eine total entgegengesetzte Auffassung. Die SPD ist kollektivistisch, und wir sind individualistisch, und bei allen Gelegenheiten wirkt sich das gegeneinander aus, und dann wird das eintreten, was in Nordrhein-Westfalen eingetreten ist, entweder es geschieht nichts oder aber wir bezahlen die Kosten. In Nordrhein-Westfalen leiden wir

100 Erich Klabunde (1907–1950), Journalist (SPD); seit 1947 Vorsitzender des Verbandes der Gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaften, Mitglied des Zonenbeirats für die britische Zone, Mitglied der Hamburger Bürgerschaft (Vorsitzender der SPD-Fraktion), 1949–1950 MdB.

101 Vgl. Nr. 15 Anm. 7.

jetzt noch darunter, daß wir einem Sozialdemokraten das Innenministerium in die Hand gegeben haben¹⁰². Wo Sie einem Sozialdemokraten einen solchen Posten in die Hand geben, sind wir verloren.

Betrachten Sie die Sache weiter: Können denn die Sozialdemokraten in einer Regierung irgendwie dem Prinzip der Marktwirtschaft zustimmen? Das Dortmunder Programm ist ****

Nun frage ich Sie, und zwar sehr ernst: Sind Sie bereit, Minister Erhard einem Sozialdemokraten zuliebe zu opfern? Dann wird folgendes eintreten, und das bitte ich Sie, vom staatspolitischen Standpunkt zu betrachten, dann treiben wir eine ganze Menge von Leuten, die jetzt innerhalb der CDU und CSU sind, heraus, und wir treiben sie nach rechts und verstärken damit die Rechtstendenzen in einem Teil der Wählerschaft, und auf der anderen Seite würde die Sozialdemokratie Leute nach links verlieren, und wir würden geradezu eine Rechts- und Links-Entwicklung stärken. Unsere Partei, da können Sie sagen, was Sie wollen, und mit Engelszungen reden, unsere Partei würden Sie einfach ruinieren, das sage ich Ihnen in allem Ernst, Herr Kaiser, und wir hätten nichts davon. Ich bin der Auffassung – das habe ich auch Herrn Ollenhauer geschrieben in dem Briefe wegen der Unterredung¹⁰³ –, in einem demokratischen Staat muß sowohl die Regierung wie die Opposition von einer starken Partei geführt werden, und es hat keinen Zweck, zu versuchen, beide starken Parteien zu einer Einheitlichkeit zusammenzubringen, denn dann wird die Opposition etwas ganz Schlimmeres. Das sind die Gründe, weswegen nach meiner Auffassung ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie nach diesen Wahlen unmöglich sein wird.

Kaiser: Ich habe keine Gedanken ausgesprochen, die nach einer Koalition mit der SPD ausgehen sollten. Ich habe mich nur geäußert über das Verhältnis zwischen uns und der SPD, und dieses Verhältnis ist ein Unglück für unser Volk. Ich kann kein anderes Wort dafür finden. Ich habe an dem Kongreß der Gewerkschaften teilgenommen in Berlin¹⁰⁴ und bin auf eine Stimmung gestoßen, die einfach drohende Gefahren einschließt für den Zusammenhalt und für den Bestand der demokratischen Ordnung in Deutschland. Dieses Verhältnis darf nicht durch Schuld unsererseits – ich brauche das Wort Schuld, auch wenn es nur Versäumnisse sind –, wir dürfen nicht Öl ins Feuer gießen, sondern müssen sehen, daß wir zu einem erträglichen Verhältnis zur SPD kommen. Ich kann nicht wünschen und sage es mit einem Wort und darf auch nicht wünschen, daß wir in den nächsten Wahlkampf hineingehen als ein Bürgerblock gegen die Arbeiterschaft. Wir haben dieses unseleige Wort einmal gehabt. Wir haben als CDU eine andere Aufgabe in Deutschland, und ich hoffe, daß uns die Aufgabe gelingt.

102 Gemeint ist Walter Menzel, Innenminister von 1946–1950 (vgl. Anm. 12), der eine „rigorose Parteibuchpersonalpolitik“ betrieb (MEYERS S. 85f.; REUSCH S. 348).

103 Adenauer an Ollenhauer vom 11. Dezember 1952 sowie Antwort Ollenhauers vom 12. Dezember in AdsD (Korrespondenz Ollenhauer–Adenauer).

104 Vgl. Nr. 14 Anm. 9.

Adenauer: Ich möchte nicht in einen falschen Verdacht kommen. Herr Kaiser hat wiederholt sehr stark angedeutet, wohin seine Idee für eine zukünftige Politik geht, und die ging unzweifelhaft auf die Zukunftsbildung einer Regierung zwischen uns und der Sozialdemokratie. Wenn man hier davon spricht, Bürgerblock gegen Arbeiterschaft, dann möchte ich folgendes sagen: Ich habe den Wunsch, verehrter Herr Kaiser, und weiß, daß viele Parteifreunde den Wunsch teilen, daß Ihre Sozialausschüsse aktiver werden.

Bach: Ich bin der Ansicht, daß der ganze Kampf zwischen der SPD und uns im letzten darauf beruht, daß die SPD ihren Führungsanspruch nicht abgeben will und daß wir nur die eine Aufgabe haben, die stärkste Partei zu bleiben, damit sie sich daran gewöhnt. Das Gespräch muß stattfinden, aber es muß so geführt werden, daß wir uns im Vollbesitz unseres Sieges und unserer Kraft fühlen und den Herren von vorneherein sagen: Wir sind bereit, mit euch zu verhandeln, aber nicht bereit, mit euch in eine Koalition einzutreten.

Simpfendorfer: Ich habe gesagt, daß der Kampf gegen die SPD besser geführt werden müsse, und zwar deshalb, weil die SPD auf jeden Fall [ihn] so führen wird, wir oder sie. Ich kann vieles von dem unterstreichen, was die Herren Tillmanns und Kiesinger gesagt haben, aber wenn wir das Volk nicht aufklären über die Gefährlichkeit der SPD oder einer SPD-Regierung, dann wehe uns.

Dichtel: Wir brauchen uns heute abend über die künftige Koalition noch nicht [zu] streiten, sondern müssen das Ergebnis der Wahl abwarten. Was hier eben ernst behandelt worden ist, als der Bundeskanzler nicht dabeisein konnte, war folgendes: Was ist wünschenswert im Interesse der Erhaltung der Demokratie, die nach meiner Auffassung sehr ernstlich gefährdet ist? Sie wird erhalten nur von den beiden großen staatstragenden Parteien, zu denen, entschuldigen Sie, so frech bin ich, die SPD in diesem Falle gehört. (*Zwischenruf Adenauer:* Gehören sollte!) Wenn wir nur irgendwie draußen persönlich in einen Kontakt mit den Leuten kommen oder irgendwelche Einwirkungsmöglichkeiten haben, darauf hinzuwirken, daß nicht das Grundkapital der Demokratie zerschlagen wird, würden wir damit einer großen Sache dienen. Jetzt kommt die Realität: Mit Schumacher war ein Teilen wohl nicht möglich, weil er auf einen Alleinanspruch hinausging. Wir haben geglaubt, mit dem Wechsel in der Führung würde eine Änderung eintreten, aber die heutige Politik wird weitgehend in der Tradition Schumachers geführt. Nach dem, was gesagt worden ist über das, was im Parteivorstand der SPD gesagt wurde, und was heute abend seine Bestätigung in der Mitteilung des Kanzlers gefunden hat, gibt es bei der Situation nur eines, um der Selbstbehauptung des Volkes willen alle erlaubten fairen Mittel einzusetzen. Man muß das Ding wörtlich nehmen, nicht Kampf bis aufs Messer wörtlich, aber man sollte einen Kampf führen, der mindestens uns die Aussicht bringt, daß wir mit den Sozialdemokraten reden können, und reden können wir nur mit ihnen, wenn wir bei den kommenden Wahlen achtunggebietend abschließen.

Adenauer: Ein Wort noch über die Folgen des Todes von Dr. Schumacher: Ich

bin der Auffassung, daß mit Schumacher bis einige Monate vor seinem Tode besser zu verhandeln war als mit der heutigen Sozialdemokratie. Schumacher hatte die Autorität gegenüber seiner Partei und seiner Fraktion, die es jetzt nicht mehr gibt. Man merkt jetzt schon, wie Herren in der SPD darauf ausgehen, Nachfolger von Ollenhauer zu werden. Es ist das eingetreten, was ich befürchtet habe beim Tode Schumachers, daß die Versteifung noch größer werden würde. Wenn Ollenhauer wagen würde, etwas davon abzuweichen, was Schumacher gesagt hat und bis zum letzten Tag gesagt hat, würde das von denen, die seine Erbschaft antreten wollen, ihm vorgehalten werden. Ich gebe jede Hoffnung auf, bemühe mich aber auch trotzdem, daß vor den Wahlen irgend etwas möglich ist, und die Wahlen können wir nur führen auf uns gestellt und aufgrund unserer Arbeit und unserer Erfolge, dann wird sich das andere ja finden. Darin gebe ich vollkommen recht: Die Hauptsache ist, daß wir die stärkste Partei werden. Ich möchte bitten, die Frage zu überlegen, wie wichtig es ist, daß eine Oppositionspartei vorhanden ist, die stark ist. Nach meiner Auffassung kann in einer guten Demokratie nur mit Erfolg gearbeitet werden, wenn eine starke Partei auf der einen Seite und auf der anderen Seite dasselbe vorhanden ist. Es muß dann versucht werden, in Fragen, die das Leben des Volkes betreffen, eine Übereinstimmung herbeizuführen. Aber ich halte es nicht für richtig – ich spreche einmal ganz theoretisch – in einer Regierung die großen Blocks zu vereinen, so daß die Opposition alles das Zeug wird, was da herumliegt. Das ist nicht richtig.

Süsterhenn: Ich möchte einen Eindruck richtigstellen, den der Bundeskanzler vielleicht haben konnte und auch gehabt hat, als er das Zimmer betrat. Wir haben uns auf keinen Fall über die Möglichkeit der Koalitionsbildung nach den Wahlen unterhalten und unterhalten wollen. Ich würde solche Unterhaltung auch für eminent gefährlich halten. Der Stärkste ist am mächtigsten allein, und wir müssen diesen Wahlkampf unabhängig und ohne Bindung nach rechts und links führen. Alles übrige findet sich nach den Wahlen aus der dann aufgrund des Wahlergebnisses und der sonstigen politischen Lage gegebenen Situation. Ich fühle mich auch verpflichtet, ein wenig die Berichterstattung von Minister Kaiser zu berichtigen oder zu ergänzen, die zumindest mißverständlich wirken konnte. Niemand hier hat für einen Bürgerblock plädiert oder für einen prinzipiellen anti-sozialistischen Kurs, da niemand irgendwie die sozialen Prinzipien der CDU auch nur angezweifelt hat, sondern sowohl Simpfendorfer wie Wuermeling und Tillmanns haben lediglich erklärt, die SPD habe uns einen Kampf bis aufs Messer aufgezwungen durch das, was sich im Bundestag vollzogen hat und durch das, was in der vom Bundeskanzler verlesenen Niederschrift zum Ausdruck kommt, und gegenüber diesem Kampf sollen wir uns mit allen erlaubten und fairen Mitteln zur Wehr setzen und dürfen diesem Kampfe unter gar keinen Umständen ausweichen und auch uns nicht der Illusion hingeben, daß es vor den Wahlen durch noch so wohlgemeinte Besprechungen, gleichgültig von wem sie geführt werden, möglich sei, die SPD von dem augenblicklichen Kurs abzubringen. Wenn die SPD ihren augenblicklichen Kurs verlassen

würde, würde sie damit die eigenen Chancen der Wahl preisgeben. Man mag verhandeln und die Verantwortung klarstellen, den guten Willen zeigen, aber wiegen wir uns nicht in der Illusion, daß es möglich wäre, vor den Wahlen die SPD noch zur Vernunft und zu einem echten staatspolitischen Verantwortungsgefühl zu bewegen.

Adenauer: Ich möchte zweierlei zum Schluß sagen, vermeiden Sie das Wort doch „mit fairen Mitteln“, sagen Sie „mit nicht unfairen Mitteln“. Ich meine, renommieren Sie doch nicht so mit Ihrer Fairneß. Sagen wir „mit nicht unfairen Mitteln“, das genügt.

Zwischenruf: Kann Auskunft gegeben werden, warum überhaupt der Bundespräsident ein Gutachten angefordert hat¹⁰⁵?

Adenauer: Der Bundespräsident hatte das Gutachten seinerzeit angefordert, um, wenn möglich, aus den ganzen Debatten, die er politisch zu halten wünschte, diese juristische Geschichte herauszubringen. Das ist ihm aber nicht gelungen. Sie haben nur zu einem kleinen Teil die Dinge miterlebt, wenn ich zurückdenke an Persönlichkeiten wie Müller¹⁰⁶ und Braun¹⁰⁷, dann wird erst der große Unterschied klar gegenüber der damaligen und der heutigen SPD. Das waren Leute, die natürlich Sozialdemokraten waren, Sozialisten waren, die aber den Staat und die Staatsnotwendigkeiten und das Volk über die Partei stellten. Dann ist leider diese Entwicklung gekommen, die unter Schumacher eingesetzt hat und die wir einstweilen hinnehmen müssen. Wir können nur hoffen, daß diese Entwicklung besser wird.

HAMBURGER PARTEITAG

Wuermeling: Das Neue bezüglich des Hamburger Parteitages ist die Tatsache, daß nicht mehr mit einem Wahltermin, wenn nicht die allerletzten Ereignisse eine Änderung bringen, im Juni gerechnet werden kann, sondern erst Ende August, voraussichtlich September. Deswegen müssen wir einen Beschuß fassen im Bundesvorstand über den endgültigen Termin des Bundesparteitages in Hamburg. Es ist neuerdings festgestellt worden, daß beispielsweise vom 18. bis 25. April in Hamburg die zuständigen Gebäulichkeiten zur Verfügung stehen. Wir haben uns verständigt, daß das letzte Aprildrittel der geeignete Zeitpunkt wäre, weil wir sonst in den Sommer hineinkommen, und auch wegen des Wahlkampfauftaktes. Unser Vorschlag wäre der, in den Tagen zwischen dem 18. und 25. April diesen Bundespar-

105 Text der Schreiben in WEHRBEITRAG 2 S. 2 und S. 4.

106 Hermann Müller (1876–1931), 1916–1918 und 1920–1931 MdR (SPD, 1920–1928 Fraktionsvorsitzender), 1919–1920 Reichsaußenminister, 1920 (März bis Juni) und 1928–1930 Reichskanzler.

107 Otto Braun (1872–1955), seit 1911 Mitglied des SPD-Parteivorstands, 1913 Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, 1919 der Weimarer Nationalversammlung, 1920–1933 MdR, 1918–1921 preußischer Landwirtschaftsminister, 1920–1921 und 1925–1933 preußischer Ministerpräsident. Vgl. Memoiren: Von Weimar zu Hitler. 3. Aufl. Hamburg 1949; Hagen SCHULZE: Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Frankfurt 1977.

tag in Hamburg stattfinden zu lassen (zwei Samstage). Wenn ich hinzufügen darf: Ich würde meinerseits keine Schwierigkeit darin sehen, wenn man es 8 bis 14 Tage später macht.

Zwischenruf: Es wurde immer gesagt, daß es bis in den Sommer hinein nicht zu machen sei.

Heck: Das Curio-Haus steht zur Verfügung zwischen dem 18. und 25. April. Der Samstag ist rein publizistisch gesehen nicht günstig, so daß für die Eröffnung der 19. angebracht wäre, also ab 19. April. Es müßte heute darüber eine Entscheidung genau fallen, von wann bis wann der Parteitag dauert, und ferner ist ein Antrag von Hamburg gekommen, zu entscheiden, ob im Rahmen dieses Parteitages eine große Kundgebung in der Ernst-Merck-Halle, die über 6.000 Plätze verfügt, stattfindet. Bei einer solchen Kundgebung ist daran zu denken, daß in Hamburg sowohl von Seiten der SPD und der FDJ¹⁰⁸ mit dem Versuch einer Sprengung gerechnet werden muß. Ich bin ausdrücklich darauf hingewiesen worden und gebeten worden, ich möchte das hier vortragen und darauf hinweisen. Die Entscheidung darüber, ob die Halle gemietet wird, muß heute fallen, denn die Verwaltung der Halle will morgen endgültig den Termin haben, weil die Halle sonst anderweitig vergeben wird. Ferner muß entschieden werden, ob die Eröffnungs- und Schlußkundgebung, weil das Curio-Haus nur 500 Teilnehmern Platz bietet, im Schauspielhaus stattfinden sollen, ein ausgezeichneter repräsentativer Bau, der 1.600 Personen faßt. Nach einer Besichtigung an Ort und Stelle würde ich empfehlen, für die Eröffnung das Schauspielhaus zu nehmen, für die Arbeitstagungen das Curio-Haus, für die Schlußkundgebung wiederum das Schauspielhaus und eine große öffentliche Kundgebung in der Ernst-Merck-Halle.

Scharnberg(?): Ich würde genauso vorgehen, nur würde ich es für richtig halten, die Sache mit der Ernst-Merck-Halle fallenzulassen. Wir haben 7 % kommunistische Stimmen gehabt¹⁰⁹, und diese Leute sind gut organisiert. (*Zwischenruf Adenauer*: Wir haben eine gute Polizei. Ich möchte garantieren dafür, daß Brauer die Sache klarmacht!) Die SPD wird alles daran setzen, daß nichts passiert auf dieser Kundgebung. Immerhin aber müssen wir natürlich mit sehr intensiven Störungsversuchen rechnen.

Heck: Die Hamburger Freunde haben darauf hingewiesen, mir gegenüber, daß es wichtig wäre, zu demonstrieren, daß außer der SPD auch eine andere Partei die Ernst-Merck-Halle nehmen kann, und, wenn Terror kommt, er gebrochen wird. Ich glaube, Hamburg, Schleswig-Holstein warten geradezu auf eine solche Demonstration. Eine Veranstaltung im Schauspielhaus ist immerhin eine geschlossengehaltene

108 Die FDJ – als sozialistische Massenorganisation für Jugendliche ab 14 Jahren 1946 gegründet – war in der Bundesrepublik am 26. Juni 1951 als verfassungswidrig verboten worden (H.-P. HERZ: F.D.J. 2. Aufl. München 1965).

109 Ergebnis der Wahl der Bürgerschaft in Hamburg vom 16. Oktober 1949: VBH 34,5 %; SPD 42,8 %; KPD 7,4 %; DP 13,3 %; Sonstige 2,0 %.

Versammlung, während eine Demonstration eigentlich nur in der Halle stattfinden kann. Ich könnte mir denken, daß Brauer jetzt alles daransetzen wird, daß es ohne Störung vor sich gehen wird.

Adenauer: Ich habe in Stuttgart Tumulte mitgemacht, die eine ganze Stunde gedauert haben, und ich habe in Nürnberg noch viel schlimmere Sachen erlebt und bin mit Steinen beworfen worden¹¹⁰. Ich bin davor gar nicht so bange. Ich bin dafür, wir gehen in die Ernst-Merck-Halle. Sind Sie einverstanden, daß wir am Sonntag, dem 19. April, eröffnen im Schauspielhaus und daß wir die Räume bis zum 22. April übernehmen? (*Kein Widerspruch.*)

Scharnberg: Die programmatischen Erklärungen müssen in einer repräsentativen Form herausgebracht werden. Das würde am Schlußtage m.E. sein müssen. Ich wollte vorschlagen, daß wir am 22. April mittags eine repräsentative Kundgebung im Schauspielhaus durchführen, wo diese Erklärungen bekanntgegeben werden vor der Presse usw. und daß wir abends die Kundgebung in der Merck-Halle veranstalten.

Adenauer: Nehmen Sie an, es gibt Krach. Dann ist es ein unwürdiger Abschluß, während, wenn wir vorher den Krach kriegen, wir im Schauspielhaus uns darüber aussprechen können. Ich würde dafür sein, daß wir die Kundgebung in der Merck-Halle dazwischenlegen. Ich stelle also fest, der Parteitag findet statt vom 19. bis 22. April 1953 im Schauspielhaus, und am 21. April ist die Kundgebung in der Ernst-Merck-Halle.

Tillmanns: Wir haben eine Besprechung gehabt mit den Vorsitzenden der Ausschüsse aufgrund der Beschlüsse des Berliner Parteitages. Diese Besprechung hat am 7. November 1952¹¹¹ stattgefunden, und wir haben verabredet, daß die einzelnen Fachausschüsse bis 20. Dezember dem Vorstand ihre Wünsche für Entwürfe vorlegen. Vom Kulturpolitischen Ausschuß ist bereits eine grundsätzliche Formulierung vorgelegt worden, mit der direkt noch nicht viel anzufangen ist. Ich würde vorschlagen, daß dieser Bundesvorstand einen kleinen Ausschuß bestimmt, der, sobald die Beschlüsse der Ausschüsse vorliegen, sich mit diesen Beschlüssen befaßt und bei der nächsten Vorstandssitzung dem Vorstand einen zusammengefaßten Vorschlag als Entwurf vorlegt.

Adenauer: Ich mache Ihnen den Vorschlag, daß der geschäftsführende Vorstand, je nach dem Thema, das zu behandeln ist, aus unserem Kreise jemanden zieht. (*Kein Widerspruch.*)

Strickrodt: Es ist wichtig, daß es bald geschieht, denn die Art der Formulierung der Ausschüsse hängt davon ab, was wir als Gesamtprogramm haben.

Tillmanns: Das Schwergewicht wird bei dem Sozial- und Wirtschaftspolitischen Ausschuß liegen.

Adenauer: Das wäre also Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik und Kulturpolitik.

110 Vgl. MAIER S. 308f.

111 Vgl. Nr. 15.

Dann möchte ich noch bitten, daß der geschäftsführende Ausschuß bis zur nächsten Sitzung sein detailliertes Programm ausarbeitet, daß auch die Redner und die Debatte richtig vorbereitet sind. Ferner darf ich bitten zu überlegen, ob wir nicht zwei Punkte hinzunehmen müssen. Zunächst einmal meine ich die Beamten, nämlich die Frage des Berufsbeamtentums. Unsere Partei muß sich dieser Frage mehr annehmen und auf eine bessere Bezahlung dieser Menschen drängen. Es ist überall so, daß wir gegenüber den Beamten, die für den Staat arbeiten, eine sittliche Pflicht haben und dafür sorgen müssen, daß die Leute leben können, und, vom staatspolitischen Standpunkt betrachtet, die Beamten schicht liefert uns den besten Nachwuchs auf staatspolitischem Gebiet. Ich habe mit einem Herrn gesprochen, der auf dem Schulgebiet Erfahrungen hat und mir sagte, es sei ein solcher Unterschied, ob die Kinder aus Beamtenkreisen stammten oder nicht, das könne man sich nicht vorstellen. Wir müssen diese in gutem Sinne konservativen, ethischen Werte, die in den Beamtenfamilien noch stecken, gerade in einer Zeit wie der unsrigen unbedingt erhalten und pflegen. Das können wir aber nur dann, wenn wir tatsächlich auch dafür sorgen, daß die Beamten so bezahlt werden, daß sie leben können, und ferner müssen wir es tun, damit wir gute Beamte bekommen und nicht die Anwärter zur Wirtschaft gehen. Ich halte das für eine ganz existenzielle Frage für den Fortbestand des Staates.

Gröwel: Wir haben eine aktive Gruppe im Beamtenausschuß, und die Leiter der großen Beamtenverbände¹¹² sind an mich herangetreten und haben mich gebeten, im Rahmen des Parteitages, wenn sie sich auch nicht offiziell zu uns bekennen, aber doch zu uns gehören, eine größere Kundgebung für die Beamten in Hamburg abzuhalten.

Adenauer: Ich betrachte jetzt die Sache wirklich vom staatspolitischen Gesichtspunkt aus. Ein Weiteres möchte ich Ihnen sagen: Bei mir waren vor etwa 14 Tagen unter Führung des früheren Reichsministers Hermes die Vertreter des Mittelstandsblocks¹¹³. Wer darin ist, wissen Sie. Die Herren haben mir sehr nachdrücklich versichert, daß sie nicht etwa eine Mittelstandspartei sein wollten in dem Sinne, wie es damals in der Weimarer Republik eine Mittelstandspartei gab, sondern daß sie

112 Gemeint ist wohl der Bundestagsausschuß für Beamtenrecht, in dem die CDU/CSU mit Kleindinst (Vorsitz), Bodensteiner, Brönnner, Etzenbach, Götz, Rümmel, Frau Weber und Wuermeling vertreten war. Wuermeling war auch Vorsitzender des CDU-Bundesausschusses für den öffentlichen Dienst. – Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes war Hans Schäfer (vgl. Nr. 17 Anm. 29). Die Vorsitzenden der Landesbünde in Taschenbuch des Öffentlichen Lebens 1952. Hrsg. Rudolf Vogel und Albert Oeckl, Bonn. S. 243–245.

113 Das Treffen fand am 10. Dezember 1952 statt. Beteiligt waren das Präsidium, Andreas Hermes, Johannes Handschumacher, Hans Schäfer, Richard Uhlemeyer sowie Otto Fuhrmann, Werner Schneider, Georg Frhr. von Manteuffel, Hermann Wellmanns, Heinrich Reinhard und der Geschäftsführer August Schmidt (vgl. ADENAUER: Teegespräche S. 367 – Auszug aus der Besucherliste). – Zum „Mittelstandsblock“ Akten in NL Hermes ACDP I-90-081.

den Mittelstand darstellen, bestehend aus Landwirten, Handwerkern, Beamten und ferner auch aus den freien Berufen, denen es daran liegt, einen gesunden, konservativen Geist in den Parteien tätig werden zu lassen, und sie haben mir ausdrücklich erklärt, daß sie nicht daran dächten, irgendwie eine Partei zu gründen. Ich glaube, man müßte diese Mittelstandsfragen ebenfalls auf diesem Parteitag als Thema erörtern; und ein Weiteres müßte man dazunehmen, das ist die Frage der Vertriebenen. Wir dürfen den Parteitag nicht mit zu viel Dingen belasten, aber diese wichtigen Fragen scheinen mir doch notwendig zu sein.

Dichtel: Ich habe eine Bitte auszusprechen: Sowohl der Parteitag in Karlsruhe wie auch der Parteitag in Berlin haben gezeigt, daß die Parteitage verhältnismäßig mit Referaten, offen gesagt, überfüllt gewesen sind und daß die Diskussion dabei zu kurz gekommen ist. Ich glaube, wir sind einer Meinung, daß bei der Diskussion nicht allzuviel Wertvolles zu Tage tritt, vielleicht sogar in dem einen oder anderen Fall die Gefahr besteht, daß etwas zerredet wird, aber um der Sache willen und um uns nicht nachsagen zu lassen, unsere Sache sei gestellt, müssen wir unter allen Umständen auf dem kommenden Parteitag, und das ist meine Bitte, bei der Programmgestaltung dafür sorgen, daß eine echte Aussprache möglich ist.

Adenauer: Die Bitte ist richtig, aber ich darf zwei Sätze hinzufügen: Einmal soll man von den Referenten verlangen, höchstens 30 Minuten zu sprechen. Wenn man das sehr ernsthaft ihnen sagt, muß es gehen. Zweitens muß dafür gesorgt werden, daß einige Diskussionsredner bei jedem Thema vorhanden sind, die in der Lage sind, evtl. die Dinge zurechtzurücken, wenn die Diskussion anfängt abzufallen.

Bach: Ich bin der Ansicht, wir müssen auch die Frage der Steuerreform auf dem Parteitag behandeln. (*Adenauer:* Ja.)

Albers: Es kommt darauf an, daß wir nicht allzuviel Themen erörtern, aber was wir zu sagen haben, durchgehend und richtig erörtern. Ich erinnere an den letzten Parteitag in Berlin. Ich habe in der Aussprache einmal das Wort genommen und fand mit der Feststellung, daß vier Vorträge am Nachmittag vom Stapel gelassen werden müßten, die ganz lebhafte Zustimmung des Bundesparteitages. Ich meine, es muß darauf ankommen, daß wir einige Themen ordentlich behandeln und daß dann auch für die Aussprache die notwendige Zeit gegeben wird. Sie sprechen jetzt schon von den Beamten, Sie sprechen vom Mittelstand, Sie sprechen von einigen anderen Dingen, wir sprechen von der sozialpolitischen Aufgabe. Es müßte darauf ankommen, diese ganzen Fragen in einigen wenigen Vorträgen zusammengefaßt behandeln zu lassen. Dann kommt das Gesicht der Partei zum Vorschein und nicht die einzelne Gruppierung soundso. Wenn wir das irgendwie gut zu erledigen wissen, und jetzt kommt mein Anliegen, das ich vorzutragen habe, daß wir vor allen Dingen auch unserer sozialen Aufgaben uns bewußt werden, und diese sozialen Aufgaben können wiederum nur im Rahmen des gesamten Volksganzen angesehen werden. Wenn wir diese Dinge so anpacken und dabei nochmals betonen, daß wir keine Individualisten und daß wir keine Kollektivistin sind, sondern Christen sind, die sich ein ganz besonderes Bild von den sozialen, wirtschaftlichen und den politi-

schen Aufgaben machen, dann haben wir auch die Resonanz geschaffen, die aus diesem Parteitag heraus in unser Volk strömen muß.

Adenauer: Ich habe mir eben eine kleine Zeichnung gemacht über die Lebenshaltungskosten seit 1937, und ich muß feststellen, daß gerade die Beamten z.Z. diejenigen sind, denen es – abgesehen von den Sozialrentnern usw., das ist klar –, aber denen es von den arbeitenden Menschen am allerschlechtesten geht und die wir, darüber müssen wir uns klar sein, etwas vernachlässigt haben während der ganzen Zeit. Sehen Sie sich die Lehrer an, wie z.B. die Junglehrer von Haus zu Haus gehen müssen, um sich zu Mittag satt essen zu können. Sehen Sie sich die Schutzeleute an, jammervoll sehen sie aus, und zwar deshalb, weil die Leute effektiv das Gehalt nicht haben, um sich einmal satt essen zu können. Nehmen Sie die Jungärzte, wie die behandelt werden. Dann meine ich, die soziale Frage hat sich etwas verschoben, und wenn wir eben eine soziale Partei sind, müssen wir uns jetzt auch derer annehmen, die in Not und Elend zu kommen drohen. Dann glaube ich, handeln wir zum Besten des Ganzen. Aber, damit nicht zu viel an Diskussionen entsteht, sollte man vielleicht feststellen, daß es gewisse Themata gibt, die wir zwar bringen müssen, über die aber kaum diskutiert zu werden braucht. Nehmen Sie die kulturelle Frage. Da sind wir im großen und ganzen einig. (*Widerspruch Tillmanns.*) Dann brauchen wir darüber nicht zu diskutieren, und es gibt vielleicht auch noch andere Themata, während es auch Themen gibt, wo wirklich einmal ernsthaft diskutiert werden muß. Wir können den zuständigen Herren nur gewisse Anregungen auf den Weg geben, sie sollten überlegen, ob man nicht Unterschiede machen kann, so daß man diejenigen Themen, die eine ernsthafte Diskussion nötig haben, auch wirklich ernsthaft diskutiert und andere Themen, die es nicht so nötig haben, anders behandelt, also nicht alle Themata gleichmäßig.

Albers: Ich stelle fest, daß eines zwischen der Meinung des Kanzlers und meiner Auffassung feststeht, daß nämlich kein großer Unterschied besteht. Mir kommt es darauf an, das, was wir zu sagen haben auf diesem Parteitag, in einer großen Konzeption zusammen darzustellen, daß nicht Beamte, Mittelstand und die sozialen Fragen einzeln behandelt werden, sondern daß wir das ganz Große sehen von unserer Verpflichtung heraus als Christen. Ihre Anliegen bezüglich der Beamten sind auch die Anliegen, die die ganze Partei vertritt. Ich muß noch dazu sagen: Ich habe in Köln 5.000 Stimmen zu wenig bekommen¹¹⁴, weil die Beamten uns zum Teil mindestens in passiver Resistenz gegenübergestanden haben. Anliegen des Mittelstands ist etwas, was wir selbstverständlich klar sehen müssen. Aber es kommt nicht darauf an, daß die Mittelstandspolitik, die Gewisse in Nordrhein-Westfalen einseitig vertreten, als unsere Parteimeinung herausgestellt wird. Ich möchte die

114 Albers hatte im Wahlkreis 68 (Köln III) bei der Bundestagswahl 37.681 Stimmen (43,4 %) für die CDU erreicht. Bei der Landtagswahl vom 18. Juni 1950 entfielen 33.838 Stimmen (43,8 %), bei der Kommunalwahl vom 9. November 1952 36.158 Stimmen (41,4 %) auf die CDU. Die SPD blieb stets unter 40 %.

Synthese finden zwischen den einzelnen Auffassungen und möchte nochmals herausgestellt haben, daß wir eine Volkspartei sind, die sich verantwortlich fühlt für alle Schichten unseres Volkes und insbesondere für die Notleidenden, und zu den Notleidenden gehören auch die Beamten.

Adenauer: Ich bekenne, daß wir in den Jahren bis jetzt uns der Mittelstandspolitik im echten Sinne des Wortes zu wenig angenommen haben und daß wir dadurch namentlich in den Beamtenkreisen schweren Schaden angerichtet haben. Sehen Sie sich darüber die Statistik an, wie die Gehälter und Löhne sind. Wir wollen doch nicht in den Geruch kommen, als wenn wir nur eine Partei der Arbeitnehmer und der Manager wären.

Wuermeling: Ich glaube, wir sind mit Albers gar nicht nennenswert auseinander, wenn ich erwähne, daß es gerade Herr Albers war, der mich gebeten hat, um mir klarzumachen, daß unter allen Umständen jetzt endlich für die Beamten etwas Nennenswertes zu geschehen habe. Wir hatten in Berlin in Aussicht genommen, auf dem Parteitag die eminent wichtige Frage der Schaffung von Eigentum für die breiten Schichten des Volkes in einem Sonderausschuß zu besprechen, zusammengesetzt aus Mitgliedern des Wirtschafts- und Sozialausschusses.

PARTEITAG IN ROM

Heck: Die Regieführung des Parteitages in Italien war geradezu vorbildlich. Der Parteitag begann damit, daß ein zusammenfassendes Referat von drei Stunden gehalten wurde über sämtliche Themen in einer Gesamtschau. Daraufhin mußten sämtliche Delegierten ihre Wortmeldungen abgeben. Die Wortmeldungen beinhalteten, worüber und wie lange jemand sprechen wollte. Danach wurde die Diskussion geordnet nach Gesichtspunkten, und man hat immer nur eine Summe von Delegierten sprechen lassen und dann einen starken Redner eingeschoben. Das System wurde durchgeführt bis zum Schluß, und zum Schluß wurde alles zusammengefaßt, und abschließend hat der Ministerpräsident¹¹⁵ gesprochen. Dabei haben die Minister und die starken Leute teilweise eine bis eineinhalb Stunden innerhalb der Diskussion gesprochen. Das zweite Auffällige war die sehr starke Regie. Die führenden Männer der Partei haben sich gegenseitig über die ganze Diskussion hin zitiert, so daß der gesamte, drei Tage dauernde Parteitag einmal den Eindruck machte, als habe man alles laufen lassen und alles den Delegierten überlassen; in Wirklichkeit war der ganze Parteitag eminent straff geführt.

Adenauer: Das würde voraussetzen ein großes Referat, in dem alle diese Themen behandelt werden. Wir wollen es uns einmal durch den Kopf gehen lassen. Es muß natürlich ein solches Referat sehr gut gehalten werden.

Tillmanns: Ich möchte eine damit zusammenhängende Frage aufwerfen: Ich

115 Alcide de Gasperi.

habe mir eine Rechnung gemacht, wie der Parteitag aufgebaut werden soll. Das Ziel des Parteitags ist zweifellos die Veröffentlichung unseres Wahlprogramms oder unserer Wahlleitsätze.

Adenauer: Wir waren bisher nicht dieser Auffassung, sondern waren der Auffassung, daß noch danach ein besonderer Auftakt stattfinden sollte für die Wahlen, und da hatte ich daran gedacht, die Westfalenhalle in Dortmund zu nehmen.

Tillmanns: Der Hamburger Parteitag wird aber doch die eigentliche Arbeit leisten müssen für die Aufstellung dieser Grundsätze für die Wahlen. Wenn die Vorarbeiten vorher genügend weit geführt werden, läßt sich doch denken, daß in einem einleitenden Referat, vielleicht abgesehen von einer Rede des Bundeskanzlers mit wesentlich außenpolitischen Fragen, dieses Wahlprogramm in einer Art erster Lesung dem Plenum vorgetragen wird und daß dann nach einer Generaldiskussion von vielleicht einem halben Tage die Ausschüsse sich noch einmal mit dem Ergebnis dieser Diskussion beschäftigen und noch einmal an die Arbeit gehen und daß nach ein bis eineinhalb Tagen aufgrund der Ergebnisse dieser Ausschußsitzungen die Endlesung stattfindet. Das wäre eine Möglichkeit. Die andere Möglichkeit wäre, daß man überhaupt zu Beginn nur Einzelreferate über bestimmte wichtige Punkte nimmt, also von den Wahlleitsätzen an sich nicht spricht, und sich erst dann bespricht und beschließt, wenn diese Ausschüsse dann aufgrund dieser Einzelreferate gearbeitet haben. In engem Zusammenhang damit steht auch die Frage, wer als Referent in Frage kommt. Ich bin auch der Meinung, daß man nicht über alle Punkte, die nachher in Entschlüsse verabschiedet werden, Referate halten muß. Man wird sich überlegen, daß man Referate über einige wichtige und besonders im Vordergrund stehende oder umstrittene Punkte halten läßt.

Adenauer: Ein Wort zum Parteitag der Democrazia Cristiana. Ich habe im vorigen Sommer, als ich dort war, sehr ausführlich mich über die organisatorischen Fragen unterhalten mit einer Reihe von Leuten und kann nur sagen, wir sind nicht gut, aber die waren sehr schlecht. Ich könnte mir vorstellen, daß die eine derartige Sache wählen, weil sie nicht genügend Leute haben, um Referate halten zu können. Wir müssen es uns also sehr überlegen.

Strickrodt: Wir haben in Rom der Diskussion nicht so sehr folgen können und haben uns unterrichten lassen. Inzwischen sind aber sehr gute Berichte in der Presse erschienen. Die „Neue Zürcher Zeitung“ hat am 12. Dezember, reichlich spät, einen außerordentlich sachlichen und gerechten Bericht über die Partei und ihren diesjährigen Kongreß gebracht. Dieser Parteitag in Rom hatte für die Partei eine ganz außerordentliche Bedeutung. Seit mehr als drei Jahren war man nicht mehr zusammengewesen, und es waren in der politischen Arbeit und auch in dem großen Gegensatz zwischen Nord, Süd und Mitte [Probleme] aufgetaucht. Auch die soziale Spannweite ist unendlich groß, auch weltanschaulich. Es gibt einen Flügel, der streng im Rahmen der Katholischen Aktion steht, und einen anderen Flügel, der sich selbst mehr oder weniger liberal nennt, und all das kam zur Geltung. Insofern ist

auch diese große Rede von Gonella¹¹⁶ spannend gewesen, weil er die ganze Fülle der Probleme dargestellt hatte. Es war sicher nicht der Mangel an Begabung, der zu diesem Verfahren geführt hat. Organisatorisch hat die Partei von einer Improvisation gelebt. Sie hat überhaupt erst im Kampf der Regierung sich gefunden und überhaupt erst die verschiedensten Elemente in sich vereint. Sie ist der Mittelpunkt eines Blocks, der bis hin zu den gewesenen Sozialdemokraten auf der einen Seite und auf der anderen Seite bis zu den Liberalen reicht. In diesem Block wird der künftige Wahlkampf vorbereitet. Die Reihe der Begabungen in dieser Partei ist sicherlich sehr groß und die Spontaneität, mit der die Redner dort freimütig antraten und Gegensätze nicht scheuten in der Aussprache, der Schwung, mit dem das Plenum mitging – die Abgeordneten waren vollzählig erschienen –, ist doch etwas Einzigartiges, und dieser Parteitag hat wohl – das ist mein Eindruck gewesen – eigentlich zur Konstituierung dieser Partei sehr wesentlich beigetragen; und wenn wir eine Lehre ziehen wollen, so ist es die, daß man hier Männer zu Wort kommen ließ, die in der Arbeit gestanden haben und nicht aus einer falschen Scheu heraus mehr oder weniger Vorbereitetes redeten. Wir werden nicht diesen gewaltigen Schwung aufbringen wie eine solche südlich bestimmte Partei. Dabei herrschen in dieser Partei weltanschauliche Spannungen, Spannungen in der Eigentumsfrage, in der Bodenreform usw.

Adenauer: Ich denke, unsere drei Vertrauensleute¹¹⁷ werden diese Frage sich überlegen. Ich würde an das italienische Vorbild nur herangehen mit einem gewissen Vorbehalt, weil sie ebenso schlecht organisiert waren, und ferner, weil unsere Redner nicht solchen Eindruck machen wie italienische Redner in Italien, und wenn man nach Norddeutschland geht, erst recht nicht. Deswegen glaube ich, wenn wir hier ein Referat machen zu Anfang in der Form einer großen Rede, die alles umfaßt, so ist das kritisch.

Kaiser: Ich glaube, alles, was auf Hamburg schauen wird, wird erwarten, daß der Bundeskanzler in dieser Zeit, in der Deutschland in einer solchen Auseinandersetzung steht, das erste Wort auf diesem Parteitag haben wird. Ich möchte wünschen, daß es ihm gelingt, nicht nur das Außenpolitische zu erörtern, sondern auch das Innenpolitische. Man hört oft von loyal denkenden Menschen, daß der Bundeskanzler bei seinen Sorgen das Innenpolitische etwas zu sehr außer acht läßt oder verabsäumt. Ich möchte wünschen, daß es dem Bundeskanzler gelingt, eine Rede zu halten mit dem außenpolitischen Inhalt und mit dem, was die CDU innenpolitisch zu tun hat, daß er das Antlitz der Partei aufzeigt, warum es uns nicht nur aufgegeben ist, sondern auch gelingen kann, diese beiden Spannungspunkte, das konservati-

¹¹⁶ Guido Gonella (1905–1982), italienischer Politiker; Mitgründer der Democrazia Cristiana und 1950–1953 politischer Sekretär, 1946–1951 Unterrichtsminister, 1951–1953 Minister ohne Geschäftsbereich, 1953, 1957–1962 und 1968 Justizminister, 1976–1982 MdEP (1979–1982 einer der Vizepräsidenten).

¹¹⁷ Heck, Lukaschek, Strickrodt (vgl. Anm. 54).

ve, staatserhaltende Denken und das soziale Denken, das durchaus kein Gegensatz ist, zusammenzuführen. Wir haben früher von einer christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft und von den christlichen Gewerkschaften aus immer gesagt, daß sie die Bauern der Industriestädte und der Großstädte sind, also das staatserhaltende Element zusammenfassen in diesem neuen Zeitalter, und ich wünsche, daß es dem Kanzler gelingt, das auszusprechen. In einer solchen Rede kann gesagt werden, daß die Arbeiterschaft nicht mehr der ärmste Stand ist, sondern daß es die Heimatvertriebenen sind; man kann die Beamten nennen. Ich möchte wünschen, daß es gelingt, in dieser einleitenden Rede das Antlitz der Partei in richtiger Weise zu zeichnen. Das gibt uns dann auch die innere Gewißheit, daß wir diese Auseinandersetzung mit der anderen großen Partei, der SPD, bestehen, daß wir die stärkste Partei bleiben, und daß uns das gelingen wird. Dann müßten noch einige Punkte hinzukommen, z.B. die Frage der Eigentumsbildung. Aber bitte nicht zu viel Referate, das haben wir neulich in der Tat falsch gemacht.

Adenauer: Ich finde es gut, wenn auch einmal von höherer Warte aus, von einer losgelösten Warte aus gesprochen wird. Die Fraktion muß einen Bericht geben.

Scharnberg: Ich möchte anregen, daß wir auf diesem Parteitag etwas zu der Frage Europa sagen, und ich glaube, wir sollten veranlassen, daß Herr Etzel dazu irgend etwas sagt.

Kaiser: Karl Arnold hat erklärt, er würde morgen früh kommen, könne aber nur zwei Stunden bleiben, weil er in der Mittagsstunde nach Stuttgart weiterfahren will.

In der Sowjetzone geht der Hunger um; in der Sowjetzone ist eine Not und ein Hunger sondergleichen. Es fehlt an Lebensmitteln auf allen Gebieten. Wenn es noch einer Bestätigung bedurfte hätte, so ist es nicht nur die Entlassung Hamanns¹¹⁸, sondern ein Aufsatz, den Grotewohl¹¹⁹ in „Neues Deutschland“ geschrieben hat. Ich habe Menschen gehört, die im Ostberliner Bezirk wohnen und mitteilten, daß die Menschen Schlange stünden, es gäbe keine Butter, kein Fleisch, und es fehlte über-

118 Dr. Karl Hamann, Minister für Handel und Versorgung der DDR, war am 8. Dezember 1952 von seinen Amtsgeschäften dispensiert und am 15. Dezember 1952 entlassen worden. Ihm waren schwere Fehler in der Versorgung der Bevölkerung vorgeworfen worden (AdG 1952 S. 3728, 3773, 3785).

119 Otto Grotewohl (1894–1964), 1912 SPD, 1918 Übertritt zur USPD (bis 1922), 1922–1946 wieder SPD, 1920–1925 MdL Braunschweig, 1925–1933 MdR, 1921–1924 Minister für Inneres, Volksbildung bzw. Justiz in Braunschweig, 1946 zusammen mit Wilhelm Pieck an der Fusion von SPD und KPD zur SED maßgeblich beteiligt und bis 1954 mit Wilhelm Pieck Vorsitzender, 1949–1964 Ministerpräsident der DDR, 1950–1964 Mitglied des Politbüros. – Der zitierte Artikel Grotewohls auch in „Tägliche Rundschau“ vom 8. Dezember 1952. Die Ernährungskrise Ende 1952 war die direkte Folge der Beschlüsse der II. Parteikonferenz der SED im Juli 1952. Diese hatten eine schnellere Entwicklung der Schwerindustrie bei gleichzeitiger Drosselung der Konsumgüterindustrie, dazu eine beschleunigte Kollektivierung der Landwirtschaft und die verschärfteste Verstaatlichung zum Ziel. Unmut und Protest der Bevölkerung äußerten sich nicht nur in Arbeitsniederlegungen, sondern auch in einer rapide wachsenden Fluchtbewegung (vgl. dazu FRICKE).

all. Weihnachten steht vor der Tür. Da wurde der Gedanke nahegebracht, ob wir nicht von der Bundesregierung aus einen großen menschlichen Akt tun könnten ohne Politik. Die Politik darf nicht berührt werden. Es dürfe nicht in einer Geste erfolgen, die es Grotewohl und Ulbricht¹²⁰ unmöglich macht, so etwas anzunehmen. Es muß verhindert werden, daß sie sähen die Absicht [!] und lehnen ab, weshalb ich vorschlagen möchte, daß die Bundesregierung für diese Menschen in der Sowjetzone in einer großen menschlichen Haltung eine bestimmte Menge Lebensmittel der anderen Seite zur Verfügung stellt. Das könnte vielleicht durch Vorlieferungen im Interzonenabkommen¹²¹ erfolgen. Thedieck¹²² wird das morgen vortragen. Es könnte diskutiert werden in der Kabinettsitzung. Ich wollte es nur hier sagen, um Ihre Meinung dazu zu hören.

Adenauer: Meine Meinung ist folgende: Wenn das geschieht und angeboten wird, wem wird es zugute kommen? Nicht den Leuten, für die wir gerne sorgen möchten. Deswegen möchte ich vorziehen, wenn wir die Hilfe von Mensch zu Mensch in Paketform sehr stark forcieren würden. Das tut unsere Bevölkerung. Ich weiß von katholischen Pfarreien, wo in jedem Gottesdienst, der gehalten wird, ein großer Waschkorb von Paketen für diesen Zweck hinausgetragen wird.

Kaiser(?): Die individuelle Hilfe durch Päckchen selbstverständlich, aber der Gedanke, der hier zugrunde liegt, ist etwas anders. Es ist der Gedanke einer überzeugenden großen Aktion vor der Bevölkerung in der Sowjetzone, daß in dieser außerordentlichen wirtschaftlichen Not das freie Deutschland sichtbar etwas anbietet an nennenswerten Lebensmittelmengen. Die Sorge, daß es drüben durch die Funktionäre als eigene Nutznießer verbraucht wird, besteht nicht, denn, wenn man nennenswerte Mengen anbietet, kann man in genügender Weise klarmachen, wieviel auf den Kopf der Bevölkerung kommt. Dann ist das Ergebnis, wenn etwa diese Mittel unterschlagen werden, für die Funktionäre, daß die Aufruhrstimmung und Unzufriedenheit der Bevölkerung nur noch größer wird, was wir politisch durchaus gebrauchen können. Die Stimmung in der Sowjetzone ist ungemein deprimiert, einmal, weil die Menschen zunächst nicht sehen, wie dieser politische Zustand abgekürzt werden kann, ob dieser Termin ihnen nähergebracht werden kann, nämlich der Termin ihrer Befreiung; und das zweite ist die wirklich ungeheure wirtschaftli-

120 Walter Ulbricht (1893–1973), 1912–1919 SPD, 1919 Übertritt zur KPD, 1926–1928 Mitglied des sächsischen Landtags, 1928–1933 MdR, 1933–1945 Exil in Prag, Brüssel, Paris und seit 1938 Moskau, 1946–1950 stv. Vorsitzender der SED, 1949 Mitglied des Politbüros, 1949–1960 stv. Vorsitzender des Ministerrats der DDR, 1950–1953 Generalsekretär der SED, 1953–1971 Erster Sekretär des Zentralkomitees der SED, 1960–1973 Staatsratsvorsitzender.

121 Abkommen über Interzonenhandel (Berliner Abkommen) vom 19. September 1951 – BAnz. Nr. 186 vom 26. September 1951, mit Änderung vom 3. August 1952 (AdG 1952 S. 3589).

122 Franz Thedieck (geb. 1900), 1949–1964 Staatssekretär im Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, 1964–1968 Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, 1966–1972 Intendant des Deutschlandfunks.

che Not, in der sich die Bewohner befinden. Sie dürfen überzeugt sein, daß die Zone auf dem Wege ist, einer echten Hungersnot entgegenzugehen, wie wir sie in Rußland in den Kolchosierungsjahren 1926 und 1927 auch gehabt haben. Was z.Z. in der Zone an wirtschaftlicher Misere besteht, davon können wir uns gar keine Vorstellungen machen. Um so wichtiger ist es, daß die Bundesregierung und das Bundesgebiet insgesamt den Menschen in der Zone zeigen, daß wir sie in dieser Situation nicht im Stich lassen. Wenn Pieck¹²³ und Ulbricht es ablehnen, ich will nicht sagen, um so besser, aber daß ihre politische Situation in keiner Weise besser wird, können Sie glauben.

Adenauer: Ich möchte dazu, ohne daß ich mich festlege, folgendes zu erwägen bitten: Es kommt in erster Linie darauf an, armen Menschen zu helfen, und es ist nicht in erster Linie der politische Erfolg dasjenige, was wir erstreben. Ich meine, wir sollten qua Bundesregierung den christlichen Kirchen im Lande Sachen zur Verfügung stellen, damit diese die Sachen in die Hand nehmen, sonst helfen wir den Leuten nicht, denn drüben wird man es nicht annehmen, man kann es unmöglich annehmen. Stellen Sie sich die Lage vor, wenn das Regime drüben von der Bundesregierung der Bundesrepublik in nennenswerten Mengen Lebensmittel annimmt? Ich bin von einem Sachkundigen darauf aufmerksam gemacht worden, daß im Interzonabkommen Lebensmittellieferungen aus unserem Bereich der Bundesrepublik für die Sowjetzone eine Rolle spielen, sogar in einem erhöhten Maße eine Rolle spielen. Vielleicht kann es in der Form geschehen, daß wir aus Vorräten, die wir hoffentlich haben, bestimmte Mengen vorzuliefern bereit sind, so daß die Politik nicht in Erscheinung tritt, das Volk aber doch merkt, daß wir an die Menschen denken und sie nicht im Stich lassen. Diese menschliche Art ist für die notleidenden Menschen drüben von großer Bedeutung. Wir müssen eine Form finden, die es den Herren Grotewohl usw. nicht möglich macht, dagegen etwas zu tun.

Tillmanns: Ich möchte bitten, daß diese Frage im Kabinett bzw. von den zuständigen Ministern mindestens sehr ernsthaft geprüft wird. Ich glaube, es ist nicht gut möglich, vor allen Dingen von hier Anwesenden, die die Sowjetzone nicht kennen, sofort zu sagen, das ginge nicht, selbst wenn es abgelehnt werden würde. Aber ich bin auch der Meinung, man sollte es nicht in einer Form anbieten, daß man ablehnen muß. Aber auch dann wäre es für uns eine sehr starke Wirkung, und ich bin sogar der Auffassung, daß die Situation gegenwärtig drüben so ist, daß man es vielleicht gar nicht ablehnen kann, wenn es in einer vernünftigen Form gemacht wird. Wenn es angenommen wird, ist es gar nicht möglich, es nur an die Funktionäre zu verteilen, denn es wird bekannt, wenn die Sache läuft, und es [gibt] durchaus

123 Wilhelm Pieck (1876–1960), 1895–1919 SPD, 1919 Mitgründer der KPD, 1921–1928 und 1932–1933 MdPrL, 1928–1933 MdR, 1930–1933 Vertreter der KPD bei der Komintern, 1946 zusammen mit Otto Grotewohl an der Fusion von SPD und KPD zur SED maßgeblich beteiligt und bis 1954 gemeinsam mit Otto Grotewohl Vorsitzender, 1949–1960 Präsident der DDR, 1949–1960 Mitglied des Politbüros.

die Möglichkeit, durch RIAS¹²⁴ usw. das zu melden. Das geht in der Sowjetzone wie ein Lauffeuer um. Ich würde nicht meinen, daß es sicher angenommen wird, es besteht im Gegenteil die Möglichkeit der Ablehnung, aber es wäre dann politisch für die Gegenseite eine außerordentlich schwierige Situation. Wenn es angenommen wird, glaube ich, wäre es eine Sache, die erst recht zu unseren Gunsten ausfällt und den Menschen drüben zeigt, daß wir etwas für sie tun. Ich bin nicht der Meinung, daß wir heute abend ja oder nein sagen können. Ich möchte bitten, daß das einmal von den zuständigen Ministerien überlegt wird.

Adenauer: Nehmen Sie 1 kg Getreide pro Kopf, das sind 16 Millionen, das sind 16.000 Tonnen oder 1.000 Waggons. Wie wollen Sie das Getreide dorthin transportieren?

Scharnberg: Wie wäre es, wenn einmal von der Bundesregierung ausgehend durch die sämtlichen Zeitungen Deutschlands eine große repräsentative Annonce ginge, in der hingewiesen wird auf die Not der Sowjetzone und aufgefordert wird zu Sammlungen, die steuerabzugsfähig sind? Man könnte die Organisationen nennen, die sich für das Versenden der Pakete bereitstellen und die dafür vorgesehen sind und die gegen Einzahlung von bestimmten Beträgen Quittungen erteilen, die steuerlich abzugsfähig sind.

Albers: Wenn das stimmt, daß effektiv Hungersnot in der Sowjetzone herrscht, dann hat das gesamte Bundesgebiet die Verpflichtung, der Bevölkerung zu helfen. Ich bin gestern durch Köln gegangen und habe mir den Kaufumsatz angesehen: Luxus bis dorthinaus, Käufe in einem Umfang, wie ich es nie gekannt habe, und wir im Bundesgebiet diesen Aufwand und auf der anderen Seite diese Not! Es müßte so sein, daß sowohl die Regierung als sämtliche großen Wirtschaftsorganisationen von den Arbeitgebern und auch die Gewerkschaften irgendwie dahin gebracht werden, daß monatlich eine bestimmte Verpflichtung für jeden auferlegt wird, hier etwas zu tun. Wenn man die Gewerkschaften jetzt einmal ansprechen könnte, ob dann die Gewerkschaften nicht auch dahin zu bringen sind, daß die gutbezahlten und gutverdienenden Arbeitnehmer von sich aus einen monatlichen Betrag für diese Zwecke aufzubringen hätten.

(Überlieferung bricht ab.)

124 RIAS = Abkürzung für Rundfunk im amerikanischen Sektor von Berlin. Die Programme des RIAS wenden sich an Hörer in der DDR.